

# die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION

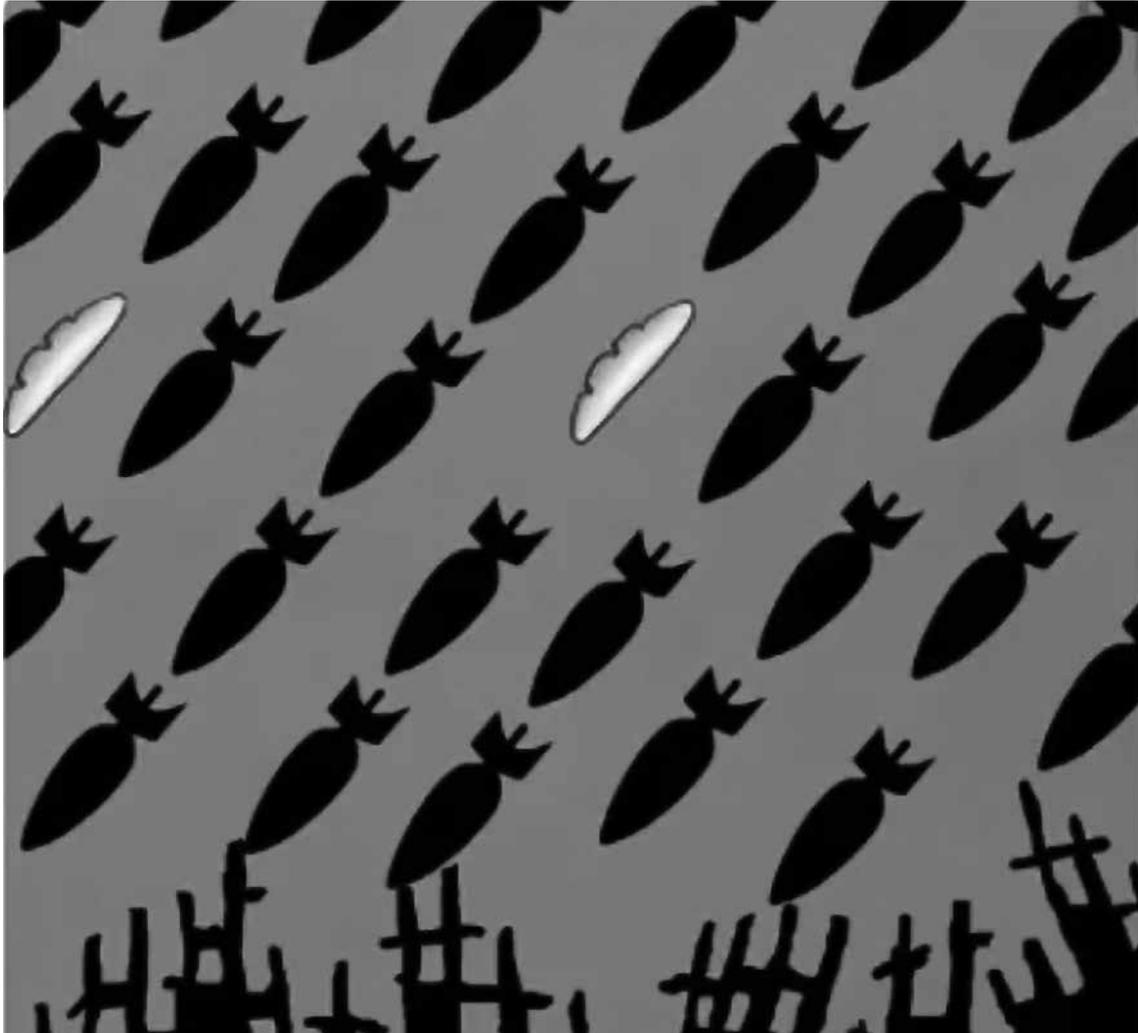


Illustration: Hani Abbas, <https://twitter.com/hanimabbas/status/176423483363386545>

## STOP ARMING ISRAEL!

## INHALT

<i>Gewerkschaften</i>	
<b>GDL-Tarifrunde 2023/2024, Jakob Schäfer</b> .....	<b>3</b>
<i>Tesla</i>	
<b>Kampf um Tesla, Klaus Meier</b> .....	<b>6</b>
<i>Ökologie</i>	
<b>Landwirtschaft vs. Ökologie? Adriano Bulla</b> .....	<b>11</b>
<b>Ökosozialistische Konferenz 2024</b> .....	<b>16</b>
<i>Dossier Gaza-Krieg</i>	
<b>Auf der Suche nach Orientierung, Birgit Althaler</b> .....	<b>18</b>
<b>Zusammenstehen gegen Krieg und Rassismus, Interview mit Uri Weltmann</b> .....	<b>19</b>
<b>Den Sack schlägt man, den Esel meint man, Peter Beinart</b> .....	<b>22</b>
<b>Die Vergänglichkeit des Mitgefühls, Orly Noy</b> .....	<b>25</b>
<b>Wie der Völkermord gestoppt werden kann, Marcy Winograd</b> .....	<b>27</b>
<b>Die „Staatsräson“ gerät zur Farce, Michael Sappir</b> .....	<b>32</b>
<b>Anatomie eines Genozids, Francesca Albanese</b> .....	<b>37</b>
<i>Ukraine</i>	
<b>Kein Ende des Krieges in Sicht, Michael Roberts</b> .....	<b>40</b>
<b>Eskalation oder Verhandlungen? Jakob Schäfer</b> .....	<b>43</b>
<b>Für einen selbstbestimmten Wiederaufbau der Ukraine, Hermann Nehls</b> .....	<b>47</b>
<i>Türkei</i>	
<b>Erdogan und sein unberechenbares Regime, Interview mit Masis Kürkcügil</b> .....	<b>49</b>
<i>Extreme Rechte</i>	
<b>internationale Front gegen die extreme Rechte, Éric Toussaint</b> .....	<b>54</b>
<i>Argentinien</i>	
<b>„Diese Regierung ist eine Katastrophe“, Interview mit Claudio Katz</b> .....	<b>57</b>
<i>Nachruf</i>	
<b>Nachruf: Ernesto Herrera (1949–2024), Charles-André Udry</b> .....	<b>62</b>
<i>Letzte Seite</i>	
<b>Internationales sozialistisches Sommercamp</b> .....	<b>64</b>

## IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss\*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor\*innen wieder.

Redaktion:  
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,  
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich  
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis  
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-  
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

[www.intersoz.org](http://www.intersoz.org)

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:  
die internationale  
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
Vertrieb:  
[internationale-vertrieb@intersoz.org](mailto:internationale-vertrieb@intersoz.org)

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:  
ISO,  
[iso@intersoz.org](mailto:iso@intersoz.org),  
<https://intersoz.org/>
- Österreich:  
SOAL, Sozialistische Alternative,  
[office@soal.at](mailto:office@soal.at),  
<https://soal.at/>
- Schweiz:  
BFS/MPS, [info@bfs-zh.ch](mailto:info@bfs-zh.ch),  
<https://sozialismus.ch/>

# GDL-TARIFRUNDE 2023/2024

Verlauf und Ausgang der GDL-Tarifrunde haben Auswirkungen weit über den Bahnbereich hinaus. Es lassen sich einige gewerkschaftspolitische Schlussfolgerungen ziehen.

■ **Jakob Schäfer**

Aus mehreren Gründen kam der GDL-Tarifrunde 2023/2024 eine besondere Bedeutung zu:

*Erstens:* Ausbau und größere Verlässlichkeit sind wesentliche Elemente für die Steigerung der Attraktivität der Bahn und damit auch für die Realisierung der Verkehrswende. Dafür aber müssen mehr Menschen für diese Jobs (nicht zuletzt für die verantwortungsvolle Aufgabe der Lokführer\*innen) gewonnen werden, was bei den heutigen schlechten Arbeitsbedingungen und der bescheidenen Bezahlung sehr schwer ist. Daher rührt das vergleichsweise große Verständnis der Bahnkund\*innen, die zwar von dem Streik betroffen waren, aber gar nicht in dem von Bahn und Medien gewünschten Maß in das GDL-Bashing einschwenkten.

*Zweitens:* Die GDL hat im Gegensatz zu allen anderen Gewerkschaften nicht nur eine qualitative Forderung – eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgeltausgleich – aufgestellt, sondern auch dafür wirklich gekämpft und – mit Abstrichen – auch durchgesetzt.

*Drittens:* Die GDL ist aufgrund ihrer vergleichsweise kämpferischeren Haltung in den vergangenen Jahren die besondere Zielscheibe der Herrschenden und ihrer Medien. Hinzu kommt, dass sie – als Nicht-DGB-Gewerkschaft und Konkurrentin der EVG – auch von Gewerkschaftsseite aus recht isoliert ist. Hier spielt das Tarifeinheitsgesetz (TEG) eine Rolle, das schließlich von den meisten DGB-Gewerkschaften (außer ver.di) aktiv gefordert und gepusht worden war.

Die Bahn hat einen besonders schlechten Ruf, nicht nur bei den Kund\*innen. Die Pünktlichkeit und selbst die Verlässlichkeit bestimmter Zugfahrten geht seit Jahren nach unten. Das liegt daran, dass die Bahn seit 30 Jahren

auf Verschleiß fährt. Mit der Bahnreform wollte man sie ja an die Börse bringen und deshalb Gewinne ausweisen, was immer schlecht für die Instandhaltung der Infrastruktur ist. So wurden ganze Strecken stillgelegt, seit 1994 gingen die Industrieanschlüsse von 12 000 auf 2000 zurück usw. Um auf die gleiche Streckendichte wie in der Schweiz zu kommen, müsste bei uns das Streckennetz um 25 000 km erweitert werden.

Vor diesem Hintergrund stand die Abwehr der GDL-Forderungen im krassen Gegensatz zu den Boni, die sich die Bahn-Vorstände genehmigten. Für die neun Vorstandsmitglieder wurden 9 Mio. Euro ausgeschüttet (Bahnvorstand „Personal und Recht“ Seiler 1,3 Mio.). Für neue Mitglieder des Vorstands steigt allein das Gehalt in der ersten Amtsperiode von aktuell 1,15 Millionen

## PERSONALNOTSTAND DER DB

„Die Bahn hat 325 000 Mitarbeiter und ist nicht in der Lage, genügend Lokführer anzustellen? Das ist ein eklatantes Versagen dieses Personalvorstands. Wenn die Bahn ihr Personal ordentlich bezahlen würde, hätte sie genügend Mitarbeiter. Fakt ist: Mehr als 100 von der Deutschen Bahn ausgebildete Lokführer arbeiten in der Schweiz. Und warum?

Weil es dort bessere Verträge gibt, geregelte Ruhezeiten, weil die Schweizer Staatsbahnen mit ihren Angestellten nicht so umspringen wie die Deutsche Bahn mit ihrem Personal. Es gibt hierzulande Lokführer, die schieben pro Jahr 400 bis 600 Überstunden vor sich her. Da ist kein richtiges Familienleben möglich – und das, nochmals, bei einem Staatsbetrieb.“<sup>1</sup>

Euro auf 1,4 Millionen, ein Sprung um 22 Prozent. Auch der Anteil des festen Grundgehalts an der Gesamtvergütung soll steigen, von bislang 36 auf künftig 50 Prozent. In Verbindung mit den schlechten Arbeitsbedingungen hat all dies nicht unerheblich zur Mobilisierung der Lokführer\*innen beigetragen.

### Die Ziele der GDL

Die GDL wollte einen realen Anstieg der Gehälter, größere Ruhepausen für Schichtarbeitende und vor allem eine Arbeitszeitverkürzung (AZV) von 38 auf 35 Stunden ohne Gehaltseinbußen. Darüber hinaus ging es ihr um eine Ausdehnung des Geltungsbereichs ihres Tarifvertrags auf Beschäftigte in den Netzbetrieben, der Netzinstandhaltung und den Werkstätten. Dies ist für die GDL nicht zuletzt wegen der weiterhin drohenden Anwendung des TEG von Bedeutung, denn trotz eines Mitgliederzuwachses ist sie immer noch mit Abstand die kleinere der beiden Bahngewerkschaften. Das Unternehmen DB besteht heute aus 300 Betrieben und nur in 70 von ihnen gilt der GDL-Tarifvertrag. Wenn sich nun (etwa durch neue Regierungsmaßnahmen oder eine Umorganisation des Unternehmens) die politischen Bedingungen für den Bahnvorstand verbessern sollten, könnte es ihm gelingen, das TEG anzuwenden, was ja besagt, dass in einem Betrieb nur der Tarifvertrag der größeren Gewerkschaft gilt. Und hier fährt die Bahn mit einem EVG-Tarifvertrag natürlich materiell und politisch deutlich besser.

Der Kampf war stellenweise vorbildlich, vor allem aufgrund der hohen Streikbeteiligung, aber auch weil man sich von den Pressevertretern nicht provozieren ließ. Im Unterschied zu den Jubelmeldungen, die die anderen Gewerkschaften üblicherweise nach einem Tarifabschluss abgeben, fällt auf, dass der GDL-Vorstand nichts schönredet oder verschweigt. Er benennt klar die nicht erreichten Ziele und macht deutlich, dass man weiter dafür kämpfen werde. Auch die Tatsache, dass der GDL-Vorstand auch nach dem Abschluss schlecht auf den Bahnvorstand zu sprechen ist, steht im krassen Gegensatz zu dem Gesülze der anderen, so extrem sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften.

### Bewertung des Ergebnisses

Bahnvorstand und Regierung wollten unbedingt verhindern, dass ein beispielhaft geführter Kampf um eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zum Erfolg führt und andere zur Nachahmung ermuntert. Außerdem ist man weiterhin bestrebt, die widerspenstige GDL kleinzukriegen und für künftige Tarifauseinan-

dersetzungen auszuschalten. Nur so ist die monatelange beinharte Verweigerungshaltung des Bahnvorstands zu erklären. Würde die GDL niedergemacht und würde in der Folge das Tarifeinheitsgesetz ohne Zögern zur Anwendung kommen, würden auch andere Gewerkschaften darunter zu leiden haben, etwa ver.di, die beispielsweise in nicht wenigen Krankenhäusern gegenüber dem Marburger Bund in der Minderheit ist.

Aus diesen Gründen sind die gewerkschaftspolitischen Ergebnisse dieses Tarifabschlusses noch wichtiger als die materiellen, aber auch die sind nicht schlecht. Das Wich-

## ERGEBNIS DER GDL-TARIFRUNDE

Auszug aus der Zusammenfassung des Abschlusses durch die GDL:

■ *Allgemeine Erhöhung der Monatsentgelttabellen um einen Festbetrag in Höhe von 210 Euro zum 1. August 2024 und um weitere 210 Euro zum April 2025;*

■ *Erhöhung der dynamisierten Zulagen um jeweils vier Prozent zum 1. August 2024 und zum 1. April 2025*

■ *Gewährung einer Inflationsausgleichsprämie (IAP) in Höhe von 2 850 Euro (Teilzeitarbeitnehmer anteilig) und in Höhe von 1 425 Euro für Auszubildende und Dual-Studierende*

■ *Fünf-Tage-Woche*

*Begrenzung der maximalen Länge von Arbeitsphasen von bisher 144 Stunden auf 120 Stunden ab 1. Januar 2025*

■ *Schrittweise Absenkung der jeweils maßgeblichen Referenzarbeitszeit um drei Stunden von 2026 bis 2029 für Schichtarbeiter ohne anteilige Entgeltkürzung*

■ *Keine Ausweitung des Geltungsbereiches der GDL-Tarifverträge auf InfraGO AG und RegioNetz Infrastruktur GmbH*  
*Die GDL konnte sich mit der Forderung, die bestehenden Tarifverträge für Netzbetrieb- und Netzinstandhaltung zu übernehmen, noch nicht durchsetzen. Sie wird dies in der kommenden Tarifrunde erneut auf die Agenda setzen.*

### Abwehr von Gegenforderungen

*Die GDL konnte alle Gegenforderungen des Arbeitgebers abwehren. Dies betrifft unter anderem Arbeit in Arbeitszyklen (DB Cargo), Multifunktionales Transportpersonal (DB Cargo), Abwertung der Wochenendruhen, Erhöhung des Dispoanteils in der Monatsplanung, Anpassungen zum Jahresschichtasterplan, Verrechnung von Minder- und Überstunden, Abfluss von Zeitguthaben aus dem Ausgleichskonto, Liquidation des FairnessPlan e. V.“*

tigste: Die Arbeitszeitverkürzung ohne Entgelteinbußen kommt (wenn auch verzögert) und der Reallohn ist für die nächsten zwei Jahre gesichert (jedenfalls dann, wenn die Inflation nicht wieder über 4 % steigt). Dennoch dürfen die Kröten nicht übersehen werden, die die GDL geschluckt hat:

Mit der Wahlmöglichkeit, sich individuell für eine Arbeitszeit zwischen 35 und 40 Stunden zu entscheiden, gibt es jetzt für die betroffenen Berufsgruppen keine einheitliche Arbeitszeit mehr. So könnte in Zukunft (wenn Reallohnsteigerungen ausbleiben) so mancher Kollege/manche Kollegin die Arbeitszeit sogar verlängern statt sie zu verkürzen. Die zweite Kröte betrifft die lange Laufzeit (26 Monate). Keiner weiß, wie sich die Inflation entwickeln wird. Aber selbst bei einer Preissteigerungsrate von 2 bis 4 Prozent wird mit diesem Abkommen gerade mal der Reallohn gesichert. Verluste der vergangenen Jahre mit hohen Preissteigerungen werden damit nicht ausgeglichen. Im Unterschied zur Frage der Arbeitszeit hat die Gehaltserhöhung also noch nicht nennenswert zur Steigerung der Attraktivität des Berufs des Lokführers/der Lokführerin beigetragen. Die dritte Kröte betrifft die Nichtausweitung der betroffenen Beschäftigtengruppen, obwohl doch so manche Kolleg\*innen aus diesen Bereichen mitgestreikt haben, aber jetzt nicht bessergestellt werden als alle anderen, die nur vom EVG-Tarifvertrag erfasst sind.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass die Nichtanwendung des TEG vornehmlich darauf beruht, dass die GDL in den von ihr bestreikten Betrieben (vor allem beim fahrenden Personal) darlegen konnte, dass sie dort die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Kolleg\*innen vertritt. Eine Überprüfung fand nicht statt, nicht zuletzt, weil die vom Gesetz dafür vorgesehene Maßnahme praktische Umsetzungsprobleme hat. Mit anderen Worten: Die GDL wirkt im Moment im Graubereich des TEG. Es in der Praxis wirklich zu kippen, ist noch nicht erreicht. Vor dieser Illusion sollte man sich bewahren.

Die Abstriche, die die GDL hinnehmen musste (oder die der GDL-Vorstand meinte hinnehmen zu müssen), sind vor allem dem öffentlichen Druck geschuldet, wozu in skandalöser Weise die anderen Gewerkschaften durch ihre fehlende Solidarität einen erheblichen Beitrag leisteten. Vor allem die neue IGM-Vorsitzende, Christiane Benner, tat sich unrühmlich hervor. Am 19. November warf sie der „sehr lauten Lokführergesellschaft GDL“ Provokation vor. Und beim Sonntagstammtisch des BR am 10. März forderte sie die GDL auf, den Vorschlag der CDU-Politiker Günther und de Maizièrè anzunehmen. Einer kämpfen-

den Gewerkschaft in den Rücken zu fallen, ist schon eine starke Nummer.

### Streikrecht unter Beschuss

Die GDL ist glücklicherweise nicht die einzige Gewerkschaft, die in letzter Zeit für bessere Arbeitsbedingungen und für mehr Lohn wirklich gekämpft hat. Auch das Bodenpersonal der Lufthansa und die Beschäftigten der Sicherheitsdienste an den Flughäfen haben für einen Ausgleich der Verluste in den vergangenen Jahren gekämpft und auch wirklich was rausgeholt. Sehr gemischt sieht es allerdings bei den Beschäftigten im Nahverkehr aus. Hier haben die Kolleg\*innen ebenfalls für eine Arbeitszeitverkürzung gekämpft, aber die ver.di-Führung ist hier – u. E. ohne wirkliche Not – viel zu schnell eingeknickt und hat außer einer Reallohnsicherung (mit stellenweise leichten Erhöhungen) und geringen Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen vor allem in der Frage der Arbeitszeit so gut wie nichts rausgeholt. Nennenswert ist die AZV nur in Schleswig-Holstein und auch das nur mit einem Einstig erst ab 2026).<sup>2</sup>

So sehr aber ver.di und alle anderen DGB-Gewerkschaftsvorstände doch auf Sozialpartnerschaft eingenordet sind: Auch außerhalb des Bahnbereichs sind Streiks den Herrschenden grundsätzlich ein Dorn im Auge. So führte der FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai aus: „Streiks im Bereich der kritischen Infrastruktur dürfen nicht unverhältnismäßig und maßlos sein. Hier sollte eine gesetzliche Anpassung erfolgen.“ Natürlich sind vor allem die strengen Antistreikgesetze in Großbritannien ein Vorbild. Fratzscher, Chef des DIW, meinte, nun müssten Politik und Tarifparteien das Streikrecht so anpassen, „dass es eine schnellere Einigung gibt und der wirtschaftliche Schaden begrenzt bleibt.“

Immerhin haben sich daraufhin (vor allem nach dem Vorstoß der FDP) mehrere Landesverbände des DGB in teils scharfen Erklärungen gegen eine Einschränkung des Streikrechts gewandt. Nach unseren Infos haben sich hier vor allem die ver.di-Vertreter\*innen engagiert.

**1** „Wer die Bahn so ruiniert, kann sie nicht retten“ Interview mit Arno Luik *Frankfurter Rundschau* vom 05.03.2024; siehe auch Arno Luik: *Schaden in der Oberleitung. Das geplante Desaster der Deutschen Bahn*. Frankfurt (Westend Verlag) 2021, 302 S., 12 Euro

**2** Detailliertere Infos über den jeweils neuesten Stand des jeweiligen TV Nah finden sich hier: <https://oeffentliche-private-dienste.verdi.de/tarifbereiche/tv-n/++co++ec6f8240-5c3f-11ee-8334-001a4a160100>

# KAMPF UM TESLA

Kaum eine Woche vergeht, ohne dass es neue Nachrichten vom deutschen Tesla-Standort Grünheide gibt. Nicht alle dürften Tesla-Chef Elon Musk gefallen. Dennoch spitzen sich die Konflikte um das Werk weiter zu.

■ Klaus Meier

■ Vor knapp zwei Jahren, im März 2022, nahm Tesla die Produktion an seinem neuen Standort in Brandenburg auf. Inzwischen produzieren 12 500 Beschäftigte am Standort Grünheide jährlich rund 300 000 Teslas vom Typ Model Y. Ursprünglich war das Werk auf eine Jahresproduktion von 500 000 Fahrzeugen ausgelegt. Doch damit gibt sich Elon Musk nicht zufrieden. Er will in Grünheide eine Gigafabrik. Erweiterungen sind deshalb bereits in Planung. Mittelfristig sollen am Standort eine Million Fahrzeuge pro Jahr gebaut werden. Und das mitten im Wasserschutzgebiet, wo das Grundwasser schon jetzt knapp wird.

## Extremer Wasserverbrauch bei der Lackierung von Fahrzeugen

Die gesamte Automobilproduktion ist mit einem enormen Wasserverbrauch verbunden. Die technisch-wissenschaftliche Literatur geht von 5,20 bis 5,95 m<sup>3</sup> Wasser pro Fahrzeug aus. Eine Studie für das Jahr 2020 spricht von 4,94 m<sup>3</sup> Wasser. Die meisten Automobilhersteller veröffentlichen ihren Wasserverbrauch nicht. Eine Ausnahme ist das Audi-Werk in Ingolstadt, das 2021 bekannt gab, dass der derzeitige Frischwasserverbrauch von 3,75 Kubikmetern pro Fahrzeug bis 2035 halbiert werden soll. Seit 2019 ist in Ingolstadt ein neues dreistufiges Brauchwasserzentrum in Betrieb. Die Hälfte des anfallenden Wassers kann so in einen Aufbereitungskreislauf eingespeist und wiederverwendet werden. Zur Anlage gehört eine chemisch-physikalische Stufe, die alkalische und saure Elemente neutralisiert und Schwermetalle entfernt.

Tesla ist mit seinen Informationen vergleichsweise deutlich sparsamer. Es gibt bisher lediglich an, das Wasser zu reinigen. In welchem Umfang und mit welcher Technik

das geschieht, ist nicht bekannt. Das Unternehmen dürfte dies als Betriebsgeheimnis betrachten. De facto ist eine solche Geheimniskrämerei aber ein Ausdruck dafür, dass ein Unternehmen vor der Öffentlichkeit etwas zu verbergen hat. Dagegen wäre es wichtig, dass Vertreter\*innen von Umweltbehörden, unabhängige Wissenschaftler\*innen und Umweltverbände ein Informationsrecht und freien Zugang zu den Wasserprozessen von Tesla erhalten.

Der hohe Wasserverbrauch in Automobilwerken ist vor allem auf den Lackierprozess zurückzuführen, der in vier Schichten aufgetragen wird. Bei allen einzelnen Lackiervorgängen kommt neben Wasser viel Chemie zum Einsatz: organische Lösemittel, Acrylatharze, Polyisocyanate und Konservierungsmittel. Überschüssiger Lack wird in der Regel durch Wasserscheier oder Wasserwände entfernt. Um Wasser und Lack zu trennen, werden so genannte Koagulationsmittel eingesetzt, die dafür sorgen, dass sich der Lack zu kleinen Klümpchen zusammenballt. Auf diese Weise können die Farbpartikel aus dem Wasser entfernt werden. Zur Prozessunterstützung werden chemische Entschäumer und Flockungsmittel eingesetzt.

Neben dem Lackierprozess wird in den Automobilwerken viel Wasser für den so genannten Regentest verbraucht. Ziel des Tests ist der Nachweis, dass der Innenraum des Autos bei Regen vollständig wasserdicht ist. Dazu wird ein Gewitter mit 150 Litern Wasser pro Quadratmeter simuliert. Der Regentest variiert von Hersteller zu Hersteller, kann aber durchschnittlich zehn Minuten pro Auto dauern.

## Giftige Chemikalien – für eine unabhängige Abwasserüberwachung

Das Abwasser der Autofabriken ist mit gesundheits- und umweltschädlichen Chemikalien belastet, die vor allem aus

dem Lackierprozess stammen. Tesla behauptet, das Wasser zu reinigen. Fünfundsechzig Prozent des Wassers würden recycelt, hieß es Mitte 2023. Auch andere Autohersteller behaupten das. In welchem Umfang dies geschieht und ob tatsächlich alle Chemikalien aus dem Abwasser entfernt werden, ist nicht bekannt. Angesichts der Situation, dass Tesla teilweise in einem Trinkwasserschutzgebiet gebaut wurde, sind regelmäßige Kontrollen des Abwassers unerlässlich. Ein Problem bei der qualitativen chemischen Analyse ist, dass man nur das chemisch nachweisen kann, wonach man sucht. Die chemische Analyse dürfte in jedem Fall sehr anspruchsvoll sein, auch weil man Daten über den spezifischen Lackierprozess bei Tesla benötigt.

Normale Wasserverbände dürften damit schnell überfordert sein. Daher sollten wirklich unabhängige wissenschaftliche Labore mit der Wasserüberwachung beauftragt werden. Wichtig wäre, dass diese sowohl von Tesla als auch von der Landesregierung unabhängig sind. So hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die Landesregierung im Zweifelsfall die Produktionsinteressen von Tesla höher bewertet als die Sicherheit des Grundwassers in der Region Grünheide, z.B. durch viele nachgereichte Genehmigungen, obwohl Tesla bereits mit den Baumaßnahmen begonnen hatte.

### **Ein expandierendes Industriegebiet mit extremem Wasserverbrauch**

Laut einem internen Papier, über das zuerst der *TAGES-SPIEGEL* berichtete, verbrauchte Tesla in Grünheide im Jahr 2023 insgesamt 451 654 Kubikmeter Wasser. Diese Wassernutzung fällt allerdings in eine Zeit, in der maximal 300 000 Fahrzeuge im Unternehmen produziert wurden. Nach den Plänen von Elon Musk sollen in Grünheide aber eine Million Autos gebaut werden. Allein die Produktionshalle könnte am Ende so groß sein wie 60 Fußballfelder. Hinzu kommt eine Batteriefabrik. Außerdem ist davon auszugehen, dass sich weitere Zulieferer in der Umgebung ansiedeln werden. Das jetzige Tesla-Werk ist also nur der Anfang für den Aufbau einer großflächigen Industrieregion.

Das bedeutet, dass es nicht bei dem Wasserverbrauch von rund 450 000 Kubikmetern im Jahr 2023 bleiben wird. Vielmehr ist davon auszugehen, dass der Wasserbedarf um ein Vielfaches steigen wird. Und das in einer ariden Region. Elon Musk hat zum Thema Wasser ein sehr einfaches Weltbild. Als er 2021 die Baustelle in Grünheide besuchte, warf er einen Blick auf den Kiefernwald und erklärte der Presse, dass Brandenburg keine trockene

Gegend sei: „Bäume würden nicht wachsen, wenn es kein Wasser gäbe. Ich meine: Wir sind hier nicht in der Wüste.“

Die Realität ist leider etwas komplizierter. Brandenburg ist das Bundesland, das in den fünf aufeinanderfolgenden Trockenjahren von 2017 bis 2022 am meisten unter der Dürre gelitten hat. Das Jahr 2023 war eher feucht und auch der aktuelle Winter war nass. Der Regen hat also den Boden befeuchtet. Das betrifft aber vor allem die obere Bodenschicht, in der die Kulturpflanzen und auch die Bäume wurzeln. Weiter unten im Boden sieht es noch schlechter aus. Der Grundwasserspiegel liegt in etwa 20 bis 30 Metern Tiefe. Dort ist es immer noch zu trocken. Wasserexperten sagen, dass der Grundwasserspiegel in dieser Tiefe seit etwa 40 Jahren sinkt. Um ihn wieder aufzufüllen, braucht es viele Jahre. Selbst zwei oder drei feuchte Jahre reichen dafür nicht aus. Das bedeutet, dass das vergangene Jahr und der nasse Winter keineswegs zu einer Entspannung der Grundwassersituation geführt haben. Wenn Tesla in der Region Grünheide zukünftig viele hunderttausend Kubikmeter Grundwasser abpumpt, dürfte dies sehr negative Auswirkungen auf die Wasserversorgung der Bevölkerung haben.

### **Austin-Texas: Teslas Wasserpolitik wird kritisiert**

Für deutsche Klimaschützer\*innen dürfte es bedeutsam sein, dass es auch im neuen Tesla-Werk in Austin (Texas) zahlreiche Konflikte um den Wasserverbrauch gibt. In der 2022 eröffneten Fabrik sollen künftig 500 000 Fahrzeuge produziert werden. Darunter Model 3 Limousinen, Y-Fließhecklimousinen und Cybertrucks. Dafür benötigt Tesla auch in Austin große Mengen an Wasser. Die Region um Austin ist zwar nicht so kochentrocken wie Zentraltexas, aber durch das Tesla-Werk und weitere Projekte von Elon Musk könnte auch hier der Wasservorrat schnell knapp werden. Im Jahr 2023 erlebte Texas die heißesten und trockensten Monate aller Zeiten, auch eine Folge des globalen Klimawandels. Die lokalen Wasserreservoirs in der Region sanken auf unter 50 Prozent ihrer Kapazität. Der örtliche Gründer der Waterkeeper Alliance in Austin sprach von einem nicht nachhaltigen Umgang mit dem Grundwasser in der Region. Er sah darin eine kontrollierte Erschöpfung dieser lebenswichtigen Ressource. Tesla erklärte, dass das Unternehmen etwa 25 Prozent des Regenwassers auffangen und zur Kühlung der Maschinen verwenden werde. Außerdem solle ein Wasserfilter installiert werden, um Wasser zu sparen. Darüber hinaus sprach Elon Musk davon, dass um die Fabrik herum ein „ökologisches Paradies“ geschaffen werden soll, was auch immer das bedeuten mag.

Gleichzeitig gab Tesla bekannt, dass das Unternehmen im Jahr 2,3 Millionen Kubikmeter Wasser benötige. Eine Gemeindeverantwortliche äußerte sich erschrocken über diese große Menge. Tesla ist nicht das einzige Unternehmen von Elon Musk in der Region. Ihm gehört auch die Boring Company. Sie liegt nur wenige Kilometer entfernt. Die Fabrik soll neuartige Bohrmaschinen entwickeln, die es ermöglichen, große unterirdische Autotunnel in kürzester Zeit zu bauen. Auf der Homepage des Unternehmens heißt es, ganz im Stil eines Elon Musk: „Ein ausgedehntes Tunnelnetz kann die Verkehrsüberlastung in jeder Stadt verringern; egal, wie groß eine Stadt wird, es können immer mehr Ebenen von Tunneln hinzugefügt werden.“

Das Problem mit der Boring Company ist die Verschmutzung des Colorado Rivers. Die Fabrik wurde kritisiert, als sie 570 Kubikmeter verschmutztes Abwasser in den kleinen Colorado River<sup>1</sup> einleitete. Dazu gab es weitere Kritiken an nicht genehmigte Abwassertanks zusammen mit einer nicht genehmigten Kläranlage. Ein Kritiker der Politik der Boring Company meinte dazu: „Im Grunde bauen sie einfach, was sie wollen, ohne vorher die Vorschriften und lokalen Anforderungen zu prüfen“. Er fügte hinzu: „Erst wenn sie Verstöße und gerichtliche Verwarnungen erhalten, scheinen sie sich an die Gesetze zu halten.“ Die Umweltschützer sorgen sich vor allem um das Grundwasser: „Jedes Einfamilienhaus in der Gegend ist an einen Brunnen angeschlossen, alle Nachbarn trinken das Wasser und einige sind mit ihren kleinen Betrieben darauf angewiesen.“

Doch damit nicht genug: Elon Musk hat weitere große Pläne für die Region um Austin am Colorado River. Der Milliardär will dort eine eigene Stadt gründen, vermutlich als Gegenentwurf zum Silicon Valley in Kalifornien. Tausende Hektar Ackerland soll Musk dafür erworben haben. Seine neue Stadt soll Snailbrook heißen. Sie soll es seinen Mitarbeitern ermöglichen, vor Ort am Colorado River zu leben. Ein strategisch wichtiger Ort für Elon Musk, denn in der Region befinden sich nicht nur seine Tesla-Fabrik, sondern auch SpaceX und die Boring Company. Die weitreichenden Pläne des US-Multimilliardärs zeigen einmal mehr, dass er gewohnt ist, in großen Dimensionen zu denken.

Das sollte auch der Region Grünwald eine Warnung sein, wenn sie nicht schnell in Beton und Verkehrsströmen versinken will. Die Brandenburger Klimaschützer sollten daraus den Schluss ziehen, dass es sinnvoll sein könnte, auch in der Auseinandersetzung mit dem Milliardär groß zu denken. Der Aufbau einer weltweiten Tesla-kritischen Klimakoalition zusammen mit den Protestbe-

wegungen in Austin und Fremont könnte eine mögliche Antwort sein.

### **Grünheide gegen Tesla-Erweiterung**

Die Erweiterungspläne von Tesla wurden bisher von der brandenburgischen Landesregierung massiv unterstützt. Die große Frage war bisher, wie die in der Region lebende Bevölkerung die Umwandlung der Region in ein großes Industriegebiet mit viel Verkehr, neuen Straßen und immer mehr Fabrikanlagen bewertet. Eine Antwort sollte eine Abstimmung unter den rund 5400 Einwohnern der Gemeinde Grünheide geben, die im Februar stattfand. Die Frage lautete: „Sollen weitere 100 Hektar Wald (im Landschaftsschutzgebiet) in der Gemarkung Grünheide (Bebauungsplan Nr. 60) in eine Industriefläche umgewandelt werden, die für Logistik, Lagerhaltung und soziale Gebäude genutzt wird?“ Der Abstimmung ging eine wochenlange Kampagne von Tesla und den Gegnern der Fabrikweiterung voraus. Das Abstimmungsergebnis war dann eindeutig: 3499 Einwohner stimmten dagegen, 1882 dafür. Das entspricht einer Ablehnung von 62 Prozent der Bevölkerung – und das bei einer hohen Wahlbeteiligung.

Obwohl das Bürgervotum nicht bindend ist, hatten mehrere Gemeindevertreter betont, dass sie das Votum respektieren würden, darunter auch der parteilose Bürgermeister. Tesla erklärte, das Unternehmen sehe in der logistischen Optimierung der Fabrik weiterhin „einen großen Gewinn für die Gemeinde“. Die Niederlage ist für den Autokonzern zwar ärgerlich, die unmittelbaren Folgen dürften aber überschaubar sein. Der geplante Ausbau des Werks in Grünheide ist nicht gefährdet. Aber die Abstimmung zeigte den Tesla-Gegnern, dass es möglich ist, die Bevölkerung vor Ort zu gewinnen. Wenn sie ihre kontinuierliche und ruhige Basisarbeit fortsetzen, könnte Grünheide für Tesla so problematisch werden wie Gorleben einstmals für die Atomindustrie. Brandenburgs Innenminister scheint das ähnlich zu sehen, wenn er sagt: „Viele träumen von einem Lützerath des Ostens.“

### **Das Klimacamp und die Attacken der Landesregierung**

Eine weitere Aktion gegen Tesla war der Aufbau eines Klimacamps im Wald nahe der Fabrik des US-Autobauers. Es könnte eine wichtige Basis für einen längerfristigen Widerstand bilden. Brandenburgs Landespolitiker jedenfalls nehmen die Aktion sehr ernst. Mitte März kündigte Innenminister Michael Stübgen (CDU) vor Journalisten an, dass ab sofort elf strenge Auflagen gelten und die

Räumung unmittelbar bevorsteht. Verboten wurden unter anderem die Nutzung der Baumhäuser, die Erweiterung des Geländes um weitere Zelte und jegliches offene Feuer. „Wir werden das kontrollieren“, drohte Stübgen. Er habe sich entschlossen, die Polizeikräfte rund um die Tesla-Fabrik noch einmal deutlich zu verstärken. Hinzu kam die übliche Warnung vor angeblich gewaltbereiten Personen, die auf dem Weg nach Grünheide seien.

Die ganze gut orchestrierte Räumungskampagne der Landesregierung brach dann allerdings in sich zusammen, als das Verwaltungsgericht in Potsdam einem Eilantrag der Besetzer\*innen nachgab und die Auflagen der Landesregierung zurückwies. Eine Räumung des Autowerk-Camps ist damit vorerst nicht möglich. Die „allgemeinen Erwägungen zu einer Unvereinbarkeit des Protestcamps einschließlich der Baumhäuser mit naturschutzrechtlichen und baurechtlichen Vorschriften für die versammlungsrechtlich gebotene Gefahrenprognose“ reichen laut dem Gericht nicht aus.

### **Tesla-Werksleitung kritisiert die Beschäftigten**

Tesla-Chef Elon Musk verlangt von seiner Belegschaft eine hohe Arbeitsintensität. Beschäftigte bei Tesla in Grünheide kritisieren dagegen eine zu geringe Personaldecke. Wenn Maschinen ausfielen, würden die Vorgesetzten die Arbeiter\*innen zu Pausen zwingen, die sie nicht gebrauchen könnten. Die Zeit werde dann von den eigentlichen Pausen abgezogen. Das *Handelsblatt*<sup>2</sup> zitierte in einem Artikel einen Tesla-Mitarbeiter, der aussagte, dass die Arbeitsbelastung immer weiter steige. Es bleibe „kaum Zeit, sich zu erholen.“ Der Werksleiter Andre Thierig sieht das anders. Das Werk in Grünheide müsse seine „Produktionszahlen weiter steigern“. Derzeit würden knapp über 36 Fahrzeuge pro Stunde gebaut. „Das ist noch lange nicht da, wo wir hinwollen.“ Er erklärte auf einer Betriebsversammlung am 5. Juli 2023, dass es zu viele Langschläfer und Simulanten bei Tesla gäbe: „Wir werden das nicht dulden, dass manche sich den Rücken krumm buckeln für andere, die einfach keinen Bock haben, zur Arbeit zu kommen.“ Und weiter erklärte er, dass es in der Fabrik keinen Platz für Leute gäbe, die morgens „nicht aus dem Bett“ kämen.

Auch den angeblich hohen Krankenstand kritisierte er. Das Management werde sich „das viel genauer anschauen in nächster Zeit, ob es da gewisse Muster gibt.“ Die IG Metall erklärte dagegen, dass es noch viel zu tun gäbe bei Tesla in Grünheide. Und Christiane Benner, die neue Vorsitzende der IG Metall fand auf ihrer Antrittsrede klare Worte zu Elon Musk und den Praktiken bei Tesla: „Wir werden keine gewerkschaftsfreien Zonen zulassen.“

Tatsächlich stellt sich Tesla klar gegen die IG Metall. Elon Musk erklärte auf einer Rede vor der Belegschaft im März 2024, dass Tarifverträge nach seinen Erfahrungen dazu führen würden, ein „Unternehmen zu spalten“. Damit positionierte er sich klar gegen Tarifverträge. Der Geschäftsführer Steinmetz sprach von „Vertrauen“, das erschwert würde, wenn von Leuten „Unwahrheiten“ verbreitet würden. Gemeint waren offensichtlich Info-Aktionen der IG Metall. All dies deutet bereits auf eine sehr angespannte Atmosphäre im Werk.

Ein Problem war auch, dass die ersten Betriebsratswahlen bei Tesla stattfanden, als das Werk nur 2000 Beschäftigte zählte. In der Folge ist es dem Unternehmen gelungen, den Betriebsrat mit Teamleitern und Projektmanagern zu besetzen, die der Geschäftsführung eher nahestehen. Die derzeitige Vorsitzende des Gremiums, Michaela Schmitz, liegt auf der Linie von Tesla. In einer Rede vor der Belegschaft erklärte sie: „Was wir nicht brauchen, ist eine Gewerkschaft.“ Eine Gewerkschaft würde das Unternehmen nur ausbremsen.

Von der IG Metall wurde der bisherige Betriebsrat dafür kritisiert, dass er in der Regel Kündigungen widerspruchslos hingenommen habe und dabei die Kolleg\*innen noch nicht einmal angehört habe. Bei der neuen Betriebsratswahl im März 2024 stellte die IG Metall dann eine Liste „Tesla Workers“ auf. Die Liste von Schmitz firmierte unter dem Namen „Giga United“. Im Ergebnis gewann die IG Metall-Liste 39,4 % und damit die Mehrheit. Sie erhielt 16 Sitze. Dicht dahinter folgte die Liste von Schmitz mit 35,9 % und 15 Sitzen. Rund 25 % der Stimmen fielen auf zahlreiche kleinere Listen. Obwohl die IG Metall die meisten Stimmen gewann, ist damit nicht sicher, dass sie auch den Betriebsratsvorsitz stellen wird. Dafür wären 20 Stimmen notwendig.

### **Tarifverträge für Tesla: Schweden als Vorbild?**

Die Auseinandersetzung um bessere Arbeitsbedingungen und einen Tarifvertrag im Werk wird auf jeden Fall weitergehen. Die IG Metall will damit Personalfragen, Bandpausen, Urlaubszeiten und Gesundheitsschutz im Werk regeln. Wie der Kampf für einen Tarifvertrag bei Tesla prinzipiell geführt werden könnte, zeigt das Beispiel Schweden.

Tesla betreibt in unserem nördlichen Nachbarland keine Fabriken, sondern bietet nur Fahrzeugwartung, Reparaturen und Ladeinfrastruktur an. Das Unternehmen hat sich die letzten fünf Jahre geweigert, einen Tarifvertrag für seine Werkstattbeschäftigten im ganzen Land auszuhandeln. Im Laufe der Zeit gelang es aber der schwedischen

Gewerkschaftsbewegung zunehmend, bei Tesla ihre Organisation aufzubauen. Im Oktober 2023 konnte dann die Gewerkschaft IF Metall einen Konfrontationskurs gegen den Elektroautohersteller beginnen.

Zunächst wurde ein Streik gegen Reparaturwerkstätten anderer Unternehmen verhängt, die Tesla-Fahrzeuge warten. Im zweiten Schritt verhängte IF Metall dann eine Blockade gegen das Unternehmen Hydro Extrusion, das ein für die Produktion des Model Y von Tesla in Deutschland benötigtes Bauteil herstellt. IF Metall wird dabei von neun anderen schwedischen Gewerkschaften unterstützt. In der Folge kommt es zu Solidaritätsstreiks. Dabei legen die zur Solidarität aufgerufenen Belegschaften die Arbeit nicht komplett nieder. Stattdessen werden keine Tätigkeiten mehr ausgeführt, die mit Tesla in Verbindung stehen. So weigert sich die Gewerkschaft der Elektriker, Wartungen und Reparaturen von Teslas Ladestationen und Werkstätten durchzuführen. Die Gewerkschaft der Postangestellten blockiert die Lieferungen von Nummernschildern für Neufahrzeuge an alle Tesla-Einrichtungen und die Transportgewerkschaft verhindert außerdem das Entladen von Tesla-Autos in den schwedischen Häfen. In der Folge können praktisch keine Tesla-Autos mehr nach Schweden geliefert werden.

### **Klimaschutz und die soziale Frage zusammen denken: Partielle Bündnisse**

In dem Konflikt [in Grünheide] bietet sich ein partielles Bündnis zwischen den Klimaschützer\*innen und der IG Metall an. Das bedeutet, dass Klimaaktivist\*innen sich beispielsweise bereit erklären könnten, Flugblätter zum Thema Tarifvertrag mitzuverbreiten, dass sie Themen des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit bei Tesla beleuchten könnten und dass sie auch IG Metall-Mobilisierungen unterstützen und dafür offensiv werben. Gleichzeitig gibt es natürlich den Tesla-Ausbau, den die IG Metall-Spitze bedauerlicherweise unterstützt. Das kann die Klimabewegung natürlich nicht mittragen. Sie sollte die IG Metall in dieser Frage solidarisch und geduldig kritisieren und gleichzeitig die Gemeinsamkeiten in der Frage des Arbeitsschutzes und der Tarifbindung betonen. Ziel sollte es auf Dauer auch sein, dass die Klimabewegung organisierte Unterstützer\*innen in der Belegschaft gewinnt.

### **Perspektive Produktionsumstellung**

Die Klimakrise wird sich weiter verschärfen. Damit wird aber auch die Einsicht wachsen, dass wir uns kein weiteres profitgesteuertes Giga-Wachstum leisten können. Perspek-

### **LACKIERPROZESS IN VIER SCHICHTEN – EXTREMER WASSERVERBRAUCH**

Der hohe Wasserverbrauch in Automobilwerken wird vor allem durch die Lackierung der Fahrzeuge verursacht. Vier verschiedene Lackschichten werden auf die Fahrzeuge aufgetragen. Im ersten Schritt werden die Fahrzeuge durch ein großes Becken gezogen, das mit Lackflüssigkeit gefüllt ist. Dabei tauchen die Fahrzeuge vollständig ein. Der leitfähige Tauchlack lagert sich dabei an die negativ geladene Karosserie an. Anschließend müssen die überschüssigen Lackpartikel abgespült werden, natürlich wieder mit viel Wasser. Insgesamt wird bereits in dieser ersten Lackierphase viel Wasser verbraucht. Anschließend wird eine zweite Schicht aufgetragen, der so genannte Füller, der Unebenheiten auf der Fahrzeugoberfläche ausgleichen soll. Er wird in der Regel als Spritzlackierung mit Robotern aufgetragen. Je nach Fahrzeugtyp und Herstellerrezeptur enthält der Füller bereits erste Farbanteile. Als dritte Schicht wird der so genannte Basislack auf das Fahrzeug aufgetragen. Er enthält die Farbpigmente, organische Lösemittel und Wasser. Und als vierte Schicht wird ein farbloser Klarlack aufgespritzt. Er soll die Oberfläche der Autos edel aussehen lassen und auch vor Kratzern schützen.

tivisch wäre es sinnvoll, einen ökologischen Umbau und eine Vergesellschaftung des Tesla-Werks in Grünheide zu propagieren: für eine Konversion hin zur Herstellung von Nahverkehrszügen und Bussen. Dafür werden alle heutigen Arbeitsplätze benötigt. Ein derartiges Werk könnte dann mit den bestehenden Eisenbahnproduktionsstätten in Hennigsdorf, Görlitz und Bautzen vernetzt werden. Öffentliche Verkehrsmittel werden zukünftig benötigt. Und dafür muss systematisch eine Infrastruktur aufgebaut werden. Klimaschädliche und ressourcenfressende Autos, auch überschwere Elektro-Limousinen, gibt es dagegen bereits jetzt viel zu viele.

**1** Der kleinere Colorado River in Texas, an dem auch die Stadt Austin liegt, darf nicht verwechselt werden mit dem großen Colorado River, der durch die Bundesstaaten Colorado, Utah und Arizona fließt und dann in den Golf von Mexico mündet.

**2** „Tesla-Werksleiter kritisiert die Belegschaft“, *Handelsblatt*, 20. November 2023

# LANDWIRTSCHAFT VS. ÖKOLOGIE?

Traktoren auf den Straßen, lange Warteschlangen auf den Hauptverkehrsstraßen, zertrümmerte Statuen und viele Schaufeln Mist: Kurz gesagt, die Landwirte sind in Aufruhr! Aber gerade der Mist ist es, der mich interessiert, und ich spreche nicht nur vom Mist der Landwirte ...

■ Adriano Bulla

Für jemanden, der die komplexe und heterogene Welt der Landwirtschaft und der ländlichen Regionen nicht kennt, ist es schwierig, wenn nicht gar unmöglich, zu verstehen, was gerade passiert. Wenn aber eine Gruppe von Menschen, eine „Kategorie“ von Arbeitern, protestiert, ist es am klügsten, ihnen zuzuhören, ihre Forderungen zu verstehen und sie ausführlich zu diskutieren. Stattdessen finden wir uns in einem Fußballspiel wieder, bei dem es natürlich zwei Gruppen von Fans gibt.

Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die sagen, dass „die Bauern Recht haben“ und deshalb Dinge tun dürfen, die auf den Titelseiten der Zeitungen und im Fernsehen als „terroristisch“ bezeichnet würden, wenn die „Letzte Generation“ dahinter steckt. Denn Landwirte wählen rechts und wir stehen zu ihnen, egal was passiert. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die sie mit Misstrauen betrachten, weil sie eine vom System „verhätzelte“ Kategorie sind und weil es unter ihren zahlreichen Forderungen natürlich auch solche gibt, die dem ökologischen Übergang, dem Green Deal und auf jeden Fall unserer Vorstellung von einer grünen und nachhaltigen Welt zuwiderlaufen. Aber so einfach ist das nicht.

## Schatten, Wolken und Staub ...

... bedecken die Felder Europas, aber auch die Agrarpolitik der Europäischen Union, ihrer Mitgliedstaaten und der „Informationspolitik“ seitens der herrschenden Medien.

Für diejenigen, die keine Zeit haben, alles zu verfolgen, die es nicht verstehen, oder (dank) derer, die die Situation ausnutzen wollen, scheint es, als müssten sie zwischen Mistschwaden und den Berichten über die Pestizidverseuchung wählen ... Aber das ist nicht der Fall, und wir werden schrittweise vorgehen, um die Situation zu erhellen.

Hinter dem Begriff „Bauern“ verbergen sich unterschiedliche Realitäten: Sie gehören verschiedenen Verbänden an, manche klein, andere einflussreicher. Haben Sie schon einmal von einem Landarbeiter oder einer Landarbeiterin gehört? Und doch sind es auch sie, die den Boden bearbeiten! Sollte man sie als Landwirte oder Bauern bezeichnen?

Nicht alle Akteure der Wertschöpfungskette (Landwirte oder Landarbeiter) haben die gleiche Meinung zu den aufgestellten Forderungen. Beispielsweise haben die Akteure des ökologischen Landbaus ganz eigene Vorstellungen, was die Frage von Chemikalien und Brachland angeht.

Aber es gibt noch einen weiteren Punkt, der, wenn er zu Propagandazwecken oder um Verwirrung zu stiften ausgenutzt wird, das Ganze in eine ideologische Konfrontation verwandelt: Einige Forderungen sind national, andere sind europäisch! Die einen unterstützen die „Revolution“ der Bauern wegen ihres antieuropäischen Einschlags, während die anderen sie aus einer ökologischen Warte und im Namen der Einheit Europas völlig ablehnen – letzteres

eine illusionäre Hoffnung, die sich seit Jahrzehnten nie erfüllt hat.

### **Der Stein des Anstoßes in der BRD**

Einige der Forderungen in den einzelnen Ländern sind stichhaltiger als andere, auch wenn natürlich das Demonstrationsrecht für alle gilt. Zunächst wollen wir uns den auslösenden Funken betrachten, nämlich die Abschaffung der Dieselsubventionen für die deutschen Bauern. Ursprünglich sollte außerdem die Befreiung von der Mautpflicht abgeschafft werden, aber nach den ersten Protesten legte Scholz dieses Vorhaben ad acta.

Selbst die Abschaffung der Dieselsubventionen erfolgt nun schrittweise. Ursprünglich sollte die Subvention von 21 Cent pro Liter für Diesel (der in der BRD 1,70 Euro kostet) gestrichen werden, was einer Preissteigerung von 12 % entspräche, um somit 440 Millionen Euro einzusparen. Dies hätte für die 276 000 landwirtschaftlichen Betriebe des Landes eine durchschnittliche Ausgabensteigerung von rund 1700 Euro pro Jahr bedeutet. Gleich zu Beginn der Proteste wurde die Kürzung jedoch auf etwa 8 Cent pro Liter zurückgenommen – was einer durchschnittlichen Mehrbelastung von 680 Euro pro Jahr entspricht – und die weiteren Kürzungen auf die beiden Folgejahre verteilt.

Dieser prompte, wenn auch nur partielle Erfolg ermutigte die Bauern in anderen Ländern, sich den Protesten anzuschließen. Notabene sind von diesen Kürzungen vorwiegend Großbetriebe betroffen, für die der Diesel eine der größten Ausgaben darstellt, wenn nicht sogar die größte. Aber diese Schwankung ist nichts im Vergleich zu den Schwankungen infolge der ganzen Marktspekulationen. Ein Kleinbauer hätte keine Lust, für ein paar Euro im Monat mit einem Traktor auf die Straße zu gehen.

### **Frankreich: Bauern aller Länder, vereinigt euch!**

Wir mögen Frankreich wegen seiner Revolution (die Adligen etwas weniger) und weil es gewerkschaftlich stark organisiert ist (Macron etwas weniger ...). Doch die Situation im Land Robespierres wird allmählich kompliziert. Die zu Beginn erhobenen Forderungen richten sich gegen billige Importprodukte, fehlende Subventionen und steigende Produktionskosten, v. a. beim Treibstoff.

Die Regierung reagierte prompt und bereits am 2. Februar machte Premierminister Gabriel Attal Zugeständnisse, die jedoch nicht alle Gewerkschaften zufrieden stellten. Ein Teil der Bauern konnte besänftigt werden, indem das Verbot von Pestiziden, die in der EU noch immer zuge-

lassen sind, ausgesetzt wurde und gleichzeitig die Einfuhr von Produkten aus dem Ausland nicht mehr genehmigt werden soll, wenn sie in Europa verbotene Substanzen enthalten. Attal fügte hinzu, dass ein Handelsabkommen mit den lateinamerikanischen Ländern (Mercosour) „nicht in Frage“ komme, was angesichts der Verhandlungsmacht von Frankreich in Brüssel fast einem Veto gleichkommt.

Zusätzlich wurde eine Soforthilfe in Höhe von 600 Millionen Euro für die Viehzüchter angekündigt, woraufhin die meisten Demonstranten erst einmal nach Hause gegangen sind. Mit diesen protektionistischen und v. a. umweltschädlichen Maßnahmen konnten allerdings bloß die rechten und regierungstreuen Gewerkschaften vorerst zufriedengestellt werden, während andere weiter kämpfen wollen.

Dies zeigt, dass die Welt der Landwirtschaft nicht so homogen ist, wie man uns glauben machen will. Bloß dass die Regierungen eher denjenigen unter ihnen mehr Gehör schenken, die einen industriellen und chemielastigen Anbau betreiben, als den Kleinbauern, die für ein anderes Modell stehen und eine biologisch orientierte oder anderweitig natürliche Landwirtschaft betreiben.

### **Wird Italien seinem Ruf als Bananenrepublik gerecht?**

Damit sind wir bei unserem Land angelangt, das sich – völlig zu Recht – den Protesten infolge der starken Einkommenssteuererhöhung angeschlossen hat, die von der Regierung Meloni durchgesetzt wurde. Aber hier beginnt die für die italienische Politik typische Farce, wo diejenigen, die das „Bürgerincome“ (ohne zugleich einen Mindestlohn einzuführen) abgeschafft haben, heute dreist den Schulterchluss mit den Bauern suchen.

Die Forderungen der italienischen Bauern an den Staat lauten:

- Die Dieselsubventionen müssen auch nach 2026 beibehalten werden;
- Steuerbefreiung für die Landwirtschaft (Einkommens- und Immobiliensteuer);
- Reform der Mehrwertsteuer (entweder senken oder abschaffen oder auf 10 % begrenzen);
- Kontrolle der Tierwelt;
- Mehr Wertschätzung für Landwirte und Viehzüchter.

Auf die Forderungen an die EU wollen wir später noch eingehen.

Zu dem letztgenannten Punkt heißt es im Gesetzestext, dass „den Bauern und Viehzüchtern mehr Wertschätzung

entgegen gebracht werden und sie nicht als Verantwortliche für die Umweltverschmutzung dargestellt werden sollen [...] Der Bauer ist ein grundlegender Bestandteil der Gesellschaft als Umweltschützer und Produzent von Lebensmitteln und Leben“! Dies mag auf die biologische Landwirtschaft zutreffen, aber kaum auf die intensive und chemieintensive Landwirtschaft und deren Anbaumethoden. [...]

Kommen wir zum vorletzten Punkt: Die „Kontrolle“ der Tier- und Pflanzenwelt ist nicht wirklich ökologisch. Und die Biobauern, die kaum zu den Hauptgesprächspartnern der Regierung zählen, lesen diesen Satz diametral anders als diejenigen, die eine industrielle, intensive und großagrarische Landwirtschaft betreiben.

Hier spalten sich die beiden Lager, sowohl unter den Bauern, als auch in der Zivilgesellschaft und in der Politik.

Die Forderung nach einer Reform der Mehrwertsteuer mag durchaus legitim sein, ebenso wie nach der Reform der Einkommens- und Immobiliensteuer. Theoretisch sollte sich die öffentliche Diskussion darauf konzentrieren, aber tatsächlich stehen „synthetisches Fleisch“ und Mehl aus Grillen im Mittelpunkt der Debatte.

Anders als in Frankreich und Deutschland hat unsere Regierung jedoch keinen Finger gerührt, außer für Selfies zu posieren und an Patriotismus und „Solidarität“ gegenüber der EU zu appellieren. Was die Treibstoffkosten anbelangt, liegt die Antwort auf das Problem in einer anderen Landwirtschaft (man kann Fahrten und auch viel Traktorarbeit einsparen, mit modernen biologischen Techniken, insbesondere der Permakultur) und in der Umstellung auf elektrische Energie. [...]

### Europa zwischen Bewahrung und Erneuerung

Die Begriffe „Bewahrung“ und „Erneuerung“ rufen widersprüchliche Vorstellungen hervor. Aus linker Sicht ist ein „Konservativer“ jemand, der Traditionen und Privilegien bewahren will. Zugleich jedoch ist er auch jemand, der die Umwelt bewahren will. „Innovation“ hingegen bedeutet für viele Technologie, Raumfahrt und Gentechnik, größere Traktoren oder ein noch wirksameres Herbizid. Aber andere verstehen darunter innovative landwirtschaftliche Techniken wie Permakultur und soziale Veränderungen in einer antikapitalistischen, anti-neoliberalen und kollektivistischen Ausrichtung. Genau hier liegt der Knackpunkt. [...]

Eine Forderung betrifft die vage formulierte „Neu- ausrichtung des Green Deal“, der alles andere als „grün“ daher kommt. Zweitens die „vollständige Überarbeitung

der europäischen Agrarpolitik aufgrund ihrer übertriebenen Ausrichtung auf Umweltschutz“ und – wie es heißt – „der Benachteiligung der landwirtschaftlichen Erzeuger und der Verbraucher (Getreideanbau, Viehzucht, Nitrat-Regelung ...)“.

Man könnte es hier bei einem „No comment“ belassen, aber die hier vertretene Sichtweise ist eben die der chemischen, industriellen und intensiven Landwirtschaft. Abgesehen davon, dass der Green Deal nicht der Agrarpolitik der EU entspricht und verbesserungswürdig ist, ist das Hauptproblem die lokale Umsetzung, die den Green Deal selbst meist verfälscht.

Die Kritik an der „übertriebenen Ausrichtung auf Umweltbelange“ entspricht einer altmodischen Vision der Landwirtschaft, die von der Erde selbst und ihrer Fruchtbarkeit abgekoppelt ist und umgekehrt sehr eng mit intensivem Anbau, Chemikalien, Großbetrieben (mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Implikationen) sowie dem Vertrieb über Handelsketten verbunden ist.

Der Punkt, in dem es um die „sofortige Abschaffung von Zwängen und Anreizen, das Land nicht zu bewirtschaften“, geht, d. h. „die Abschaffung der Verpflichtung, 4 % des Landes brach liegen zu lassen, und die Abschaffung aller Formen von Subventionen, die darauf abzielen, den Anbau zu diskriminieren“, zeigt uns, dass sich hier zwei Sichtweisen unversöhnlich gegenüber stehen. Wir sprechen hier über eine EU-Regel, die es in Großbritannien seit Jahrzehnten gibt: Die EU gewährt Landwirten, die 4 % ihres Landes nicht beackern, Subventionen. Ich verwende das Wort „beackern“, sie verwenden das Wort „anbauen“. Die EU hat bereits Aufschub gewährt (d. h. sie erhalten weiterhin Subventionen, auch wenn sie beackern) und verlangt, dass darauf bestimmte Kulturen wie stickstoffbindende Leguminosen (Kichererbsen, Erbsen, Saubohnen usw.) und schnell wachsende Pflanzen (Salat, Spinat usw.) angebaut werden müssen.

Es gab eine Zeit, in der ein Bauer einen Wald niemals als „unproduktiv“ betrachtet hätte. Denn ohne ihn würde man im Winter frieren und man konnte viele Beeren ernten, ohne zu pflügen, zu hacken und zu buckeln von Erdbeeren im Frühling bis zu Pilzen im Herbst. Notabene sind all diese Produkte viel wertvoller als Weizen oder Reis. Hier geht es nicht einmal um Wiederaufforstung, sondern um einfache Brachflächen, d. h. größtenteils Hecken. Diese machen wenig Arbeit und tragen Früchte. Wer Hecken als unproduktiv betrachtet, ignoriert, dass Haselnüsse, Brombeeren, Himbeeren, Kaktusfeigen, Holunderbeeren und sogar Rosen viel einbringen.

Außerdem: Waren Haselnüsse für Nutella nicht Mangelware?

Warum betrachten sie das als eine Wüste, worin andere ein Potenzial erkennen? Es geht nicht nur um eine fixe Idee über „Beackerung“ und intensive Landwirtschaft, diese Kurzsichtigkeit ist auch auf ein Infrastrukturproblem zurückzuführen. So, wie die Großbetriebe strukturiert sind – über weitreichende Verträge mit dem Großhandel –, steht eine Diversifizierung mit Produkten wie Waldfrüchten nicht auf der Tagesordnung. Denn der Vertrag wird auf der Grundlage eines Preises pro Doppelzentner und einer Liefergarantie über eine bestimmte Menge geschlossen.

Dadurch sind die Bauern von den Großhandelsunternehmen abhängig und gezwungen, selbst in der Logik von Großunternehmen zu denken. Demgegenüber würde „mehr Wertschätzung für die Bauern“, wie sie es nennen, eine andere und speziellere Arbeit erfordern. Büsche düngen den Boden und halten die Feuchtigkeit zurück, aber manche scheinen das Grundkonzept der ökologischen Landwirtschaft nicht zu kennen, nämlich dass man den Boden und nicht die Pflanzen ernährt. Ein geringerer Wasserverbrauch, ein fruchtbarer Boden, bestäubende Insekten sind eine lohnende Investition! [...]

Die Forderung nach der Einrichtung eines „runden Tisches“ unter den Bauern durch die EU ist eine gute Idee, aber es muss vermieden werden, dass einige der vielen Facetten, die den Agrarsektor ausmachen, ausgeschlossen werden, wie z. B. kleine und mittlere oder Bio-Betriebe.

Das Thema der „synthetischen Fleischerzeugung“, gegen die sich die Forderungen der italienischen Bauern gleichfalls richten, und das offenbar auf die EU abzielt, da die italienische Regierung es bereits verboten hat, ist ein Scheinproblem, das bloß in Talkshows vorkommt und eher die Agenda der Rechten bedient. Und aus wirtschaftlicher Sicht zeugt es auch von der notorischen „Weitsicht“ der italienischen Unternehmer, die bei jeder Innovation erstmal aufschreien und nach protektionistischen Maßnahmen rufen, um dann festzustellen, dass die Welt Fortschritte gemacht hat, während wir [der Autor ist Italiener! \_ A.d.Red.] zurückgeblieben sind. So hat Fiat bei den Elektroautos den Anschluss an die Konkurrenz verpasst.<sup>1</sup>

Ein Punkt muss vollständig wiedergegeben werden: „Importe und unternehmerische Freiheit: Verbot für die Einfuhr von Agrarprodukten aus Ländern, in denen nicht die gleichen Produktions- und Gesundheitsvorschriften gelten wie bei uns! Gewährleistung für die unternehmerische Freiheit durch Gesetze gegen Wirtschaftsdumping bei Agrarprodukten und Lebensmitteln!“. Das würde bedeu-

ten, alle Importe aus Ländern außerhalb der EU zu verbieten! Vielleicht wäre „landwirtschaftliche Erzeugnisse, die nicht nach unseren Standards in Nicht-EU-Ländern gewonnen werden“ eine angemessenere Formulierung gewesen. Denn letztlich ist es verständlich, dass jedes Land souverän über seine eigenen Standards entscheidet, solange es diese Standards nicht de facto durch den Export von Produkten, die nach diesen Standards hergestellt wurden, erzwingt.

Was das Wirtschaftsdumping betrifft, ist ein Verbot wohl unrealistisch, da dessen Durchführung nur vom Exportland aus machbar ist. Dumping ist eine Praxis (die in Italien in der Vergangenheit häufig angewandt wurde und typisch für Protektionismus ist), die darin besteht, seine Produkte im Ausland zu einem niedrigeren Preis als auf dem heimischen Markt zu verkaufen und damit de facto die Exporte zu subventionieren.

Die europäischen Bauern können sich wohl wünschen, dass die EU auf anderen Märkten Dumping betreibt, aber wie könnte die EU die Wirtschaftspolitik von Nicht-Mitgliedsländern einschränken? Soll sie etwa den USA erklären, dass dies nicht gut für uns ist und dass sie daher ein Gesetz verabschieden müssen, das unseren Interessen dient und nicht denen der eigenen Klientel? Viel Glück dabei ...

Das bedeutet jedoch nicht, dass die diesbezüglichen Forderungen der Landwirte nicht gerechtfertigt sind.

Zu den ursprünglichen Forderungen gehörte auch ein Einfuhrverbot für große Mengen billigen Weizens aus der Ukraine. Es ist nicht bekannt, ob dies Teil eines indirekten Hilfsprogramms war, aber es ist wahrscheinlich, dass es der heimischen Produktion geschadet hat. Die vorgeschlagene Lösung ist, unabhängig von den verwendeten Begriffen, eine protektionistische Lösung. Protektionismus hat durchaus eine Funktion bei der wirtschaftlichen Entwicklung. Und natürlich gilt, dass der Primärsektor etwas Besonderes ist und geschützt und subventioniert werden muss, weil er die Grundlage der Wirtschaft bildet, aber auch grundlegend für die Subsistenzsicherung und die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist, wie uns Kuba lehrt.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass die EU historisch gesehen sehr großzügig mit Subventionen für die Landwirtschaft war, während sie heute eher auf die Interessen anderer Sektoren wie der Rüstungsindustrie zu achten scheint.

Aber Protektionismus ist nur eine vorübergehende Maßnahme, und wenn er nicht von Reformen und Innovationen begleitet wird, wird er zu einer Methode, um die konservativen (im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Sinne) Interessen einer Klasse zu sichern. Diese hat

zwar das Recht auf Zeit und Ressourcen, um sich zu reorganisieren, doch darf dies nicht zu einer Entschuldigung dafür werden, nicht innovativ zu sein, sich nicht weiterzuentwickeln und nicht zu lernen, da diese Interessen sonst immer tiefer verwurzelt und schwer auszurotten sind, was früher oder später in der Regel zum Zusammenbruch des Sektors führt.

### **Vor dem Hintergrund der multiplen Krise**

Die Landwirtschaft ist ein krisengeschüttelter Sektor in der EU und es wäre unverantwortlich, den Protest zu instrumentalisieren, die Forderungen zu ignorieren oder das Problem nicht gründlich zu analysieren. Eine so komplexe und heterogene Welt zu verstehen, ist nicht einfach.

So wie man aus ökosozialistischer Sicht keinen „ökologischen Übergang“ ohne die Bauern machen kann, darf man auch nicht ignorieren, dass es dabei auch reaktionäre Kräfte gibt, denen an der Aufrechterhaltung des Status quo, mächtiger Interessen und angeblicher „Traditionen“ gelegen ist.

Man kann die Landwirtschaft nicht isoliert betrachten, auch wenn darin nur eine Million Menschen beschäftigt sind, während die große Mehrheit der Bevölkerung in städtischen Gebieten lebt. Für die Wirtschaft im Ganzen und die Allgemeininteressen ist die Landwirtschaft dennoch bedeutsam, zumal sie mit dem Groß- und Einzelhandel, der verarbeitenden Industrie, der chemischen Industrie und dem Energiesektor verbunden ist (und oft davon abhängt).

Wenn der Agrarsektor mit der Umwelt in Konflikt steht, ist das eine mögliche Folge von Propaganda und anderen Konflikte, die auf diesen Bereich einwirken. Dazu gehören in erster Linie die Großhandelsunternehmen, die die Produkte, Produktionsmethoden und Preise diktieren. Dies sorgt für ein pyramidales und hierarchisches System, das unfähig zu Veränderungen und Entwicklungen ist, kapitalistisch statt kollektivistisch organisiert ist und Großbetriebe und mächtige Interessen bedient, was schlecht für den größten Teil der Landwirte selbst ist.

Ist es nicht seltsam, dass es unter so vielen Forderungen und Vorschlägen nicht einen einzigen gibt, der auf die unverhältnismäßig hohe Gewinnspanne des Handels abzielt, um die Gewinnspanne in der Produktion, d. h. der Bauern, zu erhöhen?

Wenn der Handel 10 Cent für ein Kilo Tomaten zahlt und es für 1,5 Euro weiterverkauft, gibt es sicherlich Spielraum für höhere Gewinnspannen für die Bauern, viel mehr als bei den kleinen Preisnachlässen auf Diesel,

die nicht einmal einen Cent pro Kilo ausmachen! Dieser zusätzliche Cent pro Kilo macht 10 % des Umsatzes für die Landwirte aus ... aber weniger als 1 % für den Handel. Die Wirtschaft wird, wie die Pflanzen, von unten genährt.

■■■■■■ **Adriano Bulla** ist Journalist mit Schwerpunkt auf Themen der Biologie

aus: *inprécor* vom März 2024

Übersetzung: MiWe

1 Natürlich vertritt der Autor in diesem Punkt seine eigene Auffassung, die nicht mit der Position der IV. Internationale und der Redaktion übereinstimmt.

■■■■■■

# ÖKOSOZIALISTISCHE KONFERENZ 2024

## KLIMA – KLASSE – WIDERSTAND

*Klimawandel, multiple Krisen, Kriege, wachsende Ungleichheit, Erstarken der extremen Rechten, ... – was können wir gegen all das tun, was da auf uns zukommt?*

Diese Frage steht im Mittelpunkt der Ökosozialistischen Konferenz, die von Freitag, 31. Mai bis Sonntag, 2. Juni 2024, in Hamburg in Räumen der Uni stattfindet.

*Freitag, 31. Mai 2024, 10:00 Uhr – Auftaktplenum:*

### **Kapitalismus am Limit**

Die Tiefe der Krisen und die Dringlichkeit des Wandels. Wohin entwickelt sich der Kapitalismus ...

Mit **Tomas Konicz**, Journalist und Autor des Buchs *Klimawandel und Klimakiller Kapital*, und Frauke Banse, Politikwissenschaftlerin, koloniale und feministische Perspektive, Alternativen

*Freitag, 31. Mai 2024 um 19:00 Uhr – öffentliche Veranstaltung:*

### **„System change – aber wie?“**

Die Notwendigkeit einer dringenden gesellschaftlichen Transformation und die ökosozialistische Perspektive

Mit **Birgit Mahnkopf**, Soziologin und Politikwissenschaftlerin und Autorin u.a. des Buchs *Grenzen der Globalisierung*, und **Michael Löwy**, brasilianisch-französischer Soziologe, Autor u.a. zu Ökosozialismus und Mitverfasser des ökosozialistischen Manifests

*Samstag, 1. Juni, ab 18:00 Uhr – gemütliches Beisammensein*

### **Entspannen und Chillen, Austausch und Kennenlernen bei Klezmer-Musik im Kaffee Knallhart (vor Ort)**

*Sonntag, 2. Juni, 12:15 Uhr – Abschlussplenum:*

### **Die ökosozialistische Perspektive**

Manifest für einen revolutionären Marxismus im Zeitalter von kapitalistischer, ökologischer und sozialer Zerstörung.

Mit **Michael Löwy**

*An den drei Tagen:*

### **Rund 30 Workshops zum Austausch**

An diesen drei Tagen wird es rund 30 Workshops zum Austausch über Theorie, Energie, globalen Süden, Transport, Landwirtschaft, Antifa und ökosozialistische Perspektiven geben. Mit Fachleuten und Aktiven aus den unterschiedlichsten Bewegungen und Bereichen: „Wir fahren zusammen“, Prellbock Altona, Stuttgart21, aus der Landwirtschaft, dem Bündnis Gemeinsam gegen Tierindustrie, Animal Rebellion, Afrikapolitik und Neokolonialismus, Climate Engineering, Grüner Sozialismus, Rojava, Palästina, Ukraine, DIE LINKE, Aufstieg der Neuen Rechten, antirassistische Kämpfe, Le Pen in Frankreich, Klimakonflikte, Patriarchat & Feminismus, marxistische Konzepte der Ausbeutung von Mensch und Natur, Degrowth/Postwachstum sowie Rolle von Wissenschaft und Studierenden bei der Transformation der Gesellschaft (letzteres in Zusammenarbeit mit der AG Plurale Ökonomie und dem AStA der Uni Hamburg).

Weitere Informationen und Anmeldungen:

**[www.oekosozialistische-konferenz.de](http://www.oekosozialistische-konferenz.de)**



Dort befinden sich ausführlichere Informationen zum Ablauf, den Workshops und den Referent:innen. Dort kann und sollte mensch sich auch anmelden.

Organisiert von der ISO – Internationale Sozialistische Organisation, in Zusammenarbeit mit dem Fachschaftratsrat Sozialökonomie an der Uni Hamburg (FSR SozÖk) und dem Verein für solidarische Perspektiven e.V. (VsP)



# DOSSIER GAZA-KRIEG

Bei Redaktionsschluss droht eine Regionalisierung des Gazakriegs. Die israelische Regierung will damit ihren Machterhalt sichern und die Öffentlichkeit von ihrem Völkermord in Palästina ablenken. Umso dringlicher wird die Forderung nach einem Waffenembargo gegen das Land.

## Ein Dossier mit 7 Beiträgen

Auf der Suche nach Orientierung  
**SEITE 18**

Zusammenstehen gegen Krieg und Rassismus  
**SEITE 19**

Den Sack schlägt man, den Esel meint man  
**SEITE 22**

Die Vergänglichkeit des Mitgefühls  
**SEITE 25**

Wie der Völkermord gestoppt werden kann  
**SEITE 27**

Die „Staatsräson“ gerät zur Farce  
**SEITE 32**

Anatomie eines Genozids  
**SEITE 37**

# AUF DER SUCHE NACH ORIENTIERUNG

Der Angriff palästinensischer Milizen aus dem Gazastreifen am 7. Oktober stellt für Palästinenser:innen wie Israelis einen markanten Einschnitt dar, wird aber völlig unterschiedlich erlebt. **Birgit Althaler**

Viele Palästinenser\*innen sehen sich unabhängig von Religion oder politischer Überzeugung als Teil des Kollektivs, das zu einem mutigen Befreiungsschlag aus Isolation und Perspektivlosigkeit ausgeholt hat. Gaza stand bereits vor dem Überfall für die Kontinuität der Nakba, ein jahrzehntelanges Trauma und für einen von der Weltöffentlichkeit unbeachteten schleichenden Genozid. Die Reaktion Israels bestärkt sie darin, jenem Volk anzugehören, das mit allen Mitteln vertrieben und seiner legitimen Rechte beraubt wird. Einem Volk, das in vielen westlichen Ländern auf taube Ohren, wenn nicht Feindseligkeit und Repression stößt, wenn es die eigene Unrechtserfahrung zur Sprache bringt, wie die Kulturwissenschaftlerin Sarah El Bulbeisi in einem Gastkommentar der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ) schreibt.

Die Israelis wurden vom Überfall völlig unvorbereitet getroffen und an eigene Traumata aus der jüdischen Geschichte erinnert. Der Angriff zerstörte die Illusion, dank militärischer Überlegenheit und Duldung der Staatengemeinschaft ein koloniales Unrechtsregimes aufrecht erhalten und sich trotzdem in relativer Sicherheit wiegen zu können. Bezeichnenderweise war in Israel die Realität der Besatzung letztes Jahr in den Protesten gegen die Aushebelung einer unabhängigen Justiz kaum ein Thema. Doch wie die für die Rückkehr der Flüchtlinge eintretende NGO Zochrot treffend schreibt, ist niemand sicher, solange nicht alle sicher sind. „Die Sicherheit der Israelis kann nicht von der Unterdrückung und Enteignung der Palästinenser\*innen abhängen.“

Neben Betroffenheit und Trauer über die Toten, Verletzten, Verschleppten, Flüchtenden, um ihr Überleben Kämpfenden setzte unmittelbar ein Ringen um die poli-

tische und moralische Einordnung der Ereignisse an. Wer verurteilt wen? Wer gibt wem die Schuld? Was genau ist vorgefallen? Wo liegt Versagen, wo Kalkül vor? Welcher Druck, welche Solidarität sind gefordert?

Allein die Einbettung der Ereignisse in den historischen Kontext wurde anfänglich, allen voran von zionistischen Linken, als verwerflich skandalisiert. Viele Palästinenser\*innen beklagen zudem den entwürdigenden Umstand, dass sie ungeachtet ihrer eigenen Verluste jeweils zuerst israelische Opfer betrauern und sich von der Hamas distanzieren müssen, bevor sie als legitime Gesprächspartner\*innen akzeptiert werden. Der Vorwurf mangelnder Empathie mit jüdischen Opfern wurde zum politischen Druckmittel. Das Insistieren auf der angeblich „beispiellosen“ Brutalität palästinensischer Milizen reiht sich ein in die palästinensische Erfahrung von Dehumanisierung und Entrechtung. Der Historiker Ilan Pappé weist darauf hin, dass selbst von sogenannten progressiven Kreisen eine Sprache verwendet wird, die „Israel immunisiert und nicht zulässt, dass der palästinensische antikoloniale Kampf gerechtfertigt, akzeptiert und legitimiert wird“. Umso wichtiger sei es, die Ereignisse in die Praxis zionistischer Politik der Eliminierung der Palästinenser\*innen einzuordnen.

Unbestrittenermaßen war der Überfall von Gewalt und Völkerrechtsverletzungen begleitet. Palästinensische NGOs wie Adalah und antizionistische Solidaritätsgruppen weltweit haben dies verurteilt und doch den Kontext jahrzehntelanger Unterdrückung und das Recht auf Widerstand benannt. Die Frage angemessener „Verurteilung“ insbesondere der Hamas wird aber eingesetzt, um den Palästinenser\*innen das Recht auf Selbstbestimmung, aktives Handeln und Widerstand gegen Apartheid und Besatzung – auch mit gewaltfreien Mitteln – abzusprechen. Dieses Vorgehen kritisiert die Gruppe Jüdisch Antikolonial und sieht darin die Behauptung gestützt, „dass der Hauptgrund für mit Palästina solidarische Positionen nicht linke Visionen und der Wunsch nach Gerechtigkeit und Freiheit, sondern Islamismus oder Antisemitismus seien“.

Eine der wertvollen Stimmen der ersten Tage war der Traumaforscher Gabor Maté, der als Kind selbst Verfolgung erfahren hat. Auch er verurteilt die Gewalt palästinensischer Milizen gegen Zivilpersonen, betont aber ebenso klar die Unvergleichbarkeit der Machtverhältnisse, der Gewalterfahrungen und damit der Verantwortung zwischen israelischer und palästinensischer Seite. Emotionen wie Trauer, Wut, Angst, Entsetzen Raum zu geben, sei wichtig, rechtfertige aber nicht unreguliertes Sprechen

und Handeln. Essenziell für eine Friedensvision sei die Bereitschaft, die Erfahrungen der anderen Seite zu verstehen. In Momenten, wo das Gefühl dominiert, unverstanden oder bedroht zu sein, ist dies eine schwierige Aufgabe. Von dieser Fähigkeit zeugt die israelische Journalistin Amira Hass, die im Gazastreifen viele Gräueltaten der israelischen Armee dokumentiert hat. In einer Podiumsdiskussion Mitte Oktober bekennt sie, dass das Schweigen palästinensischer Freunde zu den israelischen Opfern sie schmerze. Es lehre sie aber auch, so sehr sie die palästinensische Gesellschaft kenne, das enorme Ausmaß ihrer Unterdrückung unterschätzt oder nicht erfasst zu haben.

Bleibt das Thema Gewalt. Das Völkerrecht legitimiert Widerstand gegen eine Besatzungsmacht auch mit Waffengewalt, schreibt aber zwingend die Unterscheidung von Zivilpersonen und Kombattant\*innen vor. Damit ist noch nichts über Sinnhaftigkeit und Moralität des bewaffneten Kampfs gesagt. Der Politologe Gilbert Achcar unterstreicht die Bedeutung moralischer Überlegenheit, die Unterdrückte im Kampf gegen ihrer Unterdrücker\*innen geltend machen können. David Finkel warnt davor, den Angriff als Fortschritt für den Widerstand und den Befreiungskampf zu interpretieren: „Die Anerkennung des Grundrechts unterdrückter Völker auf Widerstand, auch mit Waffen, entbindet nicht von der Verantwortung, die Methoden und die Politik der Kräfte zu analysieren, die in ihrem Namen handeln.“ Der Journalist Ali Abunimah betont dagegen 2021 in einem Artikel zur Gewalt palästinensischer Widerstandsgruppen, es gebe keine moralische Gleichwertigkeit zwischen einem kolonisierten Volk, das mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln sein anerkanntes Recht auf Widerstand ausübt, und [...] Israel, das seine ausgefeilte Rüstungstechnologie einsetze, um die palästinensische Bevölkerung zu terrorisieren und zu unterwerfen. Er zitiert aus Nelson Mandelas *Der lange Weg zur Freiheit*: „Es ist immer der Unterdrücker, nicht der Unterdrückte, der die Form des Kampfes diktiert. Wenn der Unterdrücker Gewalt anwendet, haben die Unterdrückten keine andere Möglichkeit, als mit Gewalt zu antworten. In unserem Fall war es eine legitime Form der Selbstverteidigung. ... Es liegt an euch, nicht an uns, auf Gewalt zu verzichten.“

Priorität gegenüber all diesen Erwägungen, die nicht den Anspruch haben, abschließend zu sein, hat aktuell jedenfalls die Durchsetzung eines sofortigen dauerhaften Waffenstillstands, um das laufende Gemetzel und Zerstörungswerk im Gazastreifen zu stoppen. Die Bedingungen für ein freies Palästina sind längerfristig auszuhandeln. Für fortschrittliche Kräfte beinhaltet das zweifellos die Vision

einer säkularen, gleichberechtigten, gemischt ethnisch-religiösen Gesellschaft, wie sie das Denken der palästinensischen Befreiungsbewegungen über Jahrzehnte geprägt hat.

aus: *Palästina-Info* Winter 2023/2024

## ZUSAMMEN- STEHEN GEGEN KRIEG UND RASSISMUS

Trotz des immensen Drucks durch die Regierung und weite Teile der israelischen Gesellschaft kommt es in Israel immer wieder zu Mobilisierungen gegen den Gazakrieg und die Apartheid gegenüber der palästinensischen Bevölkerung. Das Interview mit **Uri Weltmann** wurde am 24. Dezember 2023 von **Federico Fuentes** für das australische Magazin *LINKS International Journal of Socialist Renewal* geführt

**Wie wird Israels Krieg gegen den Gazastreifen nach mehr als zwei Monaten Krieg und steigenden Opferzahlen von der israelischen Gesellschaft wahrgenommen? Und wie haben die Israelis auf das Vorgehen von Premierminister Benjamin Netanyahu seit dem 7. Oktober reagiert?**

Der 7. Oktober war ein schrecklicher Moment für die israelische Gesellschaft. Der brutale Angriff der Hamas auf Städte und Dörfer – bei dem Zivilisten, darunter Kinder und ältere Menschen, in ihren Häusern ermordet und 240 Israelis als Geiseln genommen wurden – hat unsere Gesellschaft schockiert und in Trauer und Wut versetzt. Daher hat der Krieg in der israelischen Öffentlichkeit breite Un-

terstützung gefunden und Netanjahus Behauptung, dass es dabei darum gehe, „die Hamas-Herrschaft zu stürzen“, wurde von den meisten Kommentatoren und Politikern nicht in Frage gestellt.

Mehr als zwei Monate nach Beginn des Krieges wächst jedoch die Unzufriedenheit mit Netanjahus Politik. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage des Israelischen Instituts für Demokratie zeigt, dass zwei Drittel der Israelis glauben, die Regierung habe keinen klaren Plan für den Tag nach dem Krieg. Eine große Mehrheit ist auch der Meinung, dass nach dem Krieg vorgezogene Wahlen abgehalten werden sollten. Meinungsumfragen gehen davon aus, dass die regierende Likud-Partei bei einer solchen Wahl ein Drittel ihrer Sitze verlieren würde und dass die Parteien in Netanjahus rechtsextremer Koalition ihre Mehrheit in der Knesset verlieren würden.

Diese Unzufriedenheit äußert sich vor allem auf der Straße in Form einer wachsenden Protestbewegung, die von den Familien und Freunden der in Gaza gefangen gehaltenen israelischen Geiseln angeführt wird. Sie fordern Verhandlungen über ein Waffenstillstandsabkommen, das den Geiseln die Rückkehr in ihre Heimat ermöglichen würde. Etwa 130 Geiseln befinden sich noch im Gazastreifen, darunter ältere Bürger, die medizinische Hilfe benötigen, und sogar Kinder, darunter ein 11 Monate altes Baby.

Die Proteste dieser Familien werden von breiten Schichten der israelischen Gesellschaft unterstützt, obwohl sie die Regierung scharf kritisieren. Im ganzen Land sind deswegen Zehntausende auf die Straße gegangen und haben maßgeblich dafür gesorgt, dass die Regierung in das Waffenstillstandsabkommen im November einwilligen musste und weiterhin unter Druck gesetzt wird, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Dabei spielt sicher eine Rolle, dass es in den ersten zehn Monaten des Jahres 2023, also im Vorfeld des Krieges, in Israel eine Massenprotestbewegung gegen die von Netanjahu geplante Justizreform gab, die es seiner Regierung ermöglicht hätte, durch die Ernennung von Richtern und die Beschneidung demokratischer Freiheiten mehr Macht in ihren Händen zu konzentrieren. Auch wenn diese Proteste nach dem 7. Oktober so nicht mehr weitergeführt wurden, haben sie doch für eine allgemeine Ablehnung gegenüber der Regierung Netanjahu gesorgt.

**Standing Together hat in ganz Israel jüdisch-arabische Solidaritätskundgebungen organisiert. Außerdem hat Standing Together die „jüdisch-arabischen Solidaritätswachen“ ins**

**Leben gerufen, die in Konfliktfällen deeskalieren sollen. Was gibt es über diese Initiativen und die Resonanz darauf zu erzählen?**

An jeder unserer jüdisch-arabischen Solidaritätskundgebungen in Städten in ganz Israel haben Hunderte von Menschen teilgenommen, trotz der Versuche von Rechtsextremisten, Druck auf die Vermieter der von uns gemieteten Veranstaltungssäle auszuüben, damit sie ihre Zusage zurückziehen. Auf diesen Kundgebungen sprachen jüdische und arabische Vertreter von Standing Together, die sich für den israelisch-palästinensischen Frieden, die Beendigung der Besatzung und der rassistischen Hexenjagd gegen palästinensische Bürger Israels, die öffentlich gegen die Ungerechtigkeiten des Krieges auftreten, einsetzten.

Unser öffentlich vorgetragenes Anliegen ist die volle Gleichberechtigung – als Personen und Nation – für die palästinensischen Bürger\*innen Israels sowie der Widerstand gegen den schrecklichen menschlichen Tribut, den der Krieg gegen Gaza unter den unschuldigen Zivilist\*innen fordert. Wir tun dies nicht von außen, sondern mitten aus der Gesellschaft heraus, mit tiefem Mitgefühl für unsere Freunde, Verwandten, Mitarbeiter und Partner, die am 7. Oktober bei dem ungerechtfertigten und unvermeidbaren Terrorangriff der Hamas auf Zivilisten ihre Angehörigen verloren haben.

Die bisher größte Kundgebung fand in Haifa statt, wo 700 Menschen teilnahmen. Rechtsradikale übten Druck aus, um uns daran zu hindern, unsere Kundgebung in einer Veranstaltungshalle abzuhalten, also gingen wir in die Moschee im Stadtteil Kababir in Haifa. Für mich persönlich war es das erste Mal, dass ich eine politische Veranstaltung in einer Moschee organisierte. Dennoch kamen Hunderte von jüdischen und arabisch-palästinensischen Einwohnern von Haifa! [...]

Standing Together hat außerdem im ganzen Land lokale Gruppen gegründet, die sich Jüdisch-Arabische Solidaritätsnetzwerke oder Jüdisch-Arabische Solidaritätswachen nennen, um gewappnet zu sein, da die politische Führung des israelischen Staates die jüdischen gegen die palästinensischen Bürger\*innen aufwiegelt. Itamar Ben-Gvir – der radikalste unter den nationalistischen Hardlinern, der jemals an einer israelischen Regierung beteiligt war – gibt offen zu ein Szenario wie im Mai 2021 entfachen zu wollen. Er hat Waffen verteilt und dazu aufgefordert, lokale Milizen in großen gemischten Städten wie Yafa, Haifa, Akko und Lyd zu bilden. Dies ist eine sehr gefährliche Entwicklung.

Anstatt die Hände in den Schoß zu legen und der Rechten die Initiative zu überlassen, diese gefährliche Entwicklung voranzutreiben, haben wir von Standing Together zusammen mit anderen Partnern vor Ort gearbeitet und diese Solidaritätsnetzwerke aufgebaut, um jüdische und arabische Einwohner aus verschiedenen Vierteln derselben Stadt oder benachbarter Städte zusammenzubringen, um Solidarität und gegenseitige Hilfe zu leisten und Gleichheit und Antirassismus im öffentlichen Raum zu fördern.

Die Solidaritätswache hat auch eine Hotline eingerichtet, die von Freiwilligen betrieben wird und bei der Menschen um Hilfe bitten können. Wir bekämpfen Rassismus und Diskriminierung und unterstützen arabische Bürger, die an ihrem Arbeitsplatz oder in höheren Bildungsstätten diskriminiert oder schikaniert werden. Wir haben auch rassistische und Gewalt verherrlichende Aufrufe aus dem öffentlichen Raum entfernt und andere aufgestellt, die zu Frieden und Solidarität aufrufen.

Einige unserer Gruppen waren mit staatlichen Repressionen konfrontiert. Aktivist\*innen von Standing Together in Westjerusalem, sowohl Juden als auch Palästinenser, wurden von der Polizei verhaftet, weil sie Plakate aufgehängt hatten, auf denen stand: „Juden und Araber, wir werden das gemeinsam durchstehen“. Dies zeigt das momentane Ausmaß der Volksverhetzung in Israel.

**Die Ereignisse der letzten Wochen haben viele zu dem Schluss veranlasst, dass die Option einer Zwei-Staaten-Lösung vom Tisch ist. Wie sieht Standing Together das Thema Ein-Staaten- vs. Zwei-Staaten-Lösung und wie wirkt sich dieser Krieg darauf aus?**

Alle Diskussionen über die Zukunft dieses Landes müssen auf einer ganz grundlegenden Prämisse aufbauen: Es gibt Millionen jüdischer Israelis in diesem Land, und keiner von ihnen wird fortziehen, ebenso wenig wie die Millionen arabischer Palästinenser in diesem Land. Diese Prämisse sollte der Eckpfeiler jeder ernsthaften Diskussion darüber sein, wie der jahrzehntelange gewaltsame nationale Konflikt beendet werden kann.

Dies ist nicht die Auffassung des israelischen politischen Establishments, das in den letzten zwanzig Jahren das Konzept der „Konfliktbewältigung“ vertreten hat. Dieses Paradigma, das jedoch am 7. Oktober völlig gescheitert ist, besagt, dass die Lösung der palästinensischen Frage nicht dringlich ist und dass Israel weiterhin seine Militärherrschaft über Millionen von Palästinensern im Westjordan-

land, in Ostjerusalem und im Gazastreifen aufrechterhalten kann, die keine Staatsbürgerschaft haben und denen grundlegende Menschenrechte verweigert werden.

Das israelische politische Establishment ist der Ansicht, dass gelegentliche Gewaltausbrüche zwar bedauerlich sind, aber nur lokal und ephemere auftreten werden und dazwischen Jahre der „Normalität“ liegen. Dies ist nicht nur Netanjahus Meinung, sondern auch die seiner politischen Gegner innerhalb des Establishments, wie z. B. Naftali Bennet, der, bevor er Premierminister wurde, sagte, der israelisch-palästinensische Konflikt könne nicht gelöst werden, sondern müsse ertragen werden, wie ein „Schrapnell im Hintern“.

Der 7. Oktober hat gezeigt, dass – wie gesagt – dieses Konzept der „Konfliktbewältigung“ gescheitert ist. Jeder Gedanke an eine ewige Militärherrschaft über die Millionen von Palästinenser\*innen in den besetzten Gebieten ist zum Scheitern verurteilt und führt zu weiterer Gewalt und untergräbt zudem die Sicherheit sowohl der Palästinenser als auch der Israelis.

Das palästinensische Volk wird nicht bereit sein, auf sein Recht auf nationale Selbstbestimmung in einem eigenen Staat zu verzichten. Unter den gegebenen Kräfteverhältnissen besteht daher die Wahl zwischen der Zwangsumsiedlung von Millionen Palästinensern, die damit erneut zu Flüchtlingen werden (eine Option, die von einigen im israelischen Establishment nicht ausgeschlossen wird), der physischen Vernichtung eines ganzen Volkes (wovon einige ultranationalistische Politiker offen sprechen) oder der Anerkennung des palästinensischen Rechts auf Souveränität und Unabhängigkeit.

Diese letzte Option ist eine Schreckensvision für die israelische Rechte. Die von Bezalet Smotrich geführte Partei des religiösen Zionismus ließ kürzlich ein riesiges Plakat an der Ayalon-Autobahn im Zentrum von Tel Aviv aufstellen mit der Aufschrift „Die Palästinensische Autonomiebehörde = Hamas“.

Sie wissen, dass nach dem 7. Oktober immer mehr Stimmen laut werden, die vertreten, dass eine Rückkehr zum Status quo ante bellum unmöglich ist und dass die Verhandlungen mit der PLO im Hinblick auf eine diplomatische Lösung wieder angedacht werden müssen, vor allem, wenn die Mitte-Links-Parteien eine Mehrheit in der Knesset erreichen, wie es die Meinungsumfragen nahelegen.

Standing Together setzt sich für das Recht beider Völker in unserem Land ein, in Frieden, Sicherheit, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit zu leben, und unter-

stützt die Forderung nach einer Wiederaufnahme der Gespräche mit der PLO, um ein israelisch-palästinensisches Friedensabkommen zu erreichen. Sowohl die Hamas als auch der Likud leugnen das Recht des jeweils anderen Volkes auf ein Leben in Frieden und Sicherheit. Wir stellen uns dagegen und auf die Seite der Menschen in diesem Land, die eine sichere Zukunft verdienen.

Uri Weltmann ist nationaler Organisator von Standing Together.

Übersetzung: MiWe

# DEN SACK SCHLÄGT MAN, DEN ESEL MEINT MAN

Seit Jahren schon versucht das israelische Regime, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) mit konstruierten Anschuldigungen zu diskreditieren und damit der palästinensischen Diaspora den Status als rückkehrwillige Flüchtlinge zu entziehen. Jetzt geht Israel einen Schritt weiter und verweigert den Lebensmittelkonvois der UNRWA den Zutritt nach Gaza. **Peter Beinart**

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNRWA), das seit 1949 Bildung, Gesundheitsversorgung und andere wichtige Dienstleistungen für palästinensische Flüchtlinge bereitstellt, könnte bald verschwinden. In den letzten Wochen haben die USA und mindestens 18 weitere Länder die Hilfe für das Hilfswerk, das im Gazastreifen, im Westjordanland, in Ostjerusalem, Jordanien, im Libanon und in Syrien tätig ist und mehr als

fünf Millionen Menschen betreut, ausgesetzt. Sowohl das Repräsentantenhaus als auch der Senat erwägen ein Gesetz, das verhindern soll, dass die USA – der größte Geber des UNRWA – die Finanzhilfe jemals wieder aufnehmen. UNRWA-Vertreter haben erklärt, dass das Hilfswerk seine Arbeit wahrscheinlich schon Ende dieses Monats einstellen wird, wenn die Finanzierung nicht wiederaufgenommen wird.

Die gegenwärtigen Bemühungen um die Abschaffung der UNRWA gehen auf Ende Januar zurück, als Israel behauptete, dass 12 Mitarbeiter des Hilfswerks an dem Massaker vom 7. Oktober beteiligt wären und rund 1200 Mitarbeiter – 10 % der UNRWA-Belegschaft in Gaza – Verbindungen zur Hamas oder anderen militanten Gruppen hätten. Israel und seine Unterstützer in den USA versuchen jedoch schon seit mindestens einem Jahrzehnt, die Organisation zu unterminieren. Als 2018 durchgesickerte E-Mails enthüllten, dass Jared Kushner, der damalige Schwiegersohn und Chefberater von Präsident Donald Trump, versuchte, „die UNRWA zu zerschlagen“, weil die Organisation „den Status quo aufrechterhält“ und „korrupt, ineffizient und nicht friedensdienlich ist“, sprangen etliche jüdische Lobby-Organisationen Kushner zur Seite. Der Dachverband jüdischer Organisationen (Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations) erklärte, die UNRWA sei „nicht die Antwort“ auf die humanitären Bedürfnisse der Palästinenser. (Die Trump-Regierung stellte später die US-Hilfe für die UNRWA ein; Joe Biden stellte die Finanzierung kurz nach seinem Amtsantritt wieder her). Im Jahr 2021 forderte der israelische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Gilad Erdan, dass „diese UN-Agentur für sogenannte ‚Flüchtlinge‘ in ihrer derzeitigen Form nicht existieren darf“.

Diese langjährige Kampagne gegen die UNRWA offenbart ein tieferes Muster im israelischen politischen Diskurs: die Neigung, die Palästinenser nicht als ein Volk mit eigenen politischen Ansichten und Bestrebungen zu betrachten, sondern als Marionetten, die von jemand anderem gesteuert werden. Seit über 40 Jahren ist der jetzige israelische Premierminister Benjamin Netanjahu der herausragende Vertreter dieser Propaganda. Noch vor seiner Kandidatur bezeichnete er 1982 in einem Interview mit dem evangelikalen Scharfmacher Pat Robertson die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als „Hauptvertreter“ der Sowjetunion. Als die Sowjetunion zerfiel, die PLO aber nicht, verstieg sich Netanjahu dazu, diese als Werkzeug feindlicher

arabischer Regime zu denunzieren und bezeichnete sie in seinem Buch *A Durable Peace*“ aus dem Jahr 2000 als „panarabisches trojanisches Pferd“. In dieser Logik argumentierte er 2018, dass ein Frieden mit arabischen Regierungen das palästinensische Problem hinfällig machen würde. „Normalisieren Sie die Beziehungen zu den 99 Prozent“ der Araber, erklärte er, „und Sie werden schließlich Frieden mit dem einen Prozent erlangen.“ Heute bezeichnet Netanjahu die Hamas regelmäßig als „iranischen Statthalter“, obwohl die Hamas sich Teheran widersetzt hat, indem sie die Rebellion gegen den syrischen Diktator Baschar al-Assad unterstützt hat. In seiner 2018 erschienenen Biografie über den Premierminister schreibt der Haaretz-Kolumnist Anshel Pfeffer: „Netanjahu hat immer behauptet dass die palästinensische Frage ein Ablenkungsmanöver und kein zentrales Problem in der Region sei“.

Auch die UNRWA ist nichts als ein weiterer Popanz, mit dem Netanjahu und seine Anhänger glauben machen wollen, dass Israels „Probleme“ mit den Palästinensern nicht in erster Linie auf deren Reaktionen auf die israelische Unterdrückung zurückzuführen sind, sondern auf „äußere Einmischung“. Die israelische Regierung und ihre Verbündeten im Ausland erheben zwei Hauptvorwürfe gegen die UNRWA. Erstens, dass es gewaltsamen Widerstand unter den Palästinensern schürt; zweitens, dass es deren Träume von einer Rückkehr in ihre Heimat aufrechterhält. In beiden Fällen verwechseln Netanjahu und Konsorten Ursache und Wirkung und geben der UNRWA die Schuld am (politischen) Vorgehen der Palästinenser, das die Folge ihres Status als Flüchtlinge ist – also die Enteignung ihres Landes, die somit erst der Grund für die Einrichtung der UNRWA geworden ist.

Netanjahu behauptet, dass die Abschaffung der UNRWA und die Übergabe seiner Aufgaben an „andere UN-Organisationen und andere Hilfsorganisationen“ Israel sicherer machen würde, weil es von der Hamas unterwandert ist. Aber selbst wenn die israelischen Anschuldigungen gegen die UNRWA zutreffen – was schwer festzustellen ist, da nur wenige Journalisten die „Beweise“ gesehen haben –, ist nicht klar, warum die Ersetzung der UNRWA die Sicherheit Israels verbessern würde. Jede Hilfsorganisation, die im Gazastreifen arbeitet, würde die meisten ihrer Mitarbeiter aus den Einwohnern des Gazastreifens rekrutieren, so wie es die UNRWA tut. Das bedeutet, dass die Mitarbeiter aus einer Bevölkerung stammen, die größtenteils aus Familien besteht, die 1948 aus dem heutigen Israel

vertrieben wurden oder aus Angst geflohen sind, was die Palästinenser\*innen die Nakba nennen. Seitdem versuchen die Palästinenser in Gaza – manchmal gewaltsam und manchmal gewaltlos – zurückzukehren.

Um dies zu verhindern, ist Israel seit den 1950er Jahren immer mal wieder in den Gazastreifen einmarschiert und hat ihn bombardiert. Seit 1967 ist der Gazastreifen besetzt und seit 2007, nach dem Abzug des Militärs und der Siedlungen im Jahr 2005, hält Israel die Region mit Unterstützung Ägyptens unter einer Blockade und hat damit ein „Freiluftgefängnis“ geschaffen, wie Human Rights Watch es nennt. Seit dem 7. Oktober hat Israel fast 30 000 Palästinenser\*innen in Gaza getötet und 90 % von ihnen aus ihren Häusern vertrieben. Angesichts des Ausmaßes der Gewalt, die Israel den Palästinensern in Gaza angetan hat, ist es kaum überraschend, dass viele Bewohner\*innen des Gazastreifens glauben, die Palästinenser hätten das Recht, selbst Gewalt anzuwenden. Das rechtfertigt nicht die palästinensischen Angriffe auf israelische Zivilisten. Aber es bedeutet, dass es wenig Grund zu der Annahme gibt, dass eine Nachfolgeorganisation ihre Mitarbeiter wirksamer gegenüber bewaffneten Gruppen isolieren würde, als die UNRWA es getan hat.

Dieses Problem besteht nicht nur in Gaza. Forschungen zeigen, dass Flüchtlinge oft den bewaffneten Widerstand gegen die Staaten unterstützen, die sie vertrieben haben. Und wie der Büroleiter der *New York Times* in Jerusalem, Patrick Kingsley, kürzlich einräumte, „wird Ihnen jeder erfahrene Entwicklungshelfer sagen, dass es eine ständige Herausforderung ist, die Unabhängigkeit von bewaffneten Gruppen oder Rebellengruppen zu wahren, sei es im Südsudan oder im Norden Sri Lankas“. Die UNRWA hat Praktiken entwickelt, um dieses Problem zu lösen. Nach Angaben des UNRWA-Direktors in Washington, William Deere, teilt das Hilfswerk Israel jährlich die Namen, Mitarbeiternummern und Funktionen aller seiner Mitarbeiter im Gazastreifen, in Ostjerusalem und im Westjordanland mit und überprüft sie zweimal jährlich anhand der Sanktionsliste des UN-Sicherheitsrats.

Seit Israel seine Anschuldigungen erhoben hat, hat die UNRWA neun der zwölf Mitarbeiter, die beschuldigt werden, an den Anschlägen vom 7. Oktober beteiligt gewesen zu sein, entlassen, ohne dass Beweise für die Anschuldigungen vorlagen (zwei sind tot und einer wird noch identifiziert), und die Vereinten Nationen haben zwei Untersuchungen zu den konkreten Anschuldigungen und zum Verhalten der UNRWA im Allgemeinen

eingeleitet, aus denen Empfehlungen für weitere Sicherheitsmaßnahmen hervorgehen könnten. In Anbetracht all dessen gibt es wenig Grund zu der Annahme, dass eine Nachfolgeorganisation ihre Mitarbeiter effektiver gegenüber bewaffneten Gruppen isolieren könnte als die UNRWA. Da kein anderes Hilfswerk in der Lage ist, die Leistungen der UNRWA zu erbringen, würde eine Ersetzung des Hilfswerks die ohnehin schon bedrückende humanitäre Krise im Gazastreifen noch verschärfen und damit wahrscheinlich zu einer weiteren Radikalisierung führen.

Ein weiteres zentrales Argument von Netanjahu und Konsorten gegen die UNRWA ist, dass es palästinensische Träume von der Rückkehr der Flüchtlinge schürt, die Israel seit Jahrzehnten zu unterdrücken versucht. Wie üblich hat Netanjahu das Problem nicht in erster Linie bei den Palästinensern selbst, sondern bei den externen Akteuren verortet, die sie angeblich kontrollieren. In *A Durable Peace* (Ein dauerhafter Frieden) beklagt er die „beständige Weigerung der arabischen Führer, dieses Problem zu lösen“, und wirft ihnen vor, sie hätten „die Flüchtlingsfrage instrumentalisiert, um einer weltweiten Kritik an Israel Vorschub zu leisten“. Vermutlich weil sich Israels Beziehungen zu den arabischen Staaten verbessert haben, hat Netanjahu zuletzt vorwiegend auf die UNRWA eingedroschen. Im Jahr 2018 und auch letzten Monat forderte er die Abschaffung der Organisation, weil sie „das palästinensische Flüchtlingsproblem aufrechterhält“.

Aber so wie bei der Frage der Infiltration durch bewaffnete Gruppen verkennt Netanjahu die Zusammenhänge. Die UNRWA zwingt die palästinensischen Flüchtlinge nicht zur Rückkehr; die UNRWA existiert, weil die palästinensischen Flüchtlinge zurückkehren wollen und nach internationalem Recht dazu berechtigt sind. Die Abschaffung des Hilfswerks würde den Palästinensern nicht das Recht auf Rückkehr nehmen, das sich nicht aus der UNRWA, sondern aus der Resolution 194 der Vereinten Nationen ergibt, in der 1948 erklärt wurde, „dass denjenigen Flüchtlingen, die zu ihren Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühestmöglichen Zeitpunkt gestattet werden soll“ und die von den Vereinten Nationen mehr als 100 Mal bekräftigt wurde. Dies würde die Palästinenser nicht daran hindern, den Flüchtlingsstatus an ihre Kinder weiterzugeben, da, wie die Vereinten Nationen erklären, „nach dem Völkerrecht und dem Grundsatz der Einheit der Familie auch die Kinder von

Flüchtlingen und ihre Nachkommen als Flüchtlinge gelten, bis eine dauerhafte Lösung gefunden ist.“

Dieser Grundsatz gilt nicht nur für die UNRWA, sondern auch für das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR), das am häufigsten als Ersatz für die UNRWA vorgeschlagen wird und das mehrere Generationen von Flüchtlingen von Afghanistan über Somalia bis Tibet betreut. Die Anhänger Israels bilden sich zwar ein, dass die Übergabe der palästinensischen Flüchtlinge an das UNHCR ihre Umsiedlung in Nachbarländer bedeuten würde, doch das ist äußerst selten. Die Wahrscheinlichkeit, dass UNHCR-Flüchtlinge in das Land zurückkehren sollen, aus dem sie geflohen sind oder vertrieben wurden, ist sehr viel größer – just das, was Netanjahu und seine Unterstützer\*innen verhindern wollen.

Außerdem würde die Abschaffung der UNRWA die Sehnsucht der Palästinenser nach Rückkehr nicht auslöschen, denn diese Sehnsucht ist ein zentraler Bestandteil des palästinensischen Selbstverständnisses. Der palästinensische Ex-Knesset-Abgeordnete Yusuf Jabarin sagt hierzu: „Die palästinensische Gesellschaft wurde im territorialen Sinne völlig besiegt; es blieb kein einziger Quadratmeter übrig. Der einzige ihr verbliebene oppositionelle Raum war virtuell – das kollektive Gedächtnis“. Die Palästinenser pflegen dieses kollektive Gedächtnis auf vielfältige Weise. Die Politikwissenschaftlerin Leila Khalili hat festgestellt, dass Palästinenser manchmal ihre Töchter nach ihren verlorenen Heimatdörfern benennen. Der palästinensische Forscher Tarek Bakri beschreibt, dass „jeder Palästinenser, der sein Dorf oder sein Land zum ersten Mal besucht, eine Handvoll Erde mitnimmt“.

Im März 2018 – 70 Jahre nach der Nakba – begannen Zehntausende Palästinenser, jeden Freitag im Rahmen des „Großen Marsches der Rückkehr“ zur Grenze zwischen Gaza und Israel zu marschieren, und sie hielten mehr als ein Jahr lang durch, obwohl israelische Scharfschützen und Drohnen mehr als 200 Menschen töteten und mehr als 36 000 verletzten. Die UNRWA hat die Palästinenser nicht dazu veranlasst, dies zu tun. Im Gegenteil, wie der Wissenschaftler Jalal Al Hussein ausführlich dargelegt hat, haben sich die Palästinenser wiederholt gegen UNRWA-Initiativen gewehrt, die ihrer Meinung nach darauf abzielten, sie in ihre Gastländer umzusiedeln, und haben die Organisation dafür kritisiert, dass sie sich nicht ausreichend für ihre Rückkehr einsetzt.

Dass israelische und US-amerikanische jüdische Funktionäre diese Sehnsucht nicht begreifen, ist zutiefst ironisch. Jahrzehntlang haben sie argumentiert, dass die Palästinenser ihren Wunsch nach Rückkehr aufgeben, ihre nationale Identität verleugnen und Libanesen, Syrer oder Kanadier werden würden, wenn nur die arabischen Regierungen oder die UNRWA aufhören würden, sie zur Rückkehr zu ermutigen. Aber Israels eigene Unabhängigkeitserklärung rühmt sich, dass „das Volk, nachdem es gewaltsam aus seinem Land vertrieben wurde, ihm während seiner Diaspora die Treue hielt und nie aufhörte, für seine Rückkehr zu beten und zu hoffen“. Die Sehnsucht nach nationaler Rückkehr – ganz gleich, wie viel Zeit vergeht oder wie viel Entbehrungen zu ertragen sind – ist ein zentrales Element des Zionismus selbst.

Mit seinen US-Verbündeten könnte Netanjahu in den kommenden Monaten damit durchkommen, die UNRWA lahmzulegen oder gar abzuschaffen. Wenn ihm dies gelingt, werden noch mehr Palästinenser\*innen an ihren Verletzungen, ihrer Schutzlosigkeit, Krankheit oder Hunger sterben, weil keine Hilfsorganisation es angemessen ersetzen kann. Wie Jan Eglund, Generalsekretär des norwegischen Flüchtlingsrats, kürzlich erklärte: „Wir alle zusammen und auch andere Gruppen können nicht einmal annähernd das leisten, was die UNRWA für die Menschen in Gaza tut“. Aber selbst wenn es Netanjahu und seinen Verbündeten gelingen sollte, die UNRWA zu zerstören, werden sie bei ihrem langjährigen Ziel, den Wunsch der Palästinenser zu zerstören, sich auf ihrem angestammten Land als Nation neu zu konstituieren, nur wenig vorankommen, da dieser Wunsch keiner Erlaubnis bedarf.

aus *Jewish currents* vom 13. Februar 2024

■■■■■ **Peter Beinart** lebt in New York und ist Herausgeber von „Jewish Currents“.

■ *Übersetzung: MiWe*



## DIE VERGÄNG- LICHKEIT DES MITGEFÜHLS

Auch wenn glücklicherweise nicht alle linken und demokratischen Kräfte in Israel von dieser Amnesie befallen sind, zeigt dieser Beitrag doch, wie vergänglich das Mitempfunden – zumindest der liberalen und linkszionistischen Strömungen – für die Opfer der Apartheid ist. **Orly Noy**

Die Sympathie der israelischen Liberalen für die Palästinenser\*innen beruhte auf der kolonialen Denkungsart, dass die Untertanen minderwertig sind und für ihre Unterstützung dankbar sein sollten. Der Hamas-Angriff vom 7. Oktober und der von Israel daraufhin begonnene Krieg führten dazu, dass eine neue Begrifflichkeit in das hebräisch-israelische Vokabular Einzug gehalten hat: die „Desillusionierten“ – d. h. die Menschen, die jetzt „ernüchtert“ geworden sind. Diese Menschen beharren darauf, bis zum 7. Oktober humanistische Friedenssucher gewesen zu sein, für die der Hamas-Angriff jedoch alles verändert hat: In seinem Gefolge haben sie sich gehäutet und unterstützen nun leidenschaftlich den Völkermord, den Israel in Gaza verübt.

Mehr als fünf Monate lang haben sie sich gegenseitig für die Sünde ihrer vormals linken Unschuld geißelt. Nach einer angemessenen rituellen Absolution treten sie nun wieder in den Schoß des Stammes ein und werden im Namen des Volkes und der Nation mit Vergebung überschüttet. Die ohnehin schon ermüdend langen Schlangen dieser Desillusionierten werden immer größer. Viele der Neuzugänge kommen aus der Unterhaltungsindustrie und werden dem liberalen Lager zugerechnet. Jeder bekommt seine 15 Minuten medialer Aufmerksamkeit, um sein Credo gebetsmühlenartig abzuspielen: Ich habe an den Frieden geglaubt, ich war für Koexistenz, aber am 7. Oktober habe ich entdeckt, dass es auf der anderen Seite keine Menschen gibt, sondern nur menschliche Tiere, die bis zum bitteren Ende bekämpft werden müssen.

Die rituelle Reinigung wird ergänzt durch Liebesbekundungen und Anerkennung für „die israelischen Verteidigungskräfte, die moralischste Armee der Welt“, durch Dank und Glückwünsche für unsere heldenhaften Soldaten und durch ein paar Lippenbekenntnisse zur Notlage der Geiseln. Wie die altbekannte Schauspielerin Hanny Nahmias sagte: „[Wir] waren am meisten für Koexistenz“ – aber jetzt will sie einen Krieg „bis zum Ende“.

### Die Opfer sind schuld

Wenn man diese frisch Desillusionierten genau betrachtet, scheint das Problem nicht in erster Linie im Wandel ihrer Positionen zu liegen, die inzwischen meist auf die totale Auslöschung der Palästinenser in Gaza abzielen. Der populäre Sänger Idan Raichel, der im Allgemeinen mit fortschrittlichen Ideen assoziiert wird und oft mit Musikern aus der äthiopischen Gemeinschaft zusammenarbeitet, ist beispielsweise verärgert darüber, dass die – vertriebenen, brutal behandelten, verdurstenden und verhungerten – Bewohner des Gazastreifens nicht in die Tunnel vordringen und die Hamas bekämpfen, um die Rückkehr aller Entführten zu erreichen, auch wenn sie das Tausende von Opfern kosten würde. Raichel folgert daraus, dass sie als Komplizen der Verbrechen der Hamas und somit als legitime Angriffsziele Israels zu gelten haben, da sie seinen Ratschlägen nicht nachkommen.

Tatsächlich scheint das Problem dieser Konvertiten eher darin zu liegen, wie sie ihr „Linkssein“ vor ihrer Desillusionierung verstanden haben. In einem Interview in der Sendung „Stronger Together“ des Komikers Shalom Assayag erklärte die Schauspielerin und Fernsehmoderatorin Tzofit Grant, dass „meine linke Seite nicht mehr existiert; ich dachte, wir wären alle Menschen, aber – nein“.

Am 7. Oktober töteten die Angreifer nach ihren Worten „den humanitären Teil des Gehirns, das überwältigende Mitgefühl, [die Idee, dass] ‚wir alle Menschen sind‘“. Grant glaubt nicht mehr daran, dass wir alle Menschen sind. Und was jetzt? Sie beschreibt die mehr als zwei Millionen Palästinenser in Gaza mit einem widerwärtigen Vokabular, wenn man bedenkt, dass bis vor kurzem die Liebe zur Menschheit ihr Leitmotiv war.

### Nackter Narzissmus

Grant ist nicht allein. Das vielleicht stärkste Gefühl, auf das sich viele der frisch Bekehrten immer wieder berufen, ist die Enttäuschung: Die Palästinenser haben sie „verloren“.

Sie, die vormalig Linken, die sich doch voll und ganz der Koexistenz verschrieben haben wollen und in jedem Menschen den Menschen sehen wollten, haben als „Belohnung“ den kriminellen Anschlag am 7. Oktober erhalten.

Kein Zweifel, der Angriff der Hamas auf die an den Gazastreifen angrenzenden Gemeinden war entsetzlich. Aber – Gott bewahre – der gute Wille der barmherzigen Hirten reichte nicht aus, um die Palästinenser zufrieden zu stellen, sollten sie doch für die Zuwendung ihrer Gönner dankbar sein und ihre Unterdrückung weiterhin schweigend ertragen. (Oh, diese Sehnsucht nach der „guten alten Zeit“, als die Palästinenser\*innen in Gaza dank des freundlichen Entgegenkommens Israels nach Israel einreisen und dort als Tagelöhner arbeiten und dafür dankbar sein durften.)

Diese Einstellung war bestenfalls purer Narzissmus und keine politische Position, die auf einer Analyse der Realität und ihrer pervertierten Machtverhältnisse beruhte. Immer wieder fällt der Hinweis, dass es sich bei vielen Bewohner\*innen der an den Gazastreifen angrenzenden Gemeinden, die am 7. Oktober überfallen wurden, um friedliebende Menschen handelte, darunter sogar Aktivist\*innen, die sich regelmäßig freiwillig meldeten, um Kinder aus dem Gazastreifen vom Erez-Übergang in israelische Krankenhäuser zu fahren. Damit soll die Undankbarkeit der Palästinenser aufgezeigt und die Neuverortung der eigenen politischen Position gerechtfertigt werden.

Diese Haltung zeugt von einem unpolitischen Narzissmus, der alles der Sichtweise einiger wohlwollender Israelis unterordnet. Zweifellos ist der freiwillige Transport kranker Palästinenser aus dem Gazastreifen eine noble Geste, und die Freiwilligen sind Menschen, deren Handeln von Moral und Gewissen geleitet wird. Ein politischer Standpunkt jedoch berücksichtigt den Gesamtkontext, in dem diese freiwillige Tätigkeit stattfindet: nämlich Israels anhaltende Belagerung des Gazastreifens und die Zerstörung des Großteils seiner zivilen Infrastruktur.

Ein politischer Mensch fragt danach, wie es dazu gekommen ist, dass die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza auf die Großzügigkeit der guten Israelis angewiesen ist und in Gaza selbst keine angemessene medizinische Versorgung erhalten kann. Er fragt, warum es in Gaza keine anständigen Krankenhäuser gibt und wer die Palästinenser mit welchem Recht daran hindert, solche zu bauen.

### Wir sind alle ein Stamm

Ein Mensch mit dieser Einstellung würde auf die Folgen insistieren, welche die weitreichende Verweigerung der

Bewegungsfreiheit für Millionen von Menschen hat, die nicht nur für die Einreise nach Israel, sondern auch für Reisen in die palästinensischen Gebiete im Westjordanland die Besatzer um Erlaubnis fragen müssen. Auch, wie ein Regime beschaffen sein muss, das seit Jahrzehnten jeden Atemzug von Millionen entrechteter Menschen kontrolliert, und, dass ein solches Regime unweigerlich zum Aufstand führen muss.

Und entgegen allen Versuchen, diese Realität gezielt für die öffentlichen Wahrnehmung aufzubereiten, ist ihr genaues Verständnis nicht gleichbedeutend mit der Unterstützung von Gewalt oder ihrer Rechtfertigung, sondern ganz im Gegenteil: eine leidenschaftslose Analyse dieser blutigen Realität, die es uns ermöglicht, ihr zu entkommen. Dass der Untertan höchstens die Anerkennung seines Menschseins durch den Herrn anstreben kann, eine Anerkennung, die ebenso leicht verweigert werden kann, wie sie gegeben wurde, wenn das Subjekt „enttäuscht“ hat, ist das Kennzeichen der kolonialen Situation. In dieser Situation glaubt sich der Herr dem Untertan so überlegen, dass dieser für jeden Moment dankbar sein sollte, in dem sich der Griff des Herrn um seine Kehle lockert, während jeder Widerstand gegen den ständig drohenden Würgegriff gleichbedeutend mit Undankbarkeit ist.

Es sind eben diese einstigen „Linken“, die neben ihrer Enttäuschung über die Palästinenser plötzlich auch die Freuden des Tribalismus für sich entdeckt haben – so wie Tzofit Grant es offensichtlich getan hat. Seit dem 7. Oktober, sagt sie, wolle sie den ganzen Tag durch die Straßen laufen und Israelis küssen: „Ich bin sehr israelisch, sehr jüdisch geworden“.

Bedauerlicherweise scheint dies im heutigen Israel zu bedeuten, dass man sich nicht nur vom „humanitären Teil“ des Gehirns trennt, sondern vom Gehirn selbst.

■■■■■■ **Orly Noy** ist Vorsitzende von B'Tselem, dem Israelischen Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten.

Aus *Middle East Eye* vom 16. März

Übersetzung: MiWe

■■■■■■

# WIE DER VÖLKERMORD GESTOPPT WERDEN KANN

Wenn die Nationen der Welt – insbesondere die USA und die arabischen Länder – Israels Schlächtereien, Folter und ethnische Säuberung im Gazastreifen ernsthaft stoppen wollten, könnten sie dies sofort tun, indem sie die Öl-, Waffen- und Technologieimporte und -exporte nach Israel aussetzen. **Marcy Winograd**

## Stoppt die Waffenlieferungen!

In einer Pressemitteilung vom Februar gaben sieben nationale Gewerkschaften und über zweihundert lokale Gewerkschaften die Gründung des National Labor Network for Ceasefire (NLNC) bekannt, um „dem Tod und der Verwüstung“ im Nahen Osten ein Ende zu setzen und bei den Gewerkschaften im ganzen Land Unterstützung für den Waffenstillstand zu gewinnen. Nach Angaben des NLNC vertreten die Gewerkschaften, die einen Waffenstillstand fordern, über 9 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, d. h. mehr als die Hälfte der Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten. Zu den sieben nationalen Gewerkschaften gehören: American Postal Workers Union (APWU), die Association of Flight Attendants (AFA-CWA), die International Union of Painters and Allied Trades (IUPAT), die National Education Association (NEA), National Nurses United (NNU), die United Auto Workers (UAW) und die United Electrical Workers (UE).

Bis vor kurzem war Italien für fünf Prozent der israelischen Waffenkäufe – Hubschrauber und Marineartillerie – in den letzten zehn Jahren verantwortlich. Der italienische Außenminister Antonio Tajani behauptet jedoch, dass Italien nach der kollektiven Bestrafung des Gazastreifens seit dem 7. Oktober alle Waffenlieferungen an Israel eingestellt hat.

Wenn das stimmt, schließt sich Italien damit Spanien und Belgien an, die ebenfalls Waffenverkäufe oder Munitionslieferungen an Israel während der Bombardierung des Gazastreifens ausgesetzt haben.

Mitte Februar wies ein niederländisches Berufungsgericht die Niederlande an, die Ersatzteillieferung für F-35-Kampffjets an Israel einzustellen. „Das Gericht stellt fest, dass eindeutig die Gefahr besteht, dass Israels F-35-Kampffjets für schwere Völkerrechtsverstöße eingesetzt werden könnten“, urteilte das Gericht auf eine Klage von Oxfam und anderen Menschenrechtsgruppen hin.

In einem Offenen Brief an Kanadas Außenministerin Mélanie Joly forderten mehr als ein Dutzend Organisationen, darunter die Anglikanische Kirche Kanadas, Human Rights Watch und Oxfam Canada, Kanada auf, seine Verkäufe von Waffen und militärischem Gerät, die sich in den letzten zehn Jahren auf mehr als 100 Millionen Dollar beliefen, an Israel zu stoppen. Das kanadische Außenministerium besteht darauf, dass es seit über 30 Jahren keine Genehmigungen für „vollständige Waffensysteme für größere konventionelle Waffen oder leichte Waffen an Israel“ erteilt hat. Die Befürworter des Waffenstillstands argumentieren, ihre Regierung würde nicht offenlegen, welche Komponenten sie für Raketen und Bomben liefert, wenn sie „seit dem 7. Oktober weiterhin Waffenexporte genehmigt, obwohl eindeutig die Gefahr eines Völkermords in Gaza besteht.“

### Die Waffenlieferanten

Zu den Regierungen, die den israelischen Völkermord unterstützen, gehören an erster Stelle die USA, die seit Jahrzehnten ihren Statthalter im öl- und gasreichen Nahen Osten subventionieren. Nach Angaben des Außenministeriums haben die USA Israels Militärapparat seit 1948, als zionistische Terroristen mehr als 500 Dörfer zerstörten oder niederbrannten, um einen jüdischen Staat auf palästinensischem Land zu errichten, mit über 130 Milliarden Dollar unterstützt.

Das US-Außenministerium behauptet stolz, dass US-Subventionen die israelischen Verteidigungskräfte (IDF), die von Kritikern als israelische Besatzungstruppen (IOF) bezeichnet werden, „zu einer der fähigsten und effektivsten Streitkräfte der Welt gemacht haben...“

Seit dem 7. Oktober haben die USA Israel mit 15 000 Bomben, 57 000 Artilleriegranaten und einhundert 2000-Pfund-Bunkerbomben beliefert, um tiefe unterirdische Tunnel unter Wohnungen, Krankenhäusern und Flüchtlingslagern zu zerstören und dicht besiedelte Stadtteile in Friedhöfe zu verwandeln.

In einem Bericht (*Die Unternehmen, die von Israels Angriffen auf Gaza 2023–2024 profitieren*) dokumentiert das American Friends Service Committee die Rolle der

US-Militärfirmen bei der Beihilfe zum Völkermord in Gaza:

Raytheon (RTX) mit Sitz in Waltham, MA, stattet das israelische Militär mit Luft-Boden-Raketen für seine F-16-Kampffjets sowie mit international geächteten Streubomben und Bunkerbrechern aus. Northrop Grumman mit Sitz in Falls Church, VA, beliefert Israel mit Longbow-Raketenträgersystemen, während Lockheed Martin mit Hauptsitz in Bethesda, MD, Israel mit Hellfire-Raketen, F-16- und F-35-Kampfflugzeugen versorgt, deren Triebwerksteile von Pratt & Whitney, einem Unternehmen aus Farmington, CT, gewartet werden, das 2015 einen 15-Jahres-Vertrag mit dem israelischen Militär unterzeichnet hat.

„Pratt & Whitney fühlt sich durch das Vertrauen, das die israelische Führung in uns setzt, geehrt. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der lokalen Industrie, um die israelischen Streitkräfte weiterhin langfristig zu unterstützen“, sagte Bennett Crowell, Präsident von Pratt & Whitney Military Engines.

Sieht man sich die Lieferketten näher an, stellt man fest, dass auch China eine entscheidende Rolle bei der Beendigung des Völkermords spielen könnte, indem es die Produktion von Magneten, die in von Honeywell gelieferten Turbomaschinenpumpen verwendet werden, und von Platinen für die F-35-Kampffjets, die den Gazastreifen bombardieren, einstellt. Als das Pentagon im Jahr 2022 feststellte, dass Teile der F-35 in China hergestellt wurden, stoppte es die Lieferung dieser Teile, um dann zwei Tage später eine Ausnahmegenehmigung zu erteilen, da die Komponenten als zu kritisch angesehen wurden, um sie zu blockieren.

Was würde passieren, wenn die US-Militärfirmen den Forderungen der Kriegsgegner in Massachusetts, Kalifornien und Arizona nachgeben würden, die vor den Büros von Raytheon demonstrieren? Wenn der Kongress und das Weiße Haus die jährlichen Subventionen von fast 4 Milliarden Dollar für das israelische Militär einstellen würden? Wenn die Universitäten die Resolutionen der Studenten umsetzen würden, so wie die Universität von Kalifornien in Davis, die beschlossen hat, sich von Unternehmen zu trennen, die von der israelischen Besatzung profitieren?

Da die USA rund 15 % des israelischen Militärbudgets bereitstellen, müssten Israels Premierminister Benjamin Netanjahu und seine rechtsextreme Koalition wohl ihre Offensive zur Auslöschung der Palästinenser überdenken oder ihre Waffenimporte aus anderen Ländern erhöhen,

etwa aus Deutschland, das seine Waffenexporte nach Israel seit dem 7. Oktober verzehnfacht hat und laut Reuters Genehmigungen im Wert von fast 323 Millionen Dollar erteilt hat.

### **Weltweite Komplizenschaft**

Im Juni 2023, wenige Monate vor dem Hamas-Überfall und am Vorabend eines Normalisierungsabkommens mit Saudi-Arabien, meldete das israelische Verteidigungsministerium, dass das Land im Jahr 2022 Militärprodukte im Wert von über 12 Milliarden Dollar exportiert habe – Drohnen, Raketen, Luftabwehrsysteme –, wobei fast ein Viertel der Verkäufe an arabische Länder gingen, die die Abraham-Abkommen unterzeichnet haben. Das israelische

Verteidigungsministerium wollte seine Waffenkunden nicht nennen, aber zu den Unterzeichnern und Unterstützern des Abraham-Abkommens gehören die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Marokko und der Sudan.

Minar Adley von Mint Press berichtet, dass Marokko eine militärische Geheimdienstbasis für Israel in Afso an der Grenze zu Algerien errichtet, einem Land, das Israels Völkermord entschieden verurteilt und den UN-Sicherheitsrat zur Unterstützung eines Waffenstillstands gedrängt hat. In „*Warum Marokko die Beziehungen zu Israel nicht kappen wird*“ argumentiert Sarah Zaaïmi vom Atlantic Council, dass die marokkanische Regierung trotz massiver Straßenproteste und eines marokkanischen Konsulats in Gaza nicht mit Israel brechen wird, weil die Beziehung

---

## **DEUTSCHE BEIHILFE ZUM VÖLKERMORD**

---

Seit dem 7. Oktober haben die USA Israel mit 15 000 Bomben, 57 000 Artilleriegranaten und mehr als 5000 sog. 2000-Pfund-Bunkerbomben beliefert, um dicht besiedelte Stadtteile in Friedhöfe zu verwandeln. Für letztere haben die USA laut *Wall Street Journal* lediglich über 100 JDAM-Systeme geliefert, mit denen diese Bomben gezielt eingesetzt werden können. Dies bedeutet, dass das überwiegende Gros dieser Bomben ungerichtet auf die Zivilbevölkerung abgeworfen werden, wie eine Auswertung von Satellitenbildern durch amnesty international und Berichte der *NYT* zeigen.

Trotz der Bedenken der USA wegen Israels geplanter Bodenoffensive gegen die mit Geflüchteten überfüllte Stadt Rafah im Gazastreifen liefert Washington einem Zeitungsbericht zufolge Israel weitere Tausende schwerer Bomben und Kampfflugzeuge. US-Präsident Joe Biden habe ungeachtet der angespannten Beziehungen der beiden Länder in den vergangenen Tagen „in aller Stille“ die Lieferung unter anderem von mehr als 1800 der 2000-Pfund-Bomben (etwa 907 kg) vom Typ MK84 sowie 500 MK82-Bomben genehmigt, berichtete die *Washington Post* Ende März unter Berufung auf US-Beamte.

Mit diesen MK84-Bomben werden die C17-Frachtflugzeuge auf ihrem Weg zum Militärstützpunkt der USA in Israel bei Zwischenlandungen in Ramstein beladen. Damit verstößt die BRD gegen das völkerrechtlich gebotene Militärembargo, wonach Waffen oder Munition nicht weitergereicht werden dürfen, wenn diese bei einem völkerrechtswidrigen Einsatz benutzt werden. Dieses Embargo beinhaltet daneben, dass solche Waffen weder gekauft noch verkauft werden dürfen.

Auch in diesen Punkten handelt die BRD völkerrechtswidrig. Sie ist nach den USA zweitgrößter Waffenlieferant an Israel. 2015 gingen 50 % aller Rüstungsexporte dorthin, als Thyssen Krupp Marine Systems in einem wegen Korruption skandalumwitterten Geschäft Korvetten und neun atomwaffenfähige U-Boote an die israelische Marine lieferte.

In Gaza eingesetzte israelische Panzer fahren mit deutschen Motoren. Rheinmetall produziert 155 mm Artilleriegranaten, mit denen die von der israelischen Armee eingesetzten M 109-Panzerhaubitzen bestückt werden. Zur Umgehung des Kriegswaffenkontrollgesetzes werden sie nicht in toto an Israel geliefert, sondern in Form wesentlicher Komponenten, die vor Ort zusammengebaut werden.

Zu den Lieferungen gehören außerdem 500 000 Stück Kleinwaffenmunition 112 mm, mit der bspw. Ende Februar der Hilfskonvoi in Gaza beschossen wurde und dabei 112 Menschen ermordet wurden, oder 10 000 Panzergranaten vom Typ 120 mm.

Da Israel nach dem Kauf der deutschen U-Boote und Korvetten gegenüber Thyssen Krupp auf ein Kompensationsgeschäft bestand, beschloss 2016 die deutsche Regierung 16 Kampfdrohnen von Israel zu leasen, wovon zwei gegenwärtig wieder Israel im Rahmen des Gazakriegs zur Verfügung gestellt worden sind.

Am 19. Oktober 2023 stimmte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags der Beschaffung des Raketenabwehrsystems Arrow 3 von Israel in einer Höhe von rund 4 Mrd. Euro zu.

Letztlich geht es der BRD also mitnichten um die historische Verantwortung der BRD gegenüber Israel sondern um die Sicherung der Profite der deutschen Rüstungsindustrie. *MiWe*

„eine Frage der nationalen Sicherheit für eine Monarchie ist, die es geschafft hat, zwölf Jahrhunderte lang zu überleben“. Elbit Systems, Israels größter Waffenhersteller, plant den Bau von zwei Waffenfabriken in Marokko, während Elbit Systems in den Vereinigten Arabischen Emiraten Elbit System Emirates gegründet hat, um die „langfristige Zusammenarbeit“ mit dem israelischen Militär zu fördern.

CNN berichtet, dass die USA im Januar in aller Diskretion ein Abkommen mit Katar geschlossen haben, das den Betrieb der größten US-Militärbasis im Nahen Osten für weitere zehn Jahre vorsieht. Der Stützpunkt, der bis zu 10 000 Soldaten beherbergen kann, ist ein „zentraler Knotenpunkt für die Luftoperationen des US Central Command in oder um Afghanistan, Iran und im gesamten Nahen Osten“. Nebenbei, im Hauptquartier der US-Marine in Bahrain, hat die Fünfte Flotte der USA, die mit 7000 US-Marines im Roten Meer stationiert ist, ihre Kommandozentrale.

Indien steht an der Spitze der Liste der größten Waffenimporteure Israels mit einem Anteil von über 40 % an den israelischen Exporten, aber die Beziehungen beschränken sich nicht nur auf Importe von Waffen aus Israel. Nach Angaben von *Middle East Eye* produziert Indien gemeinsam mit Israel Waffen und koordiniert gemeinsame Militärübungen. Für den indischen Regierungschef Narendra Modi, einen rechtsgerichteten Nationalisten, der sich die gewaltsame Unterwerfung der 20 Prozent muslimischen Bevölkerung Indiens auf die Fahnen geschrieben hat, gibt Netanjahus Vorgehen gegen die Palästinenser wenig Anlass zur Sorge. Tatsächlich dient Israels 75-jährige Geschichte der Auslöschung der Palästinenser als Vorbild für indische Nationalisten, die hasserfüllte Rhetorik verbreiten, Lynchmobs bilden und muslimische Häuser plündern und niederbrennen.

*Al Jazeera* berichtet, dass schätzungsweise 130 Länder, darunter auch Kolumbien, Drohnen und Spionagetechnologie von Israel gekauft haben, obwohl Israel die Waffenlieferungen an Lateinamerika ausgesetzt hat, nachdem Kolumbiens linksgerichteter Präsident Gustavo Petro, ein ehemaliger marxistischer Revolutionär, es ablehnte, die Hamas-Angriffe vom 7. Oktober zu verurteilen, und später Israels Zerstörungen im Gazastreifen mit den Gräueltaten von Nazi-Deutschland verglich.

### Stoppt die Öl-Lieferungen!

Trotz der harschen anti-israelischen Rhetorik des türkischen Präsidenten Erdogan ist die Türkei nach wie vor

ein wichtiger Öllieferant Israels mit kilometerlangen Pipelines, die Öl aus Aserbaidschan und Kasachstan, welche 40-60 % des israelischen Öls durchleiten, über den türkischen Hafen Ceyhan im östlichen Mittelmeer befördern. Zuvor, am 21. Oktober, hatte der Tanker Seaviolet Berichten zufolge eine Million Barrel Öl aus dem muslimischen Aserbaidschan zum israelischen Hafen Eilat am Roten Meer transportiert, doch seither haben die jemenitischen Huthis die Lieferungen nach Israel über das Rote Meer blockiert.

British Petroleum, das seit drei Jahrzehnten in Aserbaidschan nach Öl bohrt, umgeht die Blockade des Roten Meeres und verschifft das Rohöl über das Kap der Guten Hoffnung in Afrika, aber es gibt eine effizientere Lösung für diejenigen, die die UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord untergraben wollen.

Mint Press News zitiert einen Bericht des israelischen Fernsehsenders *Channel 13*, wonach Jordanien, Saudi-Arabien, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate gemeinsam die Bemühungen der Huthis untergraben, die Straße von Bab el-Mandeb zu blockieren, den Durchgang zum Suezkanal, durch den ein Viertel des Welthandels, einschließlich des Öls nach Israel, läuft. Anstatt die Schiffe durch die türkischen Gewässer des afrikanischen Kaps der Guten Hoffnung umzuleiten – was die Fahrt um einen Monat länger und eine Million Dollar für Treibstoff teurer macht – haben die vier arabischen Länder Landkorridore eingerichtet, in denen die Waren zunächst in den Häfen von Dubai und Bahrain entladen und dann auf dem Landweg über Autobahnen von den VAE nach Saudi-Arabien und dann nach Jordanien transportiert werden, bis die Ladung Israel über die 115 Meilen lange jordanische Autobahn entlang des Toten Meers erreicht.

Während Israel fast sein gesamtes Öl importiert, exportiert es auch Rohöl nach Bulgarien, Indien, Italien, Palästina und Australien, so das Observatory of Economic Complexity (EOC), ein am MIT Media Lab entwickeltes Datenvisualisierungstool.

### Kontrolle über die Gasvorkommen

Seit Monaten wird darüber spekuliert, dass Israel den 7. Oktober als Gelegenheit nutzt, den Gazastreifen ethnisch zu säubern, um an die Erdgasvorkommen der Küstenregion zu gelangen. Dafür müsste Israel jedoch zunächst die Palästinenser vertreiben, die Anspruch darauf erheben könnten. Nach einem vom Verteidigungsministerium ausgeheckten Plan hat Israel eine Million Palästinenser aufgefordert, sich in den Süden nach Rafah in Sicherheit zu bringen, um dann

Wohnhäuser zu bombardieren und eine Bodeninvasion in der Stadt an der Grenze zu Ägypten vorzubereiten. Die Befürworter palästinensischer Rechte sagen, dass dieser Erlass, „nach Süden zu gehen“, die Bewohner des Gazastreifens weiter nach Süden in die sengende Wüste Sinai, in den Schoß Ägyptens, in Zeltstädte und in ein Exil treiben soll, das an die erste Nakba im Jahr 1948 erinnert, als Israel 750 000 Palästinenser aus ihrem Land vertrieb, um ihnen eine Rückkehr zu verwehren.

Im Februar genehmigte Israel sechs israelischen und internationalen Unternehmen Lizenzen für die Erdgasexploration in den palästinensischen Seegebieten vor der Küste des Gazastreifens. Mehrere Organisationen – das Al Mezan Center for Human Rights und das Palestinian Center for Human Rights – haben Israel gewarnt, dass es diese Verträge besser annullieren sollte oder die Konsequenzen für die Verletzung des Völkerrechts tragen muss. Da Israel jedoch wiederholt gegen internationales Recht verstößt – einschließlich der Aufforderung des Weltgerichtshofs, das Töten von Palästinensern einzustellen und massive humanitäre Hilfe zu leisten – ist es jedoch unwahrscheinlich, dass diese Verträge in nächster Zeit gekündigt werden, es sei denn, es kommt zu massiven zivilen Unruhen oder zu einem kollektiven Aufruhr in der 193 Mitglieder zählenden UN-Generalversammlung. Gemäß der Resolution von Uniting for Peace könnte die Generalversammlung mit einer 2/3-Stimmenmehrheit (129 Mitglieder) enormen Druck ausüben, indem sie Israel sanktioniert und von UN-Aktivitäten ausschließt.

### **Stoppt den Technologiehandel!**

In den USA kam es bei Google zu Protesten von Mitarbeitern, die mit palästinensischen Flaggen am 14.12.23 eine Straße in San Francisco blockierten, um gegen das Nimbus-Projekt zu protestieren, einen 1,2 Milliarden-Vertrag mit dem israelischen Militär über Cloud-Dienste, das von Google und Amazon entwickelt wurde. Bereits in den Monaten zuvor protestierten Hunderte von Amazon- und Google-Mitarbeitern in vier Städten des Landes unter dem Slogan „No Tech for Apartheid“ gegen den Vertrag. In einem offenen Brief beschuldigten anonyme Mitarbeiter im Jahr 2021 den Nimbus-Vertrag, „rechtswidrige Datensammlungen über Palästinenser zu ermöglichen und die Ausweitung der illegalen israelischen Siedlungen auf palästinensischem Land zu erleichtern“.

Multinationale Konzerne wie Microsoft, Google, IBM und Intel unterhalten Niederlassungen in Israel, z. B. Google mit seinem Campus Tel Aviv, einem Zentrum für

Start-up-Unternehmen. Hewlett-Packard – ein Ziel der weltweiten BDS-Bewegung – profitiert von der israelischen Besatzung durch den Betrieb eines biometrischen Identifizierungssystems, das an Kontrollpunkten im Westjordanland eingesetzt wird, wo Palästinenser den ganzen Tag warten müssen, um zu ihrer Familie in einem 30 Meilen entfernten Dorf zu gelangen.

Ein Boykott der israelischen Technologie – Computer, Elektronik, Cybersicherheitssoftware – könnte die israelische Wirtschaft in eine Inflationsspirale führen, denn Hightech trägt 18 % zum BIP bei, macht über 12 % der Arbeitsplätze und die Hälfte der Exporte des Landes aus und erwirtschaftet 30 % der Steuereinnahmen, laut CNN.

Zu Israels Überwachungstechnologie gehören Pegasus-Spionageprogramme, die in die Mobiltelefone eindringen, Textnachrichten abfangen und Passwörter sammeln können, Grenzdrohnen, die die Migrationsbewegungen über das Mittelmeer überwachen, Wärmebildkameras, die bei Polizeirazzien Personen hinter Häusermauern aufspüren können, und Gesichtserkennungssoftware für Kameras an Kontrollpunkten und Grenzen.

Einer der größten Handelspartner Israels ist die Europäische Union, die 2018 Drohnen von Elbit Systems gekauft hat, um Asylsuchende zu verfolgen und Informationen über sie zu sammeln. Der Einsatz dieser Drohnen gegen Flüchtlinge, die ihr Leben riskieren, ohne gleichzeitige Rettungseinsätze verstößt nach Ansicht von Kritikern gegen das UN-Seerechtsübereinkommen. Die Menschenrechtsorganisation Euro-Mediterranean Human Rights Monitor fordert seit langem, dass die Verträge gekündigt werden. Professor Richard Falk, Vorsitzender des Kuratoriums von Euro-Med, bezeichnete den Kauf als skandalös angesichts der „repressiven und rechtswidrigen Methoden“, mit denen Drohnen zur Unterdrückung der Palästinenser in den besetzten Gebieten eingesetzt werden.

In den Vereinigten Arabischen Emiraten, wo abweichende Meinungen und Gewerkschaften verboten sind, riskieren diejenigen, die gegen die engen Beziehungen ihres Landes zu Israel protestieren, Gefängnis und Folter. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die königliche Familie 2022 die Errichtung eines israelischen Technologiezentrums in Abu Dhabi begrüßte und ihrerseits Pläne für ein VAE-Technologieinstitut in Haifa im Jahr 2024 bekannt gab. „Wir werden an einigen der interessantesten Herausforderungen im Bereich der künstlichen Intelligenz arbeiten und gleichzeitig zur Vision der wissenschaftlichen Zusammenarbeit beitragen, die im Abraham-Abkommen vereinbart wurde“, schreibt Yoelle Maarek, die künftige

Leiterin des Zentrums, die zuvor als Führungskraft bei Google, IBM, Amazon und Yahoo tätig war.

Ein weiterer Hauptabnehmer israelischer Technologie ist Indien, das laut der *New York Times* 2017 Pegasus Spyware kaufte, um Gegner von Modis ultranationalistischem Regime zu überwachen. Und es ist kein Geheimnis, dass Saudi-Arabien einer der besten Kunden Israels für israelische Technologie ist, die dazu verwendet wird, Telefone zu hacken und Personen auszuspionieren, die als Staatsfeinde gelten. Obwohl das geplante Normalisierungsabkommen zwischen Saudi-Arabien und Israel vorerst vom Tisch ist, investiert Saudi-Arabiens 620 Milliarden schwerer Staatsfonds (PIF) weiterhin in israelische Tech-Start-ups.

Das israelische Militär behauptet, es verlasse sich auf ein auf künstlicher Intelligenz basierendes System namens Habsora (Evangelium), um im Gazastreifen, wo Israel bisher mehr als 33 000 Menschen getötet und über 70 000 verwundet hat, „in hohem Tempo Angriffsziele auszuwählen“. Richard Moyes von der Antiwaffenkampagne Article 36 mit Sitz in Großbritannien bezweifelt die Genauigkeit der KI-Algorithmen und sagte dem *Guardian*: „Es wird deutlich, dass von Präzision keine Rede sein kann und stattdessen ein Stadtgebiet mit schweren Sprengstoffwaffen in Schutt und Asche gelegt wird.“

### Was getan werden kann

Wenn es den Ländern in der Lieferkette ernst damit ist, den Völkermord in Gaza zu beenden und eine Ausweitung des Kriegs zu verhindern, können sie sich auf das S in BDS berufen und Israel sanktionieren, indem sie die Ein- und Ausfuhr von Öl, Waffen und Technologie verbieten. Wenn die USA, Kanada, Großbritannien, Deutschland, Indien und die arabischen Länder, die sich an Israels Gemetzel mitschuldig gemacht haben, sich weigern, ihren Kurs zu ändern, und trotz der Verurteilung durch den Internationalen Gerichtshof und der weltweiten Proteste gegen Israels Gemetzel weiterhin Beihilfe zum Völkermord leisten, dann ist es an der Zeit, dass andere Länder Israel und seine Helfershelfer vor ein internationales Völkertribunal stellen und die Verbrecher, von Biden bis Netanjahu, wegen Völkermordes anklagen.

Bis dahin schließt sich CODEPINK dem weltweiten Aufruf an die UN-Generalversammlung an, Israel zu sanktionieren, da es schamlos gegen die Anordnungen des IGH verstößt, das Massaker an den Palästinensern einzustellen und massive humanitäre Hilfe zu leisten. Unsere Delegationen überbringen bei ihren Besuchen in den UN-Vertretungen eine strategische Botschaft: „KEINE

WAFFEN, KEIN ÖL UND KEINE TECHNOLOGIE MEHR FÜR ISRAEL“.

Es mag ein Klischee sein zu sagen: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“, aber die Wahrheit ist, dass die kollektive Macht der Welt – oder auch nur eines Teils der Welt – das Gemetzel morgen beenden könnte.

██████████ **Marcy Winograd** ist leitende Mitarbeiterin von CODEPINK CONGRESS, einer US-amerikanischen pazifistischen Bürgerrechtsbewegung zur Beendigung existierender militärischer Konflikte. Sie wird hauptsächlich von Frauen getragen und unterstützt die Klage der RSA vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH).

Übersetzung und Bearbeitung: MiWe

## DIE „STAATS-RÄSON“ GERÄT ZUR FARCE

Während sich die Unterdrückung von Solidarität für Palästina in jedem Sektor des Lebens etabliert, wird das liberale Selbstbild des Staates immer mehr zu einer Geschichte, die nur Deutsche sich selbst erzählen können. **Michael Sappir**

Nach den vielen Jahren, in denen der Raum für Solidarität mit Palästina immer kleiner wurde, dürfte es nur wenige Beobachter überrascht haben, wie rigoros der deutsche Staat nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober und dem darauf folgenden Angriff Israels auf den Gazastreifen gegen die Meinungsfreiheit vorgegangen ist. Die Aufregung jedoch, die um das prestigeträchtige internationale Berliner Filmfestival Ende Februar herum aufbrandete, beförderte die Absurdität von Deutschlands Pro-Israel-Fanatismus in ganz neue Höhen.

Sowohl der Palästinenser Basel Adra als auch der Israeli Yuval Abraham – beide seit vielen Jahren als Autoren für *+972 Magazine* und *Local Call* tätig – wurden von deutschen Politikern lauthals überkritisch niedergemacht, nachdem ihr Film „No Other Land“ (Kein anderes Land) bei den Filmtagen von der Jury die Auszeichnung „Beste Dokumentation“ erhalten hatte und der Film auch den Publikumspreis in dieser Kategorie einheimste. Die beiden Aktivisten sind

zwei der vier Co-Regisseure und auch selbst Akteure des Films. Sie benutzten ihre Dankesreden als Plattform, um Israels gewalttätige Unterdrückung der Palästinenser und Deutschlands Komplizenschaft im Krieg gegen Gaza aufzuzeigen.

Als Reaktion auf Adras und Abrahams Worte, die sich in den sozialen Medien mit Windeseile verbreiteten, beschuldigte Berlins Bürgermeister Kai Wegner von der konservativen CDU die beiden der Verbreitung „nicht tolerierbarer Relativierungen“ und des „Antisemitismus“. Deutschlands Kulturstaatsministerin Claudia Roth erklärte, sie hätte nur für den „jüdischen Israeli ..., der sich für eine politische Lösung und eine friedliche Koexistenz in der Region ausgesprochen hatte“ applaudiert – aber anscheinend nicht für seinen palästinensischen Kollegen, der sich für genau das Gleiche ausgesprochen hatte. Dieser selektive Applaus wirkte umso bizarrer, als Abraham in seiner Rede ja gerade speziell kritisch über die unterschiedliche Behandlung sprach, die ihm und Adra unter Israels Apartheidssystem zuteil wird.

Solche öffentlichen Beschuldigungen sind in Deutschland mittlerweile zur Regel geworden, genau wie die unweigerlich folgenden Rufe nach verschärfter Zensur sowie Drohungen, Finanzierungen zu entziehen. Diese Atmosphäre allgemeiner Verdächtigungen ballt sich inzwischen immer mehr zu einer dunklen Wolke zusammen, die die berühmte pulsierende internationale Kulturszene des Landes zu ersticken droht.

Es gibt nur wenige Anlässe, bei denen die Beschuldigten so berühmt und die Anschuldigungen so absurd sind, dass sie international Aufmerksamkeit erregen, aber genau solche Skandale müssten der Welt eine Warnung sein – sowohl was Deutschlands eigenen illiberalen Weg betrifft als auch was die Gefahren angeht, die drohen, wenn israelfreundliche Politik in der Öffentlichkeit erzwungen wird.

### **Drakonische Verbote**

Direkt nach dem 7. Oktober verhängte Deutschland ein fast totales Verbot von pro-palästinensischen Protesten. Die wenigen (aufgrund ihrer geringen Größe oder opportunen Inhalte) genehmigten oder trotz des Verbotes stattfindenden Demonstrationen wurden zumeist von der Polizei aufgelöst, einige auch mit Gewalt.

Als alarmierend muss auch dieser Vorfall gesehen werden: Als Berliner Eltern einen Protest gegen Gewalt in Schulen organisierten, nachdem dokumentiert worden war, dass ein Lehrer einen Schüler, der eine Palästina-Flagge trug, körperlich angegangen war ... wurde auch dieser Protest verboten und von der Polizei aufgelöst.

Zur gleichen Zeit, und gerade als Israel die erste Phase seines von Rache getriebenen Bombardements auf Gaza entfesselte, während israelische Führungspersonen sich in Genozid-Rhetorik übten, ergingen sich deutsche Behörden in übersäumenden Unterstützungsbezeugungen für Israel, allen voran die Vorsitzenden sämtlicher großen politischen Parteien. In ganz Deutschland erließen Behörden drakonische Verbote von Reden und Symbolen mit pro-palästinensischem Hintergrund.

In Berlin, einer Stadt, in der die größte palästinensische Diaspora Europas zu Hause ist, verbot die Polizei sogar die uralte Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ (Vom Fluss bis zum Meer wird Palästina frei sein). Selbst bei Variationen wie „From the river to the sea, we demand equality“ (Vom Fluss bis zum Meer fordern wir Gleichheit) setzte die Polizei das Verbot durch, und laut Augenzeugen ging sie sogar gegen ein Plakat vor, auf dem nur die rudimentären Worte „From the — to the —,“ zu sehen waren. Anfang November, als die Bundesregierung die Hamas in Deutschland für gesetzlich verboten erklärte, wurde „From the river to the sea“ als verbotene Parole der Organisation definiert, und zwar in jeder Sprache und gleichgültig, was auf diese Worte folgte.

In der Praxis erfolgte die Durchsetzung jedoch auf unglaublich einseitige Weise. Ein aus dem Dezember stammendes Video zeigt, wie Pro-Israel-Demonstranten an der Berliner Humboldt-Universität eine israelische Flagge hochhielten und spöttisch skandierten: „From the river to the sea, that's the only flag you're gonna see.“ (Vom Fluss bis zum Meer ist das die einzige Flagge die ihr sehen werdet.) Der unbekannte Kameramann geht zu Polizisten und fordert sie auf, gegen die verbotene Parole vorzugehen. Die Polizei weigert sich jedoch mit der Aussage, dass diese Parole zulässig sei.

Praktisch vertraten deutsche Behörden die Position, dass Unterstützung für Palästinenser als Unterstützung von blindwütiger Gewalt gegen Israelis angesehen werden müsste. Darüber hinaus stellten sie sich ausdrücklich hinter die Ansicht, dass der Ruf nach einem Ende des Krieges gleichbedeutend sei mit der Weigerung, Israel das Recht zuzugestehen, sich angesichts solcher Angriffe zu verteidigen.

Dementsprechend wurden nicht nur explizit pro-palästinensische Proteste aufgelöst, nein, die Polizei unterdrückte auch oftmals Rufe nach „Waffenstillstand“ oder „Stoppt den Krieg“. Und als Reaktion auf Südafrikas Klage vor dem internationalen Gerichtshof mit der Anschuldigung, dass Israel in Gaza Völkermord begehe, erklärte die deutsche Regierung umgehend, dass „diese Anklage jeglicher Grundlage entbehrt“. Desweiteren haben Behörden innerhalb Deutsch-

lands oft damit gedroht, die Wiederholung dieser Anschuldigung als Hassrede zu behandeln.

### **Sympathie reicht schon aus**

Nachdem sich die Behörden mit starkem Widerstand in Berlins Straßen und auch zunehmenden juristischen Problemen bezüglich des pauschalen Verbots von Demonstrationen konfrontiert sahen, lockerten die Verantwortlichen im November und Dezember Schritt um Schritt die Auflagen und ließen schließlich Antikriegs- und pro-palästinensische Demonstrationen zu. Solche Proteste finden seither regelmäßig in vielen deutschen Städten statt. Andere Formen der Unterdrückung gibt es jedoch auch weiterhin unvermindert, ein jahrelanger diesbezüglicher Trend setzt sich ungehindert und immer intensiver fort.

Im Jahr 2019 verabschiedete der Bundestag eine rechtlich nicht verbindliche Anti-BDS-Resolution. Darin werden Institutionen aufgefordert, niemandem eine Plattform zur Verfügung zu stellen, der auch nur im Entferntesten mit der Boykott-Bewegung in Verbindung stehen könnte. Diese Art, Menschen zum Schweigen zu bringen, die sowohl durch Zensur als auch durch Selbstzensur immer wirkungsvoller wurde, erfuhr nach den Ereignissen des 7. Oktober direkt einen ungeheuren Schub.

Das Ergebnis war, dass Künstler, Journalisten und Akademiker, die sich gegen Israel aussprachen, ihre Jobs verloren, dass eine Veranstaltung nach der anderen abgesagt wurde und dass die Möglichkeiten für freie Debatten und Meinungsäußerungen seither in atemberaubendem Tempo immer mehr verschwinden. Die davon betroffenen Veranstaltungen haben dabei meistens gar nichts direkt mit Israel und Palästina zu tun. Es reicht völlig, wenn einer der Eingeladenen Sympathie mit Palästinensern bekundet hat.

Sehr häufig kommen diese drastischen Maßnahmen, einschließlich fristloser Kündigungen, erst zum Einsatz, nachdem Dinge, die eine bestimmte Person in den sozialen Medien gepostet hat, von pro-israelischen Aktivisten oder Journalisten im großen Rahmen veröffentlicht und so zu einem Skandal aufgebauscht werden. Seit dem 7. Oktober wurden viele Posts, die sich mit der Gewalt im Gaza-Streifen befassen, dieser öffentlichen Empörung preisgegeben. Dabei ist es nicht ungewöhnlich, dass sich derlei Skandale auf viele jahrealten „Beweise“ stützen, wie Unterschriften unter offenen Briefen und Petitionen, einschließlich solcher, die lediglich die Anti-BDS-Resolution als Bedrohung der freien Meinungsäußerung kritisieren.

Die Diaspora Alliance, eine internationale Gruppe, die

sich dem Kampf gegen Antisemitismus und dessen Instrumentalisierung verschrieben hat, ist solchen Fällen nachgegangen. Und das war der Anlass, warum ich im November damit begann, bei diesen Nachforschungen mitzuhelfen und darüber zu schreiben. Allein zwischen dem 7. und dem 31. Oktober haben wir 25 Fälle dokumentiert. Das sind fast so viele wie die 28 Fälle, die in den neun Monaten vor Beginn des Krieges dokumentiert wurden.

Einer der ersten Vorfälle, durch den die Eskalation dieses Zwangs zum Schweigen deutlich wird, ereignete sich am 8. Oktober. Malcolm Ohanwe, ein schwarzer deutsch-palästinensischer Journalist, brachte in einem Twitter-Thread den Angriff vom 7. Oktober mit der Jahrzehnte währenden israelischen Besetzung und Belagerung von Gaza und der Unterdrückung palästinensischer Proteste in Zusammenhang. Obwohl der Thread in keiner Weise Gewalt verherrlichte, wurde ein solcher Kontext bereits als ausreichender Grund für eine Bestrafung erachtet, was dazu führte, dass die öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt Arte sofort und öffentlich alle Verbindungen mit Ohanwe kappte.

Etwas später im selben Monat feuerte der Axel-Springer-Verlag einen Nachwuchsjournalisten, weil dieser intern Fragen zur pro-israelischen Politik des Verlagshauses stellte. Der Bundesliga-Club Mainz 05 reagierte mit sofortiger Suspendierung eines seiner Spieler (und hob wenig später den Vertrag dieses Spielers komplett auf), weil er auf Instagram „From the river to the sea, Palestine will be free“ gepostet hatte, ein Post, den er inzwischen gelöscht hat. An die Öffentlichkeit gelangte dieses Posting durch die Bild-Zeitung, die zu dem gerade genannten Verlagshaus Axel Springer gehört.

Ebenfalls im Oktober musste die schleswig-holsteinische Staatssekretärin [unter anderem] für Integration ihre Pflichten ruhen lassen (und um Entlassung bitten), da sie einen Post geteilt hatte, in dem sowohl die Hamas als auch die israelische Okkupation verurteilt wurden.

### **Vorsicht, sonst ...**

Denunziation und Paranoia haben einen solchen Umfang angenommen, dass sie so gut wie jeden Lebensbereich in Deutschland beeinflussen. Das schließt auch die Wissenschaft mit ein – die ja eigentlich eine Bastion der freien Meinungsäußerung sein sollte –, denn das Max Planck Institut z. B. feuerte im Februar den renommierten Anthropologen Ghassan Hage<sup>1</sup>. Die illiberale Entwicklung hat aber vor allem auch Deutschlands Kulturszene stark erschüttert, denn jetzt ist nicht nur die Karriere von Einzel-

nen in Gefahr, nein, ganze Institutionen sind gefährdet.

Im Laufe des Oktobers erlebten Sänger, Künstler, Publizisten, Aktivisten, Akademiker und DJs, wie ihre Vorstellungen, Museumsgespräche, Ausstellungen, Gedichtbandvorstellungen und Konferenzen abgesetzt oder Interviewzusagen zurückgezogen wurden. Einigen wurden überhaupt keine spezifischen Anklagepunkte mitgeteilt, wie z. B. als eine Preisverleihung an die palästinensische Autorin Adania Shibli, die anlässlich der Frankfurter Buchmesse stattfinden sollte, einfach auf unbestimmte Zeit verschoben wurde.

Die Absagen, Ausladungen und auch Kündigungen erfolgten den ganzen November über in rascher Reihenfolge, fast jeden Tag wurde ein neuer Fall bekannt. Zwar hat die Intensität solcher Geschehnisse seither abgenommen, trotzdem vergeht keine Woche, in der nicht eine weitere Geschichte über Aggressivität und Mobbing ans Licht kommt.

So enthüllte z. B. der ägyptische Filmemacher Mohammad Shawkhy Hassan, dass zur selben Zeit wie der Berlinale-Skandal eine Berliner Galerie von ihm gefordert hatte, dass er, bevor er als Teil einer Gruppenausstellung arabische Schriftzeichen an einer Wand anbringen konnte, erst eine Übersetzung des geplanten Textes beibringen sollte, damit dieser von der Galerie und deren „Kooperationspartnern“ geprüft werden könnte. Die Direktion der Galerie rechtfertigte die Überprüfung der Übersetzung damit, dass sie von der Stadtverwaltung als Voraussetzung einer finanziellen Unterstützung durch die Stadt gefordert worden sei.

Im November hatten inzwischen sämtliche Mitglieder der Findungskommission für die künstlerische Leitung der nächsten Ausgabe der Weltkunstausstellung („documenta“), die alle fünf Jahre in Kassel stattfindet, ihren Rücktritt erklärt: Einer ihrer Kollegen war zum Rücktritt gezwungen worden, nachdem die *Süddeutsche Zeitung* ihn ob seiner Unterschrift unter einer Petition im Jahr 2019 des Antisemitismus bezichtigte. Das Chaos der letztjährigen Documenta, die ins Zentrum eines gigantischen antisemitischen Skandals geraten war, wirkt auch jetzt noch unvermindert nach: Noch immer konnte keine neue Findungskommission für die für den Sommer 2027 geplante nächste Ausgabe der Ausstellung vorgestellt werden.

Inzwischen wurde die Biennale für aktuelle Fotografie 2024 in der Metropolregion Rhein-Neckar komplett abgesagt, weil der Vorstand der Biennale Anstoß an Postings eines Kurators in den sozialen Medien genommen hatte. In der Pressemitteilung, in der die Absage verkündet wurde,

sagten die Veranstalter, dass dadurch die Zukunft der seit nunmehr zwei Jahrzehnten stattfindenden Veranstaltung gefährdet würde.

Das besonders Erschreckende an dieser Angelegenheit ist: Die Zurverfügungstellung einer Plattform für jüdische Kritiker am Staat Israel wird von deutschen Politikern als Freibrief genommen, kulturellen Institutionen zu drohen. So erging es z. B. Oyoun, einem von Migranten geleiteten Kulturzentrum, das sich weigerte, dem politischen Druck nachzugeben und die Jubiläumsveranstaltung zum 20. Jahrestag der jüdischen Antizionistengruppe „Jüdische Stimme“ im November abzusagen. Berlins Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Joe Chialo, beendete den Vertrag der Stadtverwaltung mit dem Zentrum, dem er „verborgenen Antisemitismus“ vorwarf, wodurch Oyoun praktisch arbeitsunfähig wurde.

Dieses gefährliche Narrativ nahmen einige deutsche Politiker, vor allem solche aus der Mitte-Rechts-Partei FDP, zum Anlass, zukünftige öffentliche Finanzierungen für die Berlinale in Frage zu stellen. Sie bezogen sich dabei sowohl auf den Skandal um Abraham und Adra als auch darauf, dass einige weitere Künstler die Bühnen des Filmfests genutzt hatten, um ihre Solidarität mit Palästinensern zu erklären.

Großzügige finanzielle Unterstützung für Kunst und Kultur durch den Staat wurde lange Zeit als wichtiger Teil der Bewahrung einer demokratischen Gesellschaft in Deutschland angesehen. Aber während in der Verfassung eine große Bandbreite an künstlerischer Freiheit garantiert wird, sind Kultureinrichtungen an sich von finanziellen Zuwendungen aus der öffentlichen Hand abhängig. Politiker wiederum können sehr effektiv mit einer Streichung dieser Finanzierungen drohen, wodurch die Kultureinrichtungen einem starkem Konformitätsdruck ausgesetzt sind. Auch ohne formelle, die künstlerische Freiheit einschränkende Regeln signalisieren solche Dinge Direktoren und Kuratoren, dass sie vorsichtig agieren müssen, sonst ...

### **Legitimierung von Fremdenfeindlichkeit**

Während dieser Kaskade an zunehmender Zensur proklamierten deutsche Behörden und Politiker\*innen immer wieder dasselbe grundlegende Motiv: den Kampf gegen Antisemitismus als Teil der historischen deutschen Verantwortung nach dem Holocaust.

Aber während große Bereiche des politischen Spektrums des Landes willens sind, derartige behördliche Interventionen zur Aufrechterhaltung des Zionismus zu akzeptieren und sie sogar unterstützen, wird immer deut-

licher sichtbar, wie diese Aktionen unterschwellig auf all jene abzielen, die in Deutschland als Ausländer betrachtet werden. Dabei handelt es sich vor allem um Menschen, die aus Ländern mit muslimischer Mehrheit und anderen Ländern des Globalen Südens stammen.

In den letzten Monaten hat die deutsche Regierung eine „Abschiebungsoffensive“ auf den Weg gebracht, anscheinend als Antwort auf die seit Jahren ständig zunehmende Migranten-feindliche Hysterie, die einen Nährboden für die aufsteigende extreme Rechte bereitstellt. Eine ihrer Rechtfertigungen war das Gespenst vom „importierten Antisemitismus“. Dieser Ausdruck bezieht sich auf von Neuankömmlingen, vor allem aus dem Nahen Osten, geäußertes antiisraelisches Gedankengut.

Diese Politik der Unterstützung Israels, die Migranten als Quelle von Antisemitismus in Deutschland dämonisiert, vereint die extreme Rechte mit der Rechten, der Mitte und signifikanten Teilen der Linken. Damit wird der so wichtige Kampf gegen Bigotterie in eine legitimierte Ideologie der Fremdenfeindlichkeit verwandelt. Und wenn das dann darin mündet, dass jüdische Menschen direkt zu Schaden kommen, ist die Absurdität des Ganzen nicht mehr zu übersehen.

Als der auf die Berlinale folgende wütende Protest dazu führte, dass Israelis aus dem extrem rechten Lager das Haus von Yuval Abrahams Familie in Israel angriffen, schrieb Abraham in einem von Millionen gelesenen Tweet, wie schändlich es ist, dass deutsche Politiker Hass gegen jüdische Kritiker Israels schüren, einschließlich gegen Nachkommen von Holocaust-Überlebenden wie ihn selbst. Aber da Deutschland seinen „Kampf gegen Antisemitismus“ im Verlauf des letzten Jahrzehnts verschärft hat, ist es inzwischen schon fast zu einer alarmierenden Normalität geworden, dass eingeladene ausländische Gäste, sogar jüdische Gäste, von Deutschen im Namen dieses „Kampfes“ Opfer einer vernichtenden Kritik werden.

Deutsche Behörden haben diese Agenda immer mehr institutionalisiert und auf allen Regierungsebenen „Antisemitismus-Beauftragte“ ernannt. Doch wie die gefeierte jüdische-russisch-amerikanische Schriftstellerin Masha Gessen Anfang November in einem Essay im auflagenstarken *The New Yorker* schrieb, sind die meisten dieser Beauftragten keine Juden – aber viele ihrer Angriffsziele sind Juden. Tatsächlich hatte, wie von der Diaspora Alliance dokumentiert, fast ein Viertel aller Fälle von Zensur und Absage im Jahr 2023 Juden zum Ziel.

Gerade mal einen Monat nach ihrem Essay im *New Yorker* wurde Gessen Teil genau dieser Statistik. Eine

große pro-israelische Gruppe, die zum Teil vom deutschen Außenministerium finanziert wird, stieß sich an einem Vergleich, den Gessens Essay zwischen Gaza und von Nazis eingerichteten Ghettos zog. Die Gruppe drang erfolgreich auf die Absage einer Zeremonie, in der Gessen mit dem Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken ausgezeichnet werden sollte.

### „Strike Germany“

Obwohl es viele Deutsche vorziehen mögen, von sich selbst als „weniger antisemitisch als die anderen“ zu denken, dringt die internationale Kritik manchmal dennoch durch. Wenn eine Person, die wie oben beschrieben attackiert wird, über genügend Berühmtheit verfügt, so wie es bei Gessen und Abraham der Fall war, können die harschen, von außen kommenden Reaktionen innerhalb der deutschen Blase nicht mehr ignoriert werden – vor allem nicht von Kultureinrichtungen, die stolz auf ihr internationales Ansehen und Prestige sind.

In Gessens Fall brachten diese Reaktionen die Heinrich-Böll-Stiftung dazu, nach der abgesagten Zeremonie ein öffentliches Gespräch mit der Schriftstellerin anzubereitern. Der Versuch, ihr mit der Absage eine Plattform zu entziehen, war gescheitert. Im Gegenteil, dadurch wurde Gessens Kritik eine noch größere Sichtbarkeit zuteil.

Dieses Ergebnis war jedoch von der Plattform abhängig, die sie bereits hatte. In den allermeisten Fällen hören nur wenige Menschen von dieser Art der Zensur und noch weniger erfahren davon außerhalb der deutschen Grenze. Aktivisten haben versucht, die Aufmerksamkeit auf diese Flut von Fällen zu lenken, was unter anderem zu einem „Archive of Silence“ (Archiv des Schweigens) führte, dem Tausende auf Instagram folgen.

In der Zwischenzeit haben seit Oktober Kulturschaffende und Akademiker weltweit damit begonnen, aus Protest gegen die Zensurmaßnahmen und die antipalästinensische Außenpolitik Deutschlands öffentlich Einladungen in dieses Land zurückzugeben und abzulehnen. Im Januar wurde eine kollektive Aktion unter dem Titel „Strike Germany“ gestartet, die von solch prominenten Persönlichkeiten wie z. B. der Schriftstellerin und Nobelpreisträgerin Annie Ernaux Unterstützung erhielt.

Als Antwort darauf unterstellte der deutsche Journalist Sebastian Engelbrecht in einer Sendung des Deutschlandfunks, dass Deutschland aufgrund seiner Unterstützung von Israel jetzt selbst zur Zielscheibe von Antisemitismus geworden sei. Strike Germany, so seine Argumentation, versuche, „Deutschland aus dem Bewusstsein zu tilgen“,

und zwar in einer Art, die dem historischen Versuch gleiche, jüdisches Leben physisch auszulöschen.

Je größer diese Absurdität wird, desto schwieriger wird es für internationale Beobachter zu ignorieren, wie Deutschlands obsessiver Pro-Israelismus in ein Werkzeug des Autoritarismus und der Fremdenfeindlichkeit verzerrt wurde. Als Ergebnis wird das Selbstbild des Landes – zivilisiert, kosmopolitisch und offen – immer schneller zu einer Geschichte, die Deutsche nur sich selbst erzählen können. Und da auch in vielen anderen Ländern der Versuch gemacht wird, Kritik an Israel zu unterbinden unter dem Vorwand, Juden zu beschützen, muss diese deutsche Travestie eine Warnung sein, die weit über die deutschen Grenzen hinaus hallt und gehört werden muss.

21. März 2024

Michael Sappir ist ein in Deutschland lebender linker Schriftsteller und Organisator aus Israel.

Quelle: <https://www.972mag.com/germany-israel-palestine-solidarity-repression/>

übersetzt von Antje H.

<sup>1</sup> Zu den Hintergründen siehe [https://en.wikipedia.org/wiki/Ghassan\\_Hage#Controversies](https://en.wikipedia.org/wiki/Ghassan_Hage#Controversies) [Anm. d. Red.]

# ANATOMIE EINES GENOZIDS

Im Folgenden veröffentlichen wir eine Zusammenfassung des Berichts der UN-Sonderberichterstatterin zur Lage der Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten **Francesca Albanese** vom 25. März 2024.

Der Bericht stellt fest, dass der Vorwurf des Völkermord im Kontext mit dem Siedlerkolonialismus steht: „Der Kontext, die Fakten und die Analyse, die in diesem Bericht präsentiert werden, führen zur Schlussfolgerung, dass es plausible Gründe für die Annahme gibt, dass die Schwelle zum Völkermord überschritten ist. Außerdem belegen

sie, dass Israels Handlungen von einer völkermörderischen Logik angetrieben wurden, die integraler Bestandteil seines siedler-kolonialen Projekts in Palästina ist, was auf eine vorhersehbare Tragödie hindeutet. [...] Siedler-Kolonialismus ist ein dynamischer, struktureller Prozess und eine Kombination von Handlungen, die auf die Vertreibung und Eliminierung indigener Gruppen abzielen, wobei die völkermörderische Ausrottung/Annihilation den Höhepunkt darstellt. [...] Die in den folgenden Abschnitten vorgelegten Beweise legen nahe, dass Israel mindestens drei der in der Konvention verbotenen Handlungen begangen hat.“

Dabei handelt es sich um:

(1) Tötung von Mitgliedern der Gruppe: „Seit dem 7. Oktober hat Israel mehr als 30 000 Palästinenser im Gazastreifen getötet, was etwa 1,4 Prozent der Bevölkerung entspricht, und zwar durch tödliche Waffen und die absichtliche Auferlegung lebensbedrohlicher Lebensbedingungen. Bis Ende Februar wurden weitere 12 000 Palästinenser als vermisst gemeldet, die vermutlich tot unter den Trümmern liegen. In den ersten Monaten der Kampagne setzte die israelische Armee über 25 000 Tonnen Sprengstoff (das entspricht zwei Atombomben) auf unzählige Gebäude ein, von denen viele durch künstliche Intelligenz als Ziele identifiziert worden waren. [...] Siebzig Prozent der registrierten Todesopfer waren Frauen und Kinder.“

(2) Verursachung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden bei palästinensischen Zivilpersonen: „Die Überlebenden werden ein unauslöschliches Trauma davontragen, da sie so viel Tod, Zerstörung, Obdachlosigkeit, emotionale und materielle Verluste, endlose Demütigungen und Angst erlebt haben. Zu diesen Erfahrungen gehören die Flucht inmitten des Kriegschaos ohne Telekommunikation und Elektrizität; das Miterleben der systematischen Zerstörung ganzer Stadtteile, Häuser, Universitäten, religiöser und kultureller Sehenswürdigkeiten; das Durchwühlen der Trümmer, oft mit bloßen Händen, auf der Suche nach geliebten Menschen; das Miterleben der Schändung von Leichen; das Zusammengetriebenwerden, das Ausziehen, das Verbinden der Augen, die Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung; und schließlich das Aushungern von Erwachsenen und Kindern. [...] Die Grausamkeit von Israels jüngstem Angriff wird am besten durch die Qualen veranschaulicht, die den Kindern aller Altersgruppen zugefügt wurden, die getötet oder aus den Trümmern gerettet wurden, verstümmelt, verwaist, viele ohne überlebende Familie. In Anbetracht der Bedeutung von Kindern für die künftige Entwicklung

einer Gesellschaft kann die Zufügung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden an ihnen zweifellos als Mittel zur vollständigen oder teilweisen Zerstörung der Gruppe interpretiert werden“

(3) Die vorsätzliche Schaffung von Lebensbedingungen, die darauf abzielen, die physische Zerstörung der Palästinenser ganz oder teilweise herbeizuführen: „Sechzehn Jahre Blockade hatten den Gazastreifen bereits in eine isolierte, dicht besiedelte, ausgelaugte und fast ‚unbewohnbare‘ Enklave verwandelt, als der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant am 9. Oktober 2023 eine „vollständige Belagerung (...) ohne Strom, ohne Lebensmittel, ohne Wasser, ohne Treibstoff“ ankündigte. [...] Die vorsätzliche Verweigerung lebenswichtiger Güter für eine bereits belagerte Bevölkerung werde zu Todesfällen führen, „die lautloser sind als die durch Bomben verursachten“. Die totale Belagerung und die nahezu ständigen Bombenteppiche haben zusammen mit den drakonischen Evakuierungsanordnungen und den ständig wechselnden „sicheren Zonen“ eine beispiellose humanitäre Katastrophe ausgelöst. Mehr als 1,7 Millionen Palästinenser wurden vertrieben und in überfüllte UNRWA-Unterkünfte und beengte Quartiere im südlichen Gazastreifen gezwungen, die systematisch von der israelischen Armee beschossen wurden, und später in Behelfsunterkünften. [...] Gaza wurde vollständig geplündert. Israels schonungslose Angriffe auf alle grundlegenden lebensnotwendigen Einrichtungen haben die Fähigkeit der Palästinenser in Gaza beeinträchtigt, auf diesem Land zu leben. Dieser künstlich herbeigeführte Zusammenbruch der lebenserhaltenden Infrastruktur entspricht der erklärten Absicht, den Gazastreifen auf Dauer unbewohnbar zu machen, in dem kein Mensch existieren kann.“

Der Bericht enthält einen Abschnitt über den Vorsatz zum Völkermord: „Die Art und das Ausmaß der Gräueltaten, wenn sie nachweislich zum Völkermord führen, sind ein starkes Indiz für den Vorsatz. Die Äußerungen staatlicher Stellen, einschließlich entmenslichender Sprache, in Verbindung mit den Taten gelten als Indizien, aus denen auf den Vorsatz geschlossen werden kann. Die Entmenslichung kann als grundlegend für den Prozess des Völkermordes verstanden werden. [...] Hasserfüllte völkermörderische Rhetorik hat die gesamte Bevölkerung als Feind dargestellt, den es zu eliminieren und gewaltsam zu vertreiben gilt. [...] Solche Aufrufe zu tödlicher Gewalt, die sich an die diensthabenden Truppen richten, sind ein starker Beweis für eine direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord. Jahrzehntelange Diskurse zur

Entmenslichung der Palästinenser haben den Boden für solche Aufforderungen bereitet. [...] Es gibt stichhaltige Beweise dafür, dass diese Äußerungen von den Truppen vor Ort verinnerlicht und umgesetzt wurden. [...] Diese rassistische Rhetorik erinnert an die anderer Kolonialmächte und versucht, Israels völkermörderische Gewalt angesichts des angeblich ‚barbarischen‘ und ‚vormodernen‘ Charakters der Palästinenser als legitim zu bezeichnen.“

Der Bericht beschreibt auch die Art und Weise, wie Israel das Kriegsrecht missachtet, um seine völkermörderischen Absichten zu verschleiern: „Israel hat Konzepte des humanitären Völkerrechts (HVR) wie menschliche Schutzschilder, Kollateralschäden, Schutzzonen, Evakuierungen und medizinischen Schutz derart willkürlich (eingesetzt), dass diese Konzepte ihres normativen Inhalts beraubt wurden, wodurch ihr Schutzzweck untergraben und letztlich die Unterscheidung zwischen Zivilisten und Kombattanten bei israelischen Aktionen in Gaza ausgehöhlt wurde. [...] Dies macht ein klares Verhaltensmuster deutlich, aus dem die erforderliche völkermörderische Absicht der einzige vernünftige Schluss ist, der gezogen werden kann.“

Der Bericht erklärt, wie Israel die Strategie der menschlichen Schutzschilder zur Rechtfertigung von Völkermord einsetzt: „Nach dem 7. Oktober hat diese Makro-Charakterisierung der Zivilbevölkerung des Gazastreifens als eine Bevölkerung von menschlichen Schutzschildern ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht. [...] Zwei rhetorische Elemente dieses zentralen rechtspolitischen Dokuments deuten auf die Absicht hin, die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens und ihre Lebensinfrastrukturen in einen ‚legitimen‘, angreifbaren Schutzschild zu verwandeln: Der allumfassende Gebrauch des grammatikalisch bestimmten Artikels für die gesamte Bevölkerung von Gaza macht Zivilisten und zivile Objekte zu militärischen Zielen. Israel hat also versucht, seine völkermörderischen Absichten mit einem Jargon des humanitären Rechts zu tarnen. [...] Israel hat den Gazastreifen in eine ‚Welt ohne Zivilisten‘ verwandelt, in der alles, von der Zuflucht in Krankenhäusern bis zur Flucht in Sicherheit, zu einer Form des menschlichen Schutzschildes erklärt wird.“ [...]

Der Gazastreifen als Ganzes wurde von Israel als militärisches Ziel definiert: „Die Konzentration von Angriffsmustern auf zivile Objekte und die wissentliche Tötung von Zivilisten in großer Zahl ist zu einer militärischen Strategie geworden, die auf wahrscheinlichen Kriegsverbrechen beruht, die jedoch als Einhaltung des humanitären Völkerrechts dargestellt werden. Diese Strategie lässt einzig

und allein auf eine völkermörderische Politik schließen, und wahlloses Töten wird als Kollateralschaden gerechtfertigt. [...] Die Darstellung wahlloser tödlicher Gewalt gegen die geschützte Gruppe als ‚verhältnismäßiges Mittel‘ zur Verfolgung der Kriegsziele deutet auf die Absicht hin, die palästinensische Bevölkerung als Ganzes ins Visier zu nehmen, was mit den völkermörderischen Erklärungen, die die Kampagne ankündigten, übereinstimmt.“

Die vorsätzliche Tötung von Zivilisten wird durch Israels Praxis deutlich, sichere Zonen in Tötungszonen zu verwandeln: „Bis zum 28. Oktober, zwei Wochen nach Israels Massenevakuierungsbefehl, ereigneten sich etwa 38 Prozent der Tötungen in Gaza in den als sicher erklärten Gebieten südlich des Wadi Gaza. Am 20. November wurden 34 Prozent aller in Gaza getöteten Palästinenser in diesem Gebiet getötet, und am 22. Januar waren es 42 Prozent, die sich in diesem Gebiet befanden, in dem zu diesem Zeitpunkt die Mehrheit der Bevölkerung von Gaza lebte. Einfach ausgedrückt, wurden ‚sichere Gebiete‘ absichtlich in Gebiete des Massenmordes umgewandelt. Ähnliche Muster ergeben sich aus Israels Militarisierung der ‚humanitären Korridore‘, die die Bevölkerung zu nutzen hatte, um die sicheren Gebiete zu erreichen und zu evakuieren. Im Gegensatz zu der humanitären Rhetorik, mit der diese ‚sicheren Routen‘ angekündigt wurden, wurden diese Korridore systematisch und auf perfide Weise durch Bombardierung, Granatenbeschuss und Scharfschützenfeuer zu ‚Todeskorridoren‘.“ [...]

Israel hat das palästinensische Gesundheitssystem im Gaza-Streifen vorsätzlich angegriffen: „Dass die Absicht hinter Israels ‚humanitärer Tarnung‘ in diesem Fall nur als völkermörderisch bezeichnet werden kann, ist aus zwei Gründen eindeutig. Erstens wusste Israel von der großflächigen Zerstörung des Gesundheitssystems, da die Weltgesundheitsorganisation Mitte November berichtet hatte, dass sich im Gazastreifen eine ‚Katastrophe der öffentlichen Gesundheit‘ abzeichnete, da 26 von 35 Krankenhäusern aufgrund der israelischen Bombardierung und Belagerung nicht mehr funktionstüchtig waren. Zweitens wusste Israel, dass seine Militäroperation eine große Zahl von Verwundeten zur Folge hatte. Physische Traumata sind die Hauptursache für die hohe Sterblichkeit in Gaza. Es war vorhersehbar, dass die gewaltsame Verhinderung der Behandlungen im größten Krankenhaus des Gazastreifens die Überlebenschancen der Verletzten, der chronisch Kranken und der Neugeborenen in den Brutkästen ernsthaft beeinträchtigen würde. Indem Israel das Al Shifa-Krankenhaus angriff, verurteilte es wissentlich Tausende von Kranken

und Vertriebenen zu vermeidbarem Leid und Tod. [...] Das Beharren auf der Strategie, Krankenhäuser als medizinische Schutzschilde zu behandeln und ihre Funktion als unverzichtbare Zentren des gesellschaftlichen Überlebens für Tausende von Verletzten und viele weitere Schutzsuchende zu missachten, enthüllt einen weiteren Aspekt der völkermörderischen Logik, die Israels Militärstrategie zugrunde liegt.“

Der Bericht kommt zu den folgenden Schlussfolgerungen: „Die überwältigende Art und das Ausmaß des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen und die Zerstörung der Lebensgrundlagen, die er verursacht hat, offenbaren die Absicht, die Palästinenser als Gruppe physisch zu vernichten. [...] Völkermörderische Handlungen wurden gebilligt und in die Tat umgesetzt, nachdem hochrangige Militär- und Regierungsbeamte ihre völkermörderische Absicht erklärt hatten. [...] Unter Missachtung der Gewohnheitsrechtsregeln des humanitären Völkerrechts, einschließlich der Unterscheidung zwischen Kämpfern und Zivilisten, der Verhältnismäßigkeit und der Vorsichtsmaßnahmen, hat Israel de facto eine ganze geschützte Gruppe und ihre lebenserhaltende Infrastruktur als ‚terroristisch‘ oder ‚terroristenunterstützend‘ behandelt und damit alles und jeden entweder in ein Ziel, das getötet oder zerstört werden kann, oder in einen Kollateralschaden verwandelt. [...] Israels Völkermord an den Palästinensern in Gaza ist eine Eskalationsstufe eines langjährigen kolonialen Auslöschungsprozesses der Siedler. Seit über sieben Jahrzehnten richtet dieser Prozess das palästinensische Volk als Gruppe zugrunde – demografisch, kulturell, wirtschaftlich und politisch – mit dem Ziel, es zu vertreiben und sein Land und seine Ressourcen zu enteignen und zu kontrollieren. Die andauernde Nakba muss ein für alle Mal gestoppt und wiedergutmacht werden. Dies ist ein Gebot, das den Opfern dieser unbedingt vermeidbaren Tragödie und den künftigen Generationen in diesem Land geschuldet ist.“

Die Auszüge entstammen dem Rundbrief Nr. 298 des Bündnisses für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e.V. (BIP)

██████████

# KEIN ENDE DES KRIEGES IN SICHT

---

Nach fast zwei Jahren Krieg hat die russische Invasion in die Ukraine der dortigen Bevölkerung und Wirtschaft enorme Verluste zugefügt.

■ **Michael Roberts**

---

Das ukrainische BIP ist 2022 um 40 % gesunken. Im Jahr 2023 kam es zwar zu einer leichten Erholung, doch leben nun zusätzlich 7,1 Millionen Ukrainer\*innen in Armut. Die Zahlen der nach zwei Jahren Krieg getöteten ukrainischen Zivilist\*innen und Militärs gehen auseinander. Die UNO geht von etwa 10 400 toten Zivilist\*innen und weiteren 19 000 Verwundeten aus. Die Zahl der militärischen Opfer ist noch schwieriger abzuschätzen – sie liegt wahrscheinlich bei 70 000 getöteten und 100 000 verwundeten Soldaten. Unter den russischen Militärs sind die Zahlen etwa gleich hoch. Millionen von Ukrainer\*innen sind ins Ausland geflohen und etliche weitere Millionen wurden aus ihren Häusern in der Ukraine vertrieben.

In meiner Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Ukraine und Russlands ein Jahr nach Beginn des Krieges kam ich zu dem Schluss, dass beide Seiten in der Lage sein würden, diesen Krieg notfalls jahrelang weiterzuführen.<sup>1</sup> Für die Ukraine galt dies allerdings unter der Voraussetzung, dass sie (zivile und militärische) Hilfe aus dem Westen erhält, für Russland hingegen, dass es weiterhin ausreichende Exporteinnahmen aus seinen Energie- und Rohstoffvorkommen erzielen kann.

Russland kann sich zwar bei der Finanzierung des Krieges nicht auf ausländische Gelder verlassen, aber ich rechnete damit, dass es trotz der Wirtschaftssanktionen des Westens durchhalten werde, solange seine Einnahmen aus Öl- und Gasexporten und seine Devisenreserven nicht

allzu sehr zurückgehen oder seine Binnenwirtschaft nicht so stark schrumpfen würde, dass es zu sozialen Unruhen in Russland käme. Und das hat sich bewahrheitet. Die russische Wirtschaft ist stabil, der Krieg wird weitergeführt und Putin wird die Präsidentschaftswahlen im März gewinnen (und hätte dies wahrscheinlich auch ohne die Ermordung aller potenziellen Gegner geschafft).

Die Ukraine ist nach wie vor komplett abhängig von der Unterstützung aus dem Westen. In diesem Jahr benötigt sie mindestens 40 Mrd. Dollar, um die Staatsgeschäfte fortzuführen, die Bevölkerung zu versorgen und die Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Für die Finanzierung dieser zivilen Belange ist sie auf die EU angewiesen, während sie für sämtliche militärischen Ausgaben von den USA abhängt – eine offenkundige „Arbeitsteilung“.

Darüber hinaus haben IWF und Weltbank finanzielle Unterstützung angeboten, aber dafür muss die Ukraine ihre „Nachhaltigkeit“ unter Beweis stellen, d. h. dass sie irgendwann in der Lage ist, alle Kredite zurückzuzahlen. Wenn also die bilateralen Darlehen der USA und der EU-Länder (und es handelt sich hauptsächlich um Darlehen, nicht um direkte Hilfe) nicht zustande kommen, kann der IWF sein Kreditprogramm nicht ausdehnen.

Darüber hinaus muss die Ukraine in diesem Jahr einen Weg finden, ihre internationalen Schulden in Höhe von rund 20 Mrd. Dollar bei den Inhabern der Staatsanleihen umzuschulden, weil der vereinbarte zweijährige Zahlungsstopp im August 2022 ausläuft.

**GRAFIK 1: ENTWICKLUNG DES HANDELSBILANZ DER UKRAINE**



Das allein wird ein Problem werden, denn trotz eines leichten Aufschwungs der Exporte nimmt das Handelsbilanzdefizit der Ukraine weiter zu. (Grafik 1)

Das bedeutet, dass die Devisen für die Bezahlung der Importe fast so schnell verbraucht werden, wie sie durch westliche Hilfe aufgestockt werden. (Grafik 2)

Der ukrainische Finanzminister Serhij Martschenko sagte, die Regierung hoffe, die Finanzhilfen aus dem [westlichen] Ausland bis 2024 vollumfänglich aufrechtzuerhalten, wenn aber der Krieg länger dauere, „wird das Szenario auch beinhalten, sich an neue Bedingungen anpassen zu müssen“, wie er orakelhaft hinzufügte.

Vermutlich würde das entweder Kürzungen bei den Sozialleistungen bedeuten oder die ukrainische Zentralbank dazu veranlassen, einfach Geld zu „drucken“. Ersteres würde mehr Armut und ein weiteres Schrumpfen des Lebensstandards, Letzteres eine erneute Inflationsspirale im zweistelligen Bereich bedeuten (die Inflation war 2023

zurückgegangen). Die ukrainische Regierung geht offensichtlich davon aus, dass entweder die Kredite bewilligt werden oder der Krieg im Jahr 2024 endet. Ersteres könnte der Fall sein, Letzteres ist unwahrscheinlich.

Aber wird die Hilfe, die die ukrainische Wirtschaft bis 2024 am Leben erhalten soll, überhaupt ankommen? Europa stellt Mittel für zivile Zwecke zur Verfügung, aber es liegt bei den USA, Gelder für militärische Zwecke zu gewähren. Die zuletzt noch vorhandenen Mittel für die US-Militärhilfe waren Ende 2023 ausgeschöpft. Insgesamt haben die USA seit Februar 2022 rund 43 Milliarden Euro an Militärhilfe bereitgestellt, das sind etwa 2 Milliarden Euro pro Monat. (Grafik 3)

Die Finanzierung der Militärhilfen durch die USA ist nach wie vor offen, da der US-Kongress über die Bereitstellung weiterer Hilfszahlungen uneins ist. Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen mit einem möglichen Wahlsieg von Trump im Jahr 2025 vergrößern diese Ungewissheit immens.

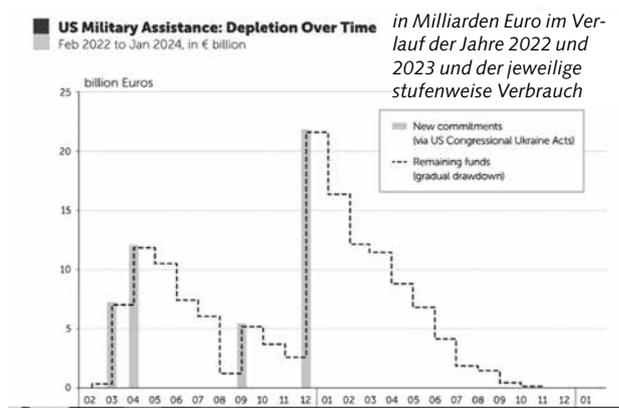
Das bringt uns zu der Frage, was mit der ukrainischen Wirtschaft geschehen wird, wenn der Krieg mit Russland zu Ende ist. Nach der jüngsten Schätzung der Weltbank wird die Ukraine in den nächsten zehn Jahren 486 Mrd. US-Dollar für den Wiederaufschwung der Wirtschaft und den Wiederaufbau benötigen – vorausgesetzt, der Krieg endet dieses Jahr. Das ist fast das Dreifache des derzeitigen BIP.

Die direkten Kriegsschäden belaufen sich inzwischen auf fast 152 Mrd. Dollar, wobei etwa 2 Mio. Wohnungen – etwa 10 % des gesamten Wohnungsbestands der Ukraine – beschädigt oder zerstört wurden, ebenso wie 8400 km Autobahnen, Schnellstraßen und andere Nationalstraßen

**GRAFIK 2: VERFALL DER WÄHRUNGSRESERVEN (TROTZ DER AUSLÄNDISCHEN HILFE)**



**GRAFIK 3: 4 MILITÄRISCHE UNTERSTÜTZUNGSPROGRAMME DER UKRAINE DURCH DIE USA**



sowie fast 300 Brücken. Im Dezember 2023 waren etwa 5,9 Millionen Ukrainer\*innen emigriert und die Zahl der Binnenflüchtlinge betrug etwa 3,7 Millionen.

Wie ich bereits Mitte 2022 in einem früheren Beitrag<sup>2</sup> geschrieben habe, wird das, was von den Ressourcen der Ukraine übrig ist und nicht von Russland annektiert wurde, bereits an westliche Unternehmen verkauft. So wurde beispielsweise 2021 auf Druck des IWF der Verkauf von Land an Ausländer genehmigt, und jetzt besitzen die [u. a. in der Landwirtschaft und Saatgutindustrie tätigen] Großkonzerne Cargill, Monsanto und Dupont 40 % des ukrainischen Ackerlandes. Die GMA-Monsanto Corporation besitzt 78 % des Bodenfonds der Region Sumy, 56 % der Region Tschernihiw, 59 % der Region Cherson und 47 % der Region Mykolajiw.

Insgesamt befinden sich 28 % des ukrainischen Staatsgebiets im Besitz von ukrainischen Oligarchen, europäischen und US-amerikanischen Konzernen oder dem Staatsfonds von Saudi-Arabien. Nestle hat 46 Millionen Dollar in eine neue Anlage in der westukrainischen Region Volyn investiert, während der deutsche Pharma- und Agrarmulti Bayer plant, 60 Millionen Euro in die Produktion von Maissaatgut in der zentralen Region Schytomyr zu investieren.

Die Agrarholding MHP, der größte Geflügelproduzent der Ukraine, ist im Besitz eines ehemaligen Beraters des ukrainischen Präsidenten Poroschenko. MHP hat in den vergangenen zwei Jahren mehr als ein Fünftel aller Kredite der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) erhalten. MHP beschäftigt 28 000 Menschen und kontrolliert rund 360 000 Hektar Land in der Ukraine – eine Fläche größer als das EU-Mitglied Luxemburg. Im Jahr 2022 erzielte das Unternehmen Umsätze in Höhe von 2,64 Mrd. Dollar.

Die ukrainische Regierung setzt sich für eine „freie Marktwirtschaft“ nach dem Krieg ein, die den Arbeitsmarkt weiter deregulieren und unter die Mindestarbeitsnormen der EU, d. h. ausbeuterische Bedingungen für Arbeitskräfte drücken soll, sowie Senkungen der Körperschafts- und Einkommenssteuer bis auf ein Minimum und die vollständige Privatisierung des verbleibenden Staatsvermögens umfassen würde. Der Druck der Kriegswirtschaft hat die Regierung jedoch gezwungen, diese Maßnahmen vorerst auf Eis zu legen, da die militärischen Erfordernisse im Vordergrund stehen.

Was ist mit Russland? Zwei Jahre nach der Invasion ist klar, dass die Sanktionen, die von den westlichen Regierungen eingeführt wurden, um Russlands Fähigkeit zu

schwächen, die Invasion aufrechtzuerhalten, gescheitert sind. Russlands Wirtschaft wächst, auch wenn dieses Wachstum hauptsächlich auf der Produktion für den militärischen Sektor beruht. Die Energiepreise und Exporteinnahmen sind nach wie vor hoch, wobei die Verkäufe an Drittländer wie China und Indien die Exportverluste nach Europa problemlos ausgleichen. Offiziellen Zahlen zufolge sind 49 Prozent der europäischen Ausfuhren nach Russland und 58 Prozent der russischen Einfuhren von Sanktionen betroffen, aber die russische Wirtschaft wuchs 2023 immer noch um 5 % und wird in diesem Jahr weiter wachsen.

Wohl hat der Westen russische Devisenreserven in Höhe von 330 Milliarden Dollar beschlagnahmt, aber Russlands Devisenreserven sind immer noch mehr als ausreichend. Die Kosten für die Fortführung des Krieges sind mit 40 % des Staatshaushalts nach wie vor enorm, aber die Finanzierung ist immer noch ausreichend, ohne dass auf Gelddrucken oder die Kürzung ziviler Dienstleistungen zurückgegriffen werden muss. (Grafik 4)

In vielen Bereichen ist Russland bei wichtigen Rohstoffen wie Öl, Erdgas und Weizen autark, was dem Land geholfen hat, die jahrelangen Sanktionen zu überstehen. Russland kann sich auch mit dem größten Teil seines militärischen Bedarfs selbst versorgen, sogar mit hochentwickelten Waffen. Es kann also diesen Krieg noch viele Jahre lang fortsetzen, auch wenn dies dem Wirtschaftspotenzial langfristig schadet.

Im Gegensatz zur Ukraine strebt das Putin-Regime eine stärker staatlich kontrollierte Wirtschaft an, in der die Großkonzerne in enger Abstimmung mit Putins Entourage funktionieren. Aber ähnlich wie in der Ukraine wird die Korruption zwischen Oligarchen und Regierung weiter bestehen. Unterdessen führt der Krieg sein mörderisches Werk fort.

aus Michael Roberts' Blog vom 22. Februar

<https://thenextrecession.wordpress.com/2024/02/22/ukraine-two-years-on-no-end-in-sight/>

Übersetzung: MiWe

<sup>1</sup> <https://thenextrecession.wordpress.com/2023/02/22/russia-ukraine-one-year-of-war-the-economics/>

<sup>2</sup> <https://thenextrecession.wordpress.com/2023/06/24/reconstructing-ukraine/>

# ESKALATION ODER VERHANDLUNGEN?

Seit Anfang 2024 schält sich zunehmend heraus, dass die Westmächte mit ihrem Kurs im Ukrainekrieg in Schwierigkeiten geraten. Das liegt in erster Linie am militärischen Patt.

■ Jakob Schäfer

■ Sicher: Putins Krieg gegen die Ukraine ist Ausdruck imperialistischer Politik, aber eben nicht nur. In der Logik von Großmachtpolitik ist er auch eine Reaktion auf die aggressive Politik des Westens (speziell der NATO und der EU): Entgegen allen Zusicherungen hatte sich die NATO nach Osteuropa ausgedehnt (2004 wurden sieben osteuropäische Staaten aufgenommen), amerikanische Militärberater halten sich spätestens seit 2015 in der Ukraine auf<sup>1</sup> und die EU setzte die Ukraine unter Druck, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Russland zu kappen (was einer der Auslöser des Maidan war).

Die Invasion vom 24. Februar 2022 und die Reaktion der Ukraine boten dem westlichen Imperialismus die Chance einer geopolitischen Schwächung Russlands und die Möglichkeit, sich nach einem gewonnenen Krieg den Zugriff auf die Rohstoffe der Ukraine zu sichern.

## Rohstoffreichtum

Die Ukraine ist eines der rohstoffreichsten Länder der Welt. Die Kohle- und Gasvorkommen sind allgemein bekannt, aber dem westlichen Kapital geht es vor allem um die kritischen Rohstoffe Lithium, Kobalt, Titan, Beryllium und eine Reihe von Seltenen Erden. Laut *Ukrainian Geological Survey* beträgt ihr Gesamtwert 6,7 Billionen Euro.

Wie aus einem Bericht der EU zu der Partnerschaft hervorgeht, zählt die Ukraine zu den zehn Ländern mit den größten gesicherten Titan-Vorkommen. Die Ukraine

ist eines der fünf Länder mit den größten Graphitvorkommen. Das Lithiumvorkommen der Ukraine wird auf etwa 500 000 Tonnen geschätzt. Es wäre damit eines der größten der Welt und macht wahrscheinlich ein Drittel aller Vorkommen in Europa aus. Lithium ist für die Herstellung von Akkus von großer Bedeutung und deswegen für eine Energiewende der EU (besonders für die E-Mobilität) höchst interessant, also nicht nur für die Herstellung von Handys und Computern.

Im Juli 2021 hatte die EU mit der Ukraine ein strategisches Abkommen zur Gewinnung und Verarbeitung von kritischen Rohstoffen geschlossen. Der besondere Vorteil der ukrainischen Lithiumvorkommen: Häufig lagert Lithium in Salzschieben. Der Abbau ist ein ökologisches Desaster mit zerstörten Landschaften, worunter vor allem in Chile und Argentinien die Menschen zu leiden haben. Man geht davon aus, dass das ukrainische Lithium größtenteils in Magmageschieben lagert. Die Gewinnung wäre dadurch bedeutend umweltfreundlicher.

## Interessen des Westens auf drei Ebenen

Für den westlichen Imperialismus stehen heute mit dem Ukrainekrieg drei zentrale Interessen auf dem Spiel: a) die ökonomischen Interessen einer Ausbeutung der Ressourcen (zu den Agrarflächen siehe den Artikel von Michael Roberts in diesem Heft), b) die geopolitischen Interessen einer Schwächung Russlands und c) das politische Inte-

resse, die hohen Ausgaben für den Ukrainekrieg auch weiterhin ausreichend rechtfertigen zu können. Aus den beiden erst genannten Gründen ist nicht zu erwarten, dass der westliche Imperialismus in nächster Zeit auf eine Beendigung des Krieges drängt. Aber seit mindestens einem halben Jahr steigt das Missverhältnis zwischen Einsatz und absehbarem Gewinn beträchtlich, sowohl ökonomisch als auch politisch.

Drei Tage nach Kriegsausbruch hatte die Ukraine Verhandlungen zugestimmt, die Russland zuvor vorgeschlagen hatte und die einen Tag später an der Grenze zu Belarus begannen. Am 29. März bei der Fortführung der Verhandlungen in Istanbul legte die ukrainische Seite einen 10-Punkte-Plan vor<sup>2</sup>. Danach würde sich die Ukraine vertraglich zur Neutralität verpflichten und auf den Beitritt zu jeglichen Militärbündnissen verzichten. Am 17. Mai 2022 brachen Russland und Ukraine die Verhandlungen über einen Waffenstillstand ab.

Möglicherweise bedauert man schon längst, die Waffenstillstandsverhandlungen vom März 2022 nicht unterstützt zu haben, denn der ukrainische 10-Punkte-Plan hätte keine Hindernisse für die Ausbeutung der ukrainischen Bodenschätze und die Privatisierung der Agrarflächen geschaffen. Es ist ziemlich sicher, dass der Westen (v. a. die USA und der damalige britische Premier Johnson) den Waffenstillstand blockierte, auch wenn das von offizieller Seite abgestritten wird.<sup>3</sup> Sowohl aus diesem Grund, vor allem aber, weil ohne die militärische und finanzielle Unterstützung durch den Westen (besonders von Seiten der NATO) die Fortführung des Kriegs schon lange nicht mehr möglich wäre, ist dieser Krieg in erster Linie ein Stellvertreterkrieg.

Der Krieg ist allerdings nicht so gelaufen, wie der Westen nach den ersten Monaten hoffte. Seit letztem Sommer ist klar, dass die Vertreibung der russischen Armee nicht so einfach klappen würde. Dennoch hat man öffentlich – sowohl in der politischen Ansprache wie auch in der Berichterstattung – weiterhin das Narrativ gepflegt, man werde die Ukraine so lange unterstützen, wie es für den Sieg erforderlich ist. Je länger dies aber nun anhält, um so mehr manövrierte sich der Westen damit in eine Sackgasse, aus der nur zwei Wege herausführen: entweder die weitere Eskalation mit ungewissem Ausgang oder aber eine Lösung durch Verhandlungen (was man ja die ganze Zeit als unmöglich erklärte, weil Putin nicht verhandeln wolle). Wie viele Ukrainer\*innen den Krieg heute noch fortzuführen wünschen, werden wir auf absehbare Zeit von unabhängiger Seite nicht erfahren.

Dafür sind die Medien hier und in der Ukraine zu sehr in die Kriegspolitik eingebunden.

### Das Dilemma des Westens

Auch wenn die NATO und die EU es unter der Decke halten wollen: Der Westen ist sich nicht einig. Soll man endlos in einen Krieg investieren, der nicht zu gewinnen ist, oder soll man den Einsatz erhöhen, indem man zum Beispiel eigene Soldaten schickt, wie dies Macron vorschlägt (und neuerdings auch einige der SPD nahestehende Historiker)? Das Dilemma ergibt sich nicht nur aus der militärischen Lage (man will schließlich eine direkte Konfrontation der NATO mit Russland vermeiden), sondern auch aus den gewaltigen finanziellen Kosten, die mit Sicherheit in absehbarer Zeit zu einem handfesten politischen Problem werden.

Lang hat man so getan, als wäre die russische Armee nicht in der Lage, das eroberte Gebiet zu halten, gerade so, als müssten nur noch mehr Waffen geliefert werden. Aber auch die russische Armee sammelt ihre Erfahrungen und hat ihre Strategie umgestellt. Nicht zuletzt: Russland hat weitgehend auf Kriegswirtschaft umgestellt. Nicht nur hat die russische Armee ein größeres Reservoir, auch ihre Waffentechnik wird mit Hochdruck modernisiert. Gleichzeitig gehen der Ukraine viele Panzer und sogar Patriot-Systeme verloren (FR v. 20.3.) Schlimmer noch: Ihr gehen die Soldaten aus. Seit November 2023 konstatierte der ukrainische Verteidigungsminister ein Patt mit Vorteilen auf der russischen Seite (da ein solches Eingeständnis politisch nicht erwünscht war, wurde er entlassen).

Die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) schreibt zu den Angriffen vom 22.3. auf die ukrainische Infrastruktur:

„Russland hat am Freitagmorgen das Energiesystem der ganzen Ukraine mit 151 Raketen, Marschflugkörpern und Drohnen bombardiert. Der staatliche Netzbetreiber Ukrenerho sprach vom grössten Angriff seit Beginn der Invasion vor zwei Jahren. Gemessen an der Zahl abgefeuerter Flugkörper waren zwei Attacken zu Jahresbeginn zwar noch umfangreicher. Aber die jüngste war seit langem die schwerwiegendste.“

Den Ukrainern gelang es zwar, die meisten Drohnen abzuschossen, aber nur knapp die Hälfte der übrigen Flugkörper. Eine so schlechte Rate hatten sie zuletzt vor eineinhalb Jahren. Die Flugkörper trafen Kraftwerke und Infrastruktur zur Verteilung des Stroms in verschiedenen Landesteilen.

Weshalb die Russen ausgerechnet jetzt die zivile Infrastruktur der Ukraine wieder angreifen, ist vorläufig unklar. Naheliegender ist, dass sie sich für die verheerenden ukraini-

schen Drohnenangriffe der vergangenen Wochen auf ihre Raffinerien rächen wollen. Für die Ukraine ist die Lage prekär: Das Land hat wegen der Blockade im amerikanischen Senat zu wenig Munition, um die Angriffe abzuwehren. [...] Pikanterweise meldete die *Financial Times* am Freitagmorgen, dass die USA die Ukraine aufgefordert hätten, ihre Attacken einzustellen, da sie inmitten des Wahlkampfs zu einer Erhöhung der Ölpreise führten.<sup>4</sup> Kommentar überflüssig!

### **Zur Eskalationsgefahr: Was steckt hinter der Taurus-Debatte?**

Kein Geringerer als der pensionierte oberste Soldat der Bundeswehr Harald Kujat (er war 2002 bis 2005 auch Vorsitzender des Militärausschusses der NATO!) erklärt seit Monaten in diversen Interviews detailliert und überzeugend, dass die Ukraine keine Chance hat, die russische Armee zu vertreiben.<sup>5</sup>

Dies wissen natürlich auch die westlichen Regierungen und überlegen, wie man darauf reagieren kann, ohne in eine direkte Konfrontation mit Russland zu geraten. Eigene Soldaten? Taurus und andere Marschflugkörper? Gleichzeitig wollen sie nicht als Verlierer oder Schwächlinge oder Verräter dastehen. Zu lange haben sie sich in einer ständigen Litanei „solidarisch mit der Ukraine erklärt.“

Kujat führt beispielsweise aus, dass die Diskussion über die Entsendung von NATO-Truppen deswegen zu erwarten war, weil die Ukraine seit Ende 2023 in einer defensiven Lage ist. Die Falschmeldungen zur Kapazität der ukrainischen Armee (und zur Schwäche der russischen Armee) sind seit Anfang November schwieriger aufrechtzuerhalten.<sup>6</sup>

Jetzt muss sogar die *FR* (20.3.), von Anfang an eine eifrige Propagandistin der Kriegspolitik, einräumen: „Verluste gegen Russland: Ukraine verliert offenbar reihenweise Leopard-2-Panzer.“ Und: „Die Invasionstruppen Wladimir Putins fügen den ukrainischen Streitkräften heftige Verluste mit einer Waffe aus Russland zu, die bislang kaum zum Einsatz kam. [...] Es handelt sich um ein Raketensystem, das der Kreml seit dem völkerrechtswidrigen Überfall auf den westlichen Nachbarn recht dosiert eingesetzt hat. Die Rede ist von Iskander-M, mit dem den Russen wohl symbolträchtige Schläge gegen die bislang unverwundbaren Patriot-Flugabwehrsysteme und HIMARS-Mehrfachraketenwerfer der Ukrainer gelungen sind. [Die *FR* zitiert sodann „Experten“ mit den Worten] »... Es gibt mehrere Detailaufnahmen von den Trümmern. Diese stehen den Experten zur Verfügung und es sprechen einige Merkmale für zwei Patriot-Werfer. Wer ganz genau hinsieht, kann also tatsächlich Patriot-Systeme erkennen.« Besagter Verlust alarmiert westliche Unter-

stützer der Ukraine nachdrücklich: Deutschland hatte zwei Patriot-Luftabwehrsysteme mit mehreren Abschussrampen geliefert, die USA stellten ein System zur Luftverteidigung zur Verfügung.“

Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand. Kommt es zu dem Einsatz von Taurus oder anderen Marschflugkörpern, wird dies nur eine weitere Eskalation von westlicher Seite aus sein, auf die die russische wiederum auf ihre Weise antworten wird. Wer dies nicht wahrhaben will, ist ein Traumtänzer. Eine fortgesetzte Eskalation ist auch unterhalb des Atomkriegs möglich, allerdings wird damit auch die Schwelle zum Atomkrieg sinken.

### **Händler des Todes: Allen voran Rheinmetall**

Das Ergebnis je Aktie von Rheinmetall (unverwässert, nach Steuern) lag 2021 bei 6,72 € und 2023 bei 12,32 € pro Aktie.<sup>7</sup> Im letzten Jahr lag der Umsatz bei 7,16 Mrd. €, dieses Jahr werden 10 Mrd. angepeilt mit einer Umsatzrendite von 14%! Ende 2023 lag der Auftragsbestand bei 38,3 Milliarden Euro, eine Steigerung um 44 Prozent. „Das erklärte Ziel der Firma in einem Wort: Mehr. Mehr Munition, mehr Panzer, mehr Treibladungen, mehr Sprengstoff, mehr von allem. Papperger [der Vorstandsvorsitzende] betont, Rheinmetall sei »sehr gut unterwegs«, in zentralen Bereichen wie der Pulvertechnologie sogar »die Nummer 1 weltweit«.“<sup>8</sup>

Dass Rheinmetall nichts anderes als ein Händler des Todes ist, zeigt sich u. a. an der Klage gegen die Bundesregierung: Bis 2014 belieferte Rheinmetall Russland mit Rüstungsgütern. Nach der Annexion der Krim stoppte die Bundesregierung alle Rüstungsexporte nach Russland. Rheinmetall kam so nicht zu dem fest eingeplanten Gewinn und verklagte die Bundesregierung. So viel zur Verteidigung der Freiheit durch die Rüstungskonzerne.

### **Kriegswirtschaft**

Tragisch ist, dass immer noch ein Teil der Linken und der sonstigen fortschrittlichen Kräfte auf Waffenlieferungen setzen. Aber auch sie stecken in einem Dilemma. Denn wie will man – angesichts des Patts – das anhaltende Sterben in der Ukraine rechtfertigen? Etwa mit einer Eskalation? Sollen ukrainische Kriegsdienstverweigerer bei uns keinen Schutz bekommen? Sollen Bundeswehrsoldaten die Verluste der ukrainischen Armee ausgleichen? Wie will man für Waffenlieferungen aktiv sein und gleichzeitig die zwangsläufig damit einhergehende Militarisierung im eigenen Land glaubwürdig und in sich konsistent bekämpfen?

„Hochrüstung macht generell die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Weil dem Wohlfahrtsstaat fehlt,

was ein Rüstungsstaat an Mehrkosten verschlingt, folgt der militärpolitischen Zeitenwende nun fast zwangsläufig auch eine sozialpolitische Zeitenwende. Zu befürchten ist daher auf längere Sicht eine fortdauernde Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit, die zuletzt Reallohnverluste hinnehmen musste und durch steigende Mieten, Energiepreisexplosion und Inflation stark belastet wurde.“<sup>9</sup> Für den offiziellen Militärhaushalt 2024 sind 51,95 Mrd. Euro vorgesehen – 1,85 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr. Hinzu kommen allerdings 19,8 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen sowie 14,5 Mrd. Euro nach NATO-Kriterien aus anderen Haushalten (etwa vier Mrd.).

In *Europäische Sicherheit & Technik*, Deutschlands führendem militär- und rüstungsnahen Magazin, werden die Konsequenzen einer haushaltsinternen Umschichtung in Richtung Militärausgaben beschrieben. Es bedürfe einer „grundlegenden gesellschaftlichen Debatte über die nationalen Prioritäten“, so der Redakteur Ole Henckel. Am Ende stehe man vor einer Wahl: „entweder die Kürzung sozialer Leistungen oder das Scheitern der Zeitenwende für die Bundeswehr.“ Weiter heißt es in dem Artikel: „30 Milliarden Euro mehr bräuchte es derzeit im Verteidigungshaushalt, damit dieser eigenständig das Zwei-Prozent-Ziel erfüllt. Der einzige Posten im Bundeshaushalt, der die Masse dieses zusätzlichen Bedarfes decken könnte, ist der des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Debatte wird sich also um die Streichung von Sozial-Ausgaben für Militär und Rüstung drehen. [...] Der entscheidende Punkt und die damit verbundene Debatte wird allerdings erreicht werden, wenn das Sondervermögen verausgabt ist und man im Bundeshaushalt Prioritäten setzen [sic!] muss. Voraussichtlich wird dieser Zeitpunkt auch mit der kommenden Bundestagswahl zusammenfallen. Rüstung oder Soziales. Dann wird sich zeigen, wie nachhaltig die viel zitierte Zeitenwende ist.“<sup>10</sup>

Die Militarisierung macht bei der Hochrüstung nicht halt. Jetzt will man einen Veteranentag einführen. Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) hatte in einem Interview der Zeitungen der Funke-Mediengruppe gesagt, die Gesellschaft müsse sich insgesamt gut auf Krisen vorbereiten – von einer Pandemie über Naturkatastrophen bis zum Krieg. „Zivilschutz ist immens wichtig, er gehört auch in die Schulen. Ziel muss sein, unsere Widerstandsfähigkeit zu stärken.“

Auch das Gesundheitswesen soll laut Gesundheitsminister Lauterbach für einen militärischen Bündnisfall vorbereitet werden, wie er der *Neuen Osnabrücker Zeitung* sagte. Notfalls müsse jeder Arzt, jede Klinik, jedes Gesundheitsamt wissen, was zu tun sei. Und auch die Wissenschaft soll sich weniger

ausschließlich auf zivile Forschung konzentrieren, wie es viele Universitäten bislang mit Zivilklauseln anstreben: Mit dem im Januar vorgestellten „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ will die dortige Regierung Zivilklauseln zukünftig verbieten. Die strikte Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung solle aufgehoben werden, um Synergien zu nutzen, forderte vergangene Woche die Expertenkommission Forschung und Innovation.

Kriegsgegnerschaft ist nur dann glaubhaft, wenn man nicht nur im Gazakrieg einen sofortigen Waffenstillstand fordert, sondern auch in der Ukraine. Die Forderung nach Abzug aller ausländischen Truppen gibt nur Sinn, wenn man als ersten Schritt dorthin einen Stopp aller Kriegshandlungen fordert. Für eine Beendigung des Sterbens in der Ukraine – von der Beendigung der wirtschaftlichen und ökologischen Zerstörungen noch ganz abgesehen – ist die Aufnahme von Verhandlungen alternativlos. Dies nicht zu fordern, sondern von den Ukrainer\*innen zu erwarten, dass sie sich weiterhin zu Kanonenfutter machen lassen, ist zynisch.

**1** Details dazu in Valerie Walter: Die NATO im Vorhof Russlands, *Hintergrund* 7/8 – 2023, S. 8 ff.

**2** <https://faridaily.substack.com/p/ukraines-10-point-plan>

**3** <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2023/03/30/hat-der-westen-einen-waffenstillstand-in-der-ukraine-blockiert-interview-mit-naftali-bennett-irrefuehrend-untertitelt/>

**4** [https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-russlands-attacke-gegen-energienetz-zeigt-luecken-in-verteidigung-ld.1823294?ga=1&kid=nl166\\_2024-3-22&mktcid=nled&mktcval=166\\_2024-03-22](https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-russlands-attacke-gegen-energienetz-zeigt-luecken-in-verteidigung-ld.1823294?ga=1&kid=nl166_2024-3-22&mktcid=nled&mktcval=166_2024-03-22)

**5** <https://www.youtube.com/watch?v=ZDOLcahuF8k> (darin auch zur Involvierung Deutschlands)

**6** Sehe auch <https://www.youtube.com/watch?v=0N40ARAb3L0>, wo Kujat die verfahrenere Situation beschreibt; Kujat widerlegt die 7 Mythen des Ukraine-Krieges in: <https://www.youtube.com/watch?v=sQXbSjH4ME>

**7** Mehr Details unter [https://www.finanzen.net/bilanz\\_guv/rheinmetall](https://www.finanzen.net/bilanz_guv/rheinmetall)

**8** <https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/deutschlands-gr%C3%B6%C3%9Fte-waffenschmiede-vom-schmuddelkind-zum-superstar-warum-sich-jetzt-alle-um-rheinmetall-rei%C3%9Fen/ar-BB1kbFDB>

**9** Butterwegge, Christoph: „Fortschrittskoalition“ ohne Fortschritt, *Rotary Magazin*, 22.12.2023.

**10** Henckel, Ole: Die neue Nationale Sicherheitsstrategie – Vorbote einer harten Debatte, *Europäische Sicherheit & Technik*, 4.7.2023. (zitiert nach: „Rüstung durch Sozialabbau. Der Haushalt 2024 ist übel – aber das richtig dicke Ende droht erst noch.“ IMI Analyse 2024/6 von Jürgen Wagner, <https://www.imi-online.de/2024/02/02/ruestung-durch-sozialabbau/>)

# FÜR EINEN SELBST- BESTIMMTEN WIEDER- AUFBAU DER UKRAINE

Nach Lugano (2022) und London (2023) findet am 11. und 12. Juni 2024 in Berlin die dritte Ukraine Recovery Conference (URC) statt.

■ **Hermann Nehls**

Offiziell handelt es sich um eine Geberkonferenz von rund 60 Regierungen, um Mittel für den Wiederaufbau der Ukraine zu mobilisieren. Die drei Wiederaufbaukonferenzen haben die Ukraine-Reformkonferenzen abgelöst, die seit 2017 jährlich stattgefunden haben. Insofern geht das Ziel über eine reine Geberkonferenz hinaus.

Auf der Webseite der Konferenz (<https://www.urb-international.com/>) werben die Organisatoren damit, dass sie „ständige internationale Unterstützung für die Erholung, den Wiederaufbau, die Reform und die Modernisierung der Ukraine“ mobilisieren will. Zur Konferenz selbst sind nach aktuellem Stand Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Organisationen nicht zugelassen. Es gibt jedoch ein umfangreiches Begleitprogramm, das von verschiedenen staatlichen und kommunalen und mit ihnen kooperierenden Stellen ausgerichtet wird.

Die Ukraine ist eines der rohstoffreichsten Länder der Welt und vom Export seiner Rohstoffe abhängig. So etwa vom Export von Erdgas, was von Russland mehrfach in „Gaskriegen“ ausgenutzt wurde. Auch die landwirtschaftliche Produktion (Weizen, Sonnenblumen, Gerste) ist weitgehend exportorientiert und wird zum Teil von Agrarkonzernen kontrolliert, denen eine große Zahl von kleinen Landwirtschaftsbetrieben und Bauern gegenübersteht. Die Ukraine verfügt mit ihren 32 Millionen Hektar fruchtbarer Schwarzerde über ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Europäischen Union.

Das Land besitzt zudem einen reichen Schatz an sogenannten kritischen Rohstoffen wie Kobalt, Titan, Beryllium, Graphit und eine Reihe von Seltenen Erden. Hinzu kommt eines der größten Lithiumvorkommen weltweit, das auf etwa 500 000 Tonnen geschätzt wird und umweltfreundlich abbaubar ist. Die Aneignung dieser Schätze ist nicht nur Hintergrund für die russische Besetzung der Ostukraine, sondern gilt auch als entscheidend für die Energiewende der EU.

Die Löhne gehören mit zu den niedrigsten in Europa, Arbeitsrecht und Kollektivverträge wurden schon vor Ausbruch des Krieges teilweise ausgehöhlt und geraten seither immer stärker unter Druck. Die Regierung hatte schon zuvor versucht, den Arbeitsmarkt zu liberalisieren und die noch aus der Sowjetzeit stammenden arbeiter\*innenfreundlicheren Gesetze abzuschaffen. Das unter Kriegsrecht stehende Land ist jetzt ein neoliberales Versuchslabor, das vor allem für europäisches Kapital als perfekter Investitionsstandort dienen soll.

Es ist nicht verwunderlich, dass einige Großkonzerne ein großes Interesse an der Ukraine haben. Die Weltbank schwärmt von der Öffnung der ukrainischen Schlüsselindustrie für kapitalistische Unternehmen. Auf der Londoner Konferenz im vorigen Jahr wurden BlackRock, eine der größten Vermögensverwaltungen weltweit, und J.P. Morgan, die größte US-Bank, damit beauftragt, sich um die Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft zu kümmern.

Die von der Bundesregierung ausgerichtete Berliner Konferenz gibt vier zu behandelnde Themenbereiche an:

- die Mobilisierung des Privatsektors für den Wiederaufbau und das Wirtschaftswachstum;
- die sozialen Beziehungen und das Humankapital der Ukraine;
- der Wiederaufbau der Gemeinden und Regionen;
- der Beitritt zur EU und die damit verbundenen Reformen.

Konkrete Projekte, die in den Blick genommen werden, sind u. a. der ukrainische Energiemarkt mit dem Aufbau einer Wasserstoffproduktion, die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft mit Hilfe ausländischen Kapitals, die Reorganisation des Gesundheitssektors, eine stärkere Rolle westlichen Kapitals im Städte- und Wohnungsbau sowie lukrative Beratungsleistungen zur Umsetzung der „nachhaltigen Strukturanpassung“. Wie ein Wiederaufbau der Ukraine im Interesse der Konzerne, des Finanzkapitals, des IWF und der EU aussehen würde, zeigt exemplarisch der „Ukraine-Plan“, der am 18. März 2024 vom Ministerkabinett der Ukraine in Abstimmung mit der EU als Dekret Nr. 244-p verabschiedet wurde. Dieses Vorhaben wird auch von der Bundesregierung unterstützt.

Eine zentrale Frage beim Wiederaufbau der Ukraine ist die Verschuldung. Die Ukraine war schon vor Kriegsbeginn im Februar 2022 stark verschuldet. 2020 hatte die ukrainische Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland mehr Zahlungsverpflichtungen, als es ihrer jährlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprach. Der Krieg hat die Auslandsverschuldung der Ukraine vervielfacht, das Land ist heute der weltweit drittgrößte Schuldner des IWF. Die zusätzlichen Kosten für den Wiederaufbau nach dem Krieg werden zurzeit auf 750 Milliarden Dollar geschätzt. Nach dem Ende des Krieges werden vom ukrainischen Staat Rückzahlungen erwartet, insbesondere von den institutionellen Finanzorganisationen (wie dem IWF), der EU und großen privaten Anleihegläubigern. Sowohl die hohe und wachsende Verschuldung der Ukraine als auch ihre Annäherung an die EU bedrohen den Lebensstandard und die sozialen Rechte der Arbeiter\*innen im privaten wie im öffentlichen Sektor. Dies verringert auch deren Möglichkeiten, beim Wiederaufbau ein gewichtiges Wort mitzureden, obwohl sie die Hauptlast des Krieges tragen. Diese Sichtweise aber spielt bisher auf der Konferenz keine Rolle.

Die Gewerkschaften in der Ukraine kämpfen an zwei Fronten: Sie kämpfen gegen die russische Aggression und gegen die neoliberale Politik der Selenskyj-Regierung, die den Auflagen der EU und des IWF Folge leistet. Diese Politik spaltet die Gesellschaft und wälzt die Last des Krieges einsei-

tig auf die arbeitende Bevölkerung ab. Dies schwächt letzten Endes auch den Widerstandswillen gegen die militärische Aggression. Klar ist, dass an einen ernsthaften Wiederaufbau des Landes erst zu denken ist, wenn die Waffen schweigen und die russischen Truppen sich zurückgezogen haben.

Nicht die Interessen der Gläubiger und Konzerne dürfen den Wiederaufbau der Ukraine bestimmen, vielmehr müssen gute Arbeits- und Lebensbedingungen für die Bevölkerung und soziale Rechte geschaffen und gestärkt werden. Nachdem der Krieg die Ukraine ausgeblutet hat, darf es nicht auch noch zum Ausverkauf ihrer Ressourcen, Mineralien und fruchtbaren Ländereien kommen.

Der ukrainische Staat muss in die Lage versetzt werden, die für Leben und Wirtschaften notwendige Infrastruktur wieder aufzubauen. Die Arbeiter\*innen und die Frauen tragen die Hauptlast des Krieges, sie müssen jetzt das Sagen haben, ihre Bedürfnisse müssen prioritär berücksichtigt werden. Die Ukraine braucht Lebens- und Wohnräume, ein Arbeitsrecht und Einkommen, die attraktiv sind für die Menschen, die dort leben wollen und darüber hinaus für die zahlreichen Flüchtlinge, die in ein lebenswertes Ursprungsland zurückkehren wollen. Der Widerstand gegen die russische Aggression wird durch höhere Einkommen für ukrainische Arbeiter\*innen und Bauern und mehr Rechte am Arbeitsplatz, auf Bildung und Gesundheit gestärkt.

Die Initiative „Solidarität mit ukrainischen Gewerkschaften“, die im Oktober 2023 eine Reise in die Ukraine organisiert hat, um Gespräche mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu führen und Kontakte zu knüpfen, schlägt vor, anlässlich der Ukraine Recovery Conference in Berlin eine eigene Veranstaltung zu organisieren, bei der die Interessen der Lohnabhängigen zu Wort kommen sollen. Zusammen mit Aktiven von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aus der Ukraine sollten als Ergebnis der Veranstaltung Anforderungen an einen Wiederaufbauprozess formuliert werden, die die Bedürfnisse der Bevölkerung und vor allem der arbeitenden Menschen berücksichtigt und sie an diesem Prozess beteiligt.

Die internationale Unterstützung für den Kampf um soziale Rechte und einen Wiederaufbau, der Teilhabe ermöglicht und sich an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung orientiert, ist unerlässlich. Die Vorhaben der Konzerne und Finanzindustrie müssen öffentlich gemacht werden und zusammen mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aus der Ukraine müssen Vorschläge für konkrete gemeinsame Projekte und Kampagnen – etwa für die Streichung illegitimer Schulden – erarbeitet werden.

# ERDOĞAN UND SEIN UNBERECHENBARES REGIME

---

Erdoğan versucht, zwischen dem westlichen Block und dem Westen (sic!) zu lavieren, um einen zweitklassigen Imperialismus aufzubauen. Angesichts der zunehmend schärferen Widersprüche zwischen den Großmächten ist das ein schwieriges Unterfangen. Das folgende Interview mit **Masis Kürkçügil** wurde von **B. A. Özden** und **U. Aydın** am 12.1.2024 geführt.

---

**Die flammenden Reden von Präsident Recep Tayyip Erdoğan, in denen er Israel verurteilt, mögen im Land selbst und vielleicht auch in einem Teil der nicht-westlichen Welt mutig daherkommen, doch die Handelsbeziehungen der Türkei mit Israel sprechen eine andere Sprache. Die bilateralen Handelsbeziehungen, die in den letzten Jahren ständig weiter ausgebaut wurden, werden auch nach der Offensive vom 7. Oktober fortgeführt. Außerdem ist bekannt, dass die ihm ergebenden Unternehmer\*innen in hohem Maße davon profitieren. Wie erklärst Du diesen Widerspruch?**

In der Vergangenheit sind die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel trotz anderslautender öffentlicher Erklärungen stabil geblieben. Die Türkei hat gegenüber Israel einen besonderen Weg verfolgt. Sie war das erste muslimische Land, das Israel bei seiner Gründung im Jahr 1948 anerkannte. Als nicht-arabisches, aber muslimisches Land und potentieller Wirtschaftspartner ist die Türkei für Israel bedeutsam. Während des Kalten Krieges waren Israel und die Türkei zwei wichtige Verbündete der USA in der Region. Ankara war bei der Verfolgung seiner Interessen in den USA wegen des Völkermords an den Armeniern

stark von Israel abhängig. Darüber hinaus leistete Israel während des Überfalls von Aserbaidschan auf Armenien 2022 wichtige militärische Unterstützung. Die arabischen Länder in der Region sind sicherlich nicht in der Lage, mit diesen beiden Staaten zu konkurrieren, was für den Iran jedoch in vielerlei Hinsicht nicht gilt.

Außerdem hatte die Türkei, bevor die Hamas-Aktion am 7. Oktober die Welt erschütterte, damit begonnen, ihre Beziehungen zu Ägypten und Israel zu normalisieren, parallel zu dem Friedensvertrag, der durch das Abraham-Abkommen zwischen Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel geschlossen wurde. Zugleich haben die Golfstaaten Syrien dazu aufgefordert, der Arabischen Liga beizutreten. Auch wenn es noch keine konkreten Pläne gibt, deutete allein die Erwähnung einer möglichen Alternative zu den chinesischen Handelsrouten auf dem letzten G20-Treffen – eine von den USA unterstützte Asien-Europa-Route, die von Indien aus über Israel führt – auf eine gewisse „Stabilisierung“ in der Region hin. Das Schicksal Palästinas hat bei diesem Kalkül offensichtlich keine Rolle gespielt und der Angriff der Hamas und die israelische Offensive in Gaza ändern wohl auch nichts an den langfristigen Zielen der beteiligten Staaten.

In den Beziehungen zwischen der Türkei und Israel gab es durchaus eine Reihe von Problemen. So auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 2009, als sich Recep Tayyip Erdoğan in einer Podiumsdiskussion nach einer Rede des israelischen Präsidenten Schimon Peres über alle diplomatischen Konventionen hinweg eine Minute Redezeit ausbedang und erklärte: „Sie wissen sehr gut, wie man Menschen tötet“. Dies brachte ihm auf der innenpolitischen Bühne den Ruf eines Mudschaheddins ein. Ein Jahr später, im Mai 2010, wurden die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, nachdem das Schiff Mavi Marmara versucht hatte, die Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen und neun Menschen infolge des Angriffs israelischer Soldaten auf das Schiff ums Leben gekommen waren.

Zwei Jahre später erholten sich die Beziehungen allmählich, als Israel sich entschuldigte und sich bereit erklärte, eine Entschädigung von 20 Millionen US-Dollar für den Vorfall auf der Mavi Marmara zu zahlen. Obwohl Erdoğan während der großen Demonstrationen nach dem Angriff auf das Schiff nicht reagiert hatte, kritisierte er 2016 diejenigen, die die Wiederaufnahme der Beziehungen in Frage stellten, mit den Worten: „Habt Ihr mich gefragt, bevor Ihr diese Hilfe dorthin geschickt habt?“ Trotz Erdoğan's scharfer Kritik während der Jerusalem-Krise 2017 und anderer angespannter Vorfälle begannen sich die Beziehungen 2022 mit dem ersten Besuch eines israelischen Präsidenten in der Türkei seit 2014 [Erdoğan zum Staatspräsidenten gewählt], Isaac Herzog, und der Ernennung von Botschaftern einige Monate später zu normalisieren. Außerdem begannen Gespräche über den Transfer von israelischen Gasvorkommen nach Europa. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Erdgasmenge aus Israel für ein solches Projekt [Gaspipeline] möglicherweise nicht ausreicht, während der Türkei mit ihrem hohen Energiebedarf daran gelegen ist, zu einem wichtigen Knotenpunkt zwischen den Förderländern und Europa zu werden.

Währenddessen hat sich der Handel zwischen der Türkei und Israel stetig weiterentwickelt. Selbst in Zeiten, in denen Erdoğan schärfste Kritik an Israel äußerte, stieg das Handelsvolumen. Als die AKP 2002 an die Macht kam, beliefen sich die Exporte der Türkei nach Israel auf 861,4 Millionen US-Dollar und die Importe aus Israel auf 544,5 Millionen US-Dollar. Im Jahr 2022 lagen die Exporte bereits bei 6,74 Mrd. Dollar, während die Importe 2,17 Mrd. erreichten. Die beiden Länder ergänzen sich im Handel, da die Türkei hauptsächlich Lebensmittel und Metallrohstoffe liefert, während sie Öl und mineralische Brennstoffe aus

Israel importiert. Ein Freihandelsabkommen zwischen den beiden Ländern ist seit 1997 in Kraft.

Nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober deutet sich ein leichter Rückgang des Handelsvolumens an. Eine Aufhebung von bestehenden Abkommen oder die Verhängung von Sanktionen stehen jedoch nicht auf der Tagesordnung. Außerdem wird die Kontrolle des internationalen Handels durch Erdoğan's Entourage nicht durch die Beziehungen zu Israel limitiert.

Erdoğan instrumentalisiert die Außenpolitik oft für innenpolitische Zwecke. So versöhnte er sich beispielsweise kürzlich mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, die er zuvor noch als Finanziers des Putschversuchs vom 15. Juli 2016 bezeichnet hatte. Nachdem er den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman nach der Ermordung des saudischen regimekritischen Journalisten Jamal Khashoggi in einem Konsulatsgebäude in der Türkei im Jahr 2018 offen als Anstifter beschuldigt hatte, umarmte er ihn später, als wäre nichts geschehen. Obwohl der Völkermord in Gaza im Vergleich zu früheren Vorfällen eine ganz neue Qualität hat, ist es unwahrscheinlich, dass Erdoğan, der in aller Welt nach Gläubigern sucht, die Beziehungen zu Israel komplett abbrechen wird.

**Auch zu Russland scheinen die Beziehungen nicht frei von Widersprüchen zu sein. Trotz der häufigen Konfrontationen zwischen der Türkei und Russland in Syrien, im Nahen Osten, im Kaukasus und im Schwarzen Meer wächst wohl die gegenseitige Abhängigkeit zwischen den beiden Ländern über die persönliche Verbundenheit zwischen Erdoğan und Putin hinaus. Während des Russland-Ukraine-Kriegs lieferte die Türkei zu Beginn des Konflikts Kampfdrohnen an die Ukraine, während sie sich gleichzeitig bemühte, die Sanktionen gegen Russland zu umgehen. Parallel zu den Gesprächen mit Russland über den Bau eines neuen Atomreaktors in der Türkei erwägt das Land, zur Drehscheibe russischer Energieausfuhr zu avancieren. Was kannst du über diese Beziehung sagen?**

Die Türkei war das einzige Schlupfloch, über das Russland das nach seiner Invasion in der Ukraine verhängte Embargo durchbrechen konnte. Tatsächlich war die Türkei neben China das wichtigste Land, das die gegen Russland verhängten Sanktionen umging. Die Beziehung zwischen Erdoğan und Putin, den Erdoğan im Zuge der üblichen Personalisierung seiner Außenpolitik als „Freund“

bezeichnet, verläuft ziemlich zickzackförmig. Nach dem Abschuss eines russischen Bombers an der syrischen Grenze im November 2015 erreichten die Beziehungen einen kritischen Punkt. Erdoğan schickte ein Entschuldigungsschreiben an Russland und beschuldigte die Putschisten, das Flugzeug abgeschossen zu haben.

Als dieser Anfang der 2000er Jahren begonnene Annäherungsprozess plötzlich mit dieser Krise konfrontiert wurde, war eigentlich zu erwarten, dass Ankara sich stärker an den Westen annähern würde. Doch mit dem umstrittenen Kauf von russischen S-400-Luftabwehrsystemen trotz der wachsenden Spannungen mit der NATO haben sich die Beziehungen mit Russland weiter verbessert. Selbst die Lieferung der Kampfdrohnen an die Ukraine hat diese Beziehungen nicht getrübt.

Die Lieferung des Luftabwehrsystems S-400 hatte zur Folge, dass die Türkei aus dem Produktionsprozess der F-35-Flugzeuge, an dem sie beteiligt war, ausgeschlossen wurde und die Flugzeuge nicht einmal geliefert wurden, obwohl sie mit 1,5 Milliarden US-Dollar bezahlt worden waren. Dadurch war auch die Versorgung mit Ersatzteilen für die F-16-Flugzeuge unterbrochen. Die – übrigens ungenutzten – Abwehrraketen waren ein Zugeständnis an Russland. Selbst der gemeinsam mit Aserbaidschan geführte Krieg gegen Armenien, bei dem die Stationierung russischer Streitkräfte in Karabach im Kaukasus einfach ignoriert wurde, beeinträchtigte die Beziehungen nicht. Indem die Türkei den Zugang von ukrainischem Weizen zum Weltmarkt erleichtert, verfolgt sie die Interessen beider Seiten, da sie zugleich zur Aufhebung des russischen Embargos beiträgt.

Die Auslieferung von Ukrainern, die von Russland als Kriegsverbrecher betrachtet wurden, durch die Türkei sorgte zwar für Unbehagen, wurde letztlich aber als eine übliche, für innenpolitische Zwecke instrumentalisierte, vorübergehende Spannung zweier voneinander abhängiger Staatsmänner gewertet. Als die Invasion in der Ukraine begann, erlebte die Türkei übrigens einen erheblichen Zustrom von russischen Exilant\*innen. Ereignisse wie die Zustimmung der Türkei zum NATO-Beitritt Schwedens, nachdem dieser zunächst auf Eis gelegt worden war, können die Beziehungen ebenfalls nicht trüben.

Der heikelste Punkt in den Beziehungen zwischen der Türkei und Russland ist die Zukunft Syriens. Ankara versuchte, Assad mithilfe einer Söldnertruppe wie der Syrischen Nationalarmee zu stürzen, selbst nachdem die USA dieses Ziel aufgegeben hatten. Da Ankara jedoch in keiner Weise auf das Erstarken des Islamischen Staates (ISIS)

in der Region reagierte, kooperierten die USA mit den kurdischen YPG-PYD-Truppen in Syrien. Somit stand Erdoğan unvorhergesehen einer „kurdischen Formation“ gegenüber. Früher hatte Erdoğan einmal während der Verhandlungen mit der PKK in der Türkei Beziehungen zu Vertretern der PYD in Syrien aufgenommen. Im Jahr 2015 jedoch brach er diese Verhandlungen ab, erklärte die PYD zum Feind und attackierte sie. Auf der Gegenseite formierte die Obama-Regierung eine gut ausgerüstete Truppe von 50 000 Kämpfern, die hauptsächlich aus Kurden der YPG-PYD, aber teilweise auch aus Arabern bestand, für den Kampf gegen ISIS.

Die Türkei versuchte, die Kontrolle über ein 30 km breites Gebiet entlang der syrischen Grenze zu erlangen, um die Kurden zurückzudrängen, aber es gelang ihr nur, zwei Breschen in den Gebieten jenseits der Grenze zu schlagen. Da Russland den dortigen Luftraum kontrolliert, konnten diese Operationen nur mit Zustimmung Moskaus stattfinden.

Putins Absicht, die Türkei zu einem „Gas-Hub“ zu machen, ist für Erdoğan sehr wichtig. Wenn das über die Turkish Stream verschickte Gas an Drittländer weitergeleitet wird, hätte die Türkei einen erheblichen Vorteil. Andererseits hat sich Ankara vertraglich gegenüber Moskau zum Ausbau der Kernenergie verpflichtet und der erste Reaktor des Kernkraftwerks Akkuyu soll in Bälde in Betrieb genommen werden. [...]

Auch wenn das angestrebte Ziel, bis 2020 das Handelsvolumen auf 100 Milliarden US-Dollar zwischen den beiden Ländern zu erhöhen, nicht erreicht wurde, liegt es inzwischen bei über 60 Milliarden. Allerdings liegt der Schwerpunkt der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Türkei und Russland weiterhin auf dem Energiesektor. Nach dem Putschversuch von 2016 wurde Erdoğan, der im Westen nicht die erhoffte Unterstützung fand, sofort von Putin unterstützt, was für die AKP-Wähler wichtig war. Gleichzeitig öffnete Russland durch die Kontrolle des Luftraums in Nordsyrien eine Lücke, die es Erdoğan ermöglichte, grenzüberschreitende Operationen durchzuführen. Die Präsenz Russlands in Syrien wird eher akzeptiert als die Position der USA, die die syrischen Demokratischen Kräfte einschließlich der Kurden unterstützen.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Russland dienen in gewisser Weise zur Erpressung des Westens. Damit droht die Türkei, die ein „Dialogpartner“ in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit<sup>1</sup> ist, immer mal wieder gegenüber dem Westen, dass sie dort auch vollwertiges Mitglied werden könnte.

Vorerst hat mit der Besetzung der Ukraine die Abhängigkeit der Türkei von Russland zugenommen, und Erdoğan ist im Vergleich zu 2016 entspannter. Nichtsdestotrotz sind die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland oder Israel im Vergleich zu denen zum europäischen Kapital vernachlässigbar. Was die politischen Einflusszonen angeht, sind jedoch die Beziehungen zu Russland attraktiver.

**Die Spannungen zwischen der Türkei und dem Westen, insbesondere mit den USA, bestehen weiterhin. Wo liegen die Widersprüche und wie könnte sich das in nächster Zeit entwickeln?**

Für die Abhängigkeit der Türkei von der NATO, wie während des Kalten Krieges, gibt es inzwischen keine Rechtfertigung mehr. Dennoch muss das Land die Position der USA als Weltmacht berücksichtigen. Die Entstehung neuer Einflussbereiche und Handelsrouten hat das alte Abhängigkeitsverhältnis jedoch überholt. Der Konflikt zwischen den USA und China hat zu neuen Unsicherheiten geführt. Die Haltung der USA gegenüber Russland oder dem Iran entspricht nicht den Interessen der Türkei. Der Konflikt zwischen den USA und China betrifft nicht nur den Fernen, sondern auch den Nahen Osten, in dem China mittlerweile präsent ist. Im März 2023 fanden unter chinesischer Vermittlung Gespräche zwischen den beiden verfeindeten Mächten in der Region, Iran und Saudi-Arabien, statt. Die USA wären dazu außerstande gewesen, da sie im Nahen Osten geschwächt sind und nicht über eine entsprechende Militärmacht verfügen.

Zwar haben weder Europa und – natürlich – noch die USA ein Problem mit der Beschaffenheit des politischen Regimes in der Türkei, aber aufgrund der unkonventionellen Art und Weise, wie Erdoğan seine politischen Geschäfte treibt, ist er doch ein unberechenbarer Gesprächspartner für beide. Mal spricht er sich für einen EU-Beitritt aus, am nächsten Tag aber hält er ein Referendum dagegen ab. Oder es beliebt ihm, die Todesstrafe wieder einzuführen, die Arbeit der NATO zu blockieren oder mit der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit zu flirten. Allerdings hindern ihn die intensiven wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit dem Westen daran, völlig autonom zu agieren. So ist etwa von einem Austritt aus der NATO keine Rede. Wie die Dinge liegen, könnte die NATO dafür sorgen, dass die Türkei weniger Einfluss auf deren Abläufe nehmen kann, auch wenn sie sie nicht völlig ausschließen kann.

Da sich Außen- und Innenpolitik nicht voneinander trennen lassen, wird sich Erdoğan in den nächsten Jahren

den innenpolitischen, insbesondere den wirtschaftlichen und sozialen Problemen stellen müssen. Das grundlegende Merkmal des Regimes jedoch ist seine völlige Unberechenbarkeit und Erdoğan's Weigerung, sich irgendwelchen Regeln zu unterwerfen. Ob Justiz oder Außen- oder Sozialpolitik, überall herrscht eine offensichtliche Prinzipienlosigkeit. Die türkische Wirtschaft war schon sehr lange nicht mehr so weit davon entfernt, Investitionen aus dem Ausland zu akquirieren. In einem Land, in dem Erdoğan über die Zinssätze und sogar über die Inflationsrate entscheidet, oder darüber, wer ins Gefängnis kommt, investiert keiner. Dadurch wird der Handlungsspielraum des Präsidenten immer weiter eingeschränkt.

**Damit stellt sich die Frage, wo steht die Türkei im internationalen Geflecht. Für die Einen ist die erratische Außenpolitik der Türkei Ausdruck ihrer Unabhängigkeit, Andere sehen darin eine Achsenverschiebung (Abkehr von der NATO, Hinwendung zum „Eurasismus“), Einige wiederum halten dies für eine unterschwellige imperialistische Expansionspolitik. Wie siehst Du das?**

Obwohl die Türkei nicht mit Ersatzteilen für die F-16 beliefert wurde, bedeutet die Lieferung von F-35 an Griechenland und die Einrichtung von US-Stützpunkten in Grenznähe eine Einkreisung der Türkei und ihrer Ambitionen im östlichen Mittelmeerraum. Zwar hatten sich die USA auf diese Weise vor dem Krieg in der Ukraine einen Zugang zum Schwarzen Meer und damit gegen Russland verschafft, doch die Türkei war davon ausgeschlossen. Genau wie damals, als die Türkei den USA als unzuverlässiger Kantonist in Syrien galt und diese lieber auf eine Allianz mit lokalen kurdischen und arabischen Kräften setzten.

Fakt ist, dass die Türkei militärisch und wirtschaftlich das mächtigste Land in der Region darstellt. Die türkische Armee unterhält Truppen in 13 Ländern. Die imperiale Vergangenheit und imperialistische Ziele wie der Pan-turkismus haben zur Rückbesinnung auf die früheren Einflussphären geführt, nachdem der Druck der UdSSR nachgelassen hatte. Der Neo-Osmanismus kam auf als „ideologische Mischung aus Islamismus, türkischem Nationalismus und osmanischem Imperialismus“. Parallel zum Aufschwung der extremen Rechten in der Innenpolitik verstärkt sich auch in der Außenpolitik eine expansionistische Tendenz, die zur „Überlebensfrage“ stilisiert wird. Vor knapp zehn Jahren erklärte Erdoğan, dass „der Kosovo die Türkei und die Türkei der Kosovo ist“, und demonstrierte damit, wie weit der Einfluss der Türkei reichen

sollte. Heute kann selbst ein einfacher Passant auf der Straße – unter dem Einfluss einer fast vollständig vom Regime dominierten Medienhetze – behaupten, dass die Provinz Mossul im Irak in Wirklichkeit die natürliche Grenze der Türkei ist.

Nach dem Beginn des Arabischen Frühlings schwang sich Erdoğan zum Paten der Muslimbruderschaft auf und gab Mursi in Ägypten Ratschläge oder empfahl Assad, die Muslimbrüder in die Regierung einzubinden. Und als seine Empfehlungen auf taube Ohren stießen, träumte er davon, seine Truppen bis nach Damaskus zu schicken. Doch sein Plan von damals, die Türkei zu einer Regionalmacht zu machen, brach in sich zusammen und damit auch sein Traum von der Herrschaft über die Meere, vom „blauen Vaterland“. Die „kostbare Einsamkeit“ ist einer Umarmung mit denjenigen gewichen, die gestern noch als Mörder bezeichnet wurden.

Die Gelegenheit, eine subimperialistische Macht zu werden, wäre vielleicht unter anderen Umständen denkbar gewesen, ist aber schon längst verpasst worden.

Seit 2010 verfolgt die Türkei eine proaktive Politik, die unabhängig von den Bündnissen ist, denen sie angehört, und damit eine Politik, die fernab vom oder sogar feindselig gegenüber dem Westen ist. Es geht darum, zu einer Regionalmacht zu werden vom Balkan (wo eine Million Menschen Türkisch sprechen und ein Fünftel der türkischen Bevölkerung vom Balkan abstammt) bis zum Kaukasus, vom Nahen Osten bis nach Afrika. Erdoğan erklärte 2013 unverhohlen: „Wenn man zur Großmacht werden will, muss man in jedem Winkel der Welt präsent sein“. Tatsächlich hatte der damalige Ministerpräsident Süleyman Demirel, als die UdSSR zusammenbrach und damit die Grundlagen für die Abhängigkeit der Türkei von den USA wegfielen, von einer Einflussphäre schwadroniert, die von der Adria bis zur Chinesischen Mauer reicht.

Die Außenpolitik, die der ehemalige Außenminister Ahmet Davutoğlu „Null Probleme mit den Nachbarn“ genannt hatte, verkehrte sich schnell ins Gegenteil. 2013 resümierte İbrahim Kalın, einer der damaligen engsten Mitarbeiter Erdoğan's, die Außenpolitik der Türkei als „kostbare Einsamkeit“. Unter anderem setzte sich die Türkei über das internationale Seerecht hinweg und startete eine Machtdemonstration im Mittelmeer entlang der Doktrin der „Blauen Heimat“ (Mavi Vatan) als legitimer Zuständigkeitsbereich. Damit schlug sie eine zunehmend aggressive Außenpolitik ein.

Während die Beziehungen zur EU durch ausbleibende Reformen angespannt blieben, scheiterte auch der Ver-

such, sich nach Mursis Sturz in Ägypten als Sprachrohr der Muslimbruderschaft in der arabischen Welt zu präsentieren. Die Träume der Türkei und natürlich Erdoğan's, an der von Bush angedachten Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens als gleichberechtigter Partner partizipieren zu können, wurden zwar auf Eis gelegt, aber Erdoğan's Ehrgeiz, eine globale Führungsrolle zu übernehmen, ist damit nicht verschwunden.

„Die Türkei hat die Ambitionen eines Rolls Royce und die Ressourcen eines Rovers“, sagte ein US-amerikanischer Botschafter. So herrscht ein übersteigerter Glaube an die Macht und die Fähigkeiten des Regimes, zugleich aber werden die Ziele immer aus den Augen verloren. Das „Überleben“ des Vaterlandes, womit Erdoğan seine Innenpolitik zu legitimieren sucht, gilt auch als außenpolitisches Credo. Die Türkei wird als „belagertes Land“ dargestellt – ein Versuch, seine Aggressivität zu legitimieren. Erdoğan's Karten sind jedoch erheblich schlechter als noch vor zehn Jahren.

aus: *inprécor* vom Februar 2024

Übersetzung: MiWe

■ **Masis Kürkçügil** ist Historiker und einer der Mitbegründer der trotzkistischen Bewegung in der Türkei. Die mit der Vierten Internationale verbundene Strömung erhielt später den Namen *Sosyalist Demokrasi için Yenyol* (Neuer Kurs für eine sozialistische Demokratie) und ist mittlerweile Teil der Türkischen Arbeiterpartei (TIP).

1 Die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) ist eine Internationale Organisation mit Sitz in Peking. Sie wurde 2001 gegründet und ging aus den 1996 gegründeten Shanghai Five hervor. Ihr gehören derzeit die Volksrepublik China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan an. Die SOZ beschäftigt sich mit der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sowie Wirtschafts- und Handelsfragen und der Stabilität in der Region.

# INTERNATIONALE FRONT GEGEN DIE EXTREME RECHTE

---

Nach dem diesjährigen Weltsozialforum (WSF), das vom 15. bis 19. Februar in Kathmandu in Nepal stattfand, ist es an der Zeit, ein Fazit zu ziehen. Für die Region war es eine sehr erfolgreiche Veranstaltung. Aber wir müssen nach vorne schauen und in einem komplexen internationalen Kontext, der durch das Erstarren der extremen Rechten geprägt ist, konkrete Initiativen fördern.

■ **Éric Toussaint**

---

Das diesjährige Weltsozialforum (WSF) war sehr erfreulich, vor allem dank der Teilnahme sehr unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, die auch zu den am stärksten unterdrückten gehören. Ich denke dabei insbesondere an die Dalits, die Kaste der Unberührbaren, an die historisch marginalisierten, aber sehr gut organisierten indigenen Völker, an die gewerkschaftlichen Kräfte und an viele Feministinnen aus der Arbeiterschicht. Die Organisator\*innen verzeichneten 18 000 Anmeldungen aus über 90 Ländern. Sie hatten 15 000 Delegiertenkarten drucken lassen, mussten aber während des WSF kurzfristig 3000 Karten nachdrucken. An der Eröffnungsveranstaltung am Donnerstag, 15. Februar 2024, beteiligten sich zwischen 12 000 und 15 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. An den Konferenzen, den Workshops und den kulturellen Aktivitäten nahmen täglich 10 000 Menschen teil. Es war eine sehr gute Entscheidung, nach Nepal zu kommen. Das Ergebnis ist weitaus besser als beim WSF im Mai 2022 in Mexiko. Nach Angaben des Organisationskomitees haben 50 000 Personen am WSF teilgenommen. Das ist richtig, wenn man die jeweiligen Teilnehmezahlen der vier Tage zusammenzählt.

Das WSF als solches erreichte jedoch nicht mehr die gleiche Bedeutung wie in den ersten zehn Jahren seines Bestehens nach der Gründung im Jahr 2001 im brasilianischen Porto Alegre. Dieses Jahr nahmen nur sehr wenige aus Europa, Lateinamerika, Afrika oder Nordamerika teil. Kurz gesagt, es kam zu einer guten regionalen Beteiligung, aber nur zu einer geringen Präsenz aus anderen Kontinenten. Das zeigt, wie schwierig es für das WSF ist, weltweite Initiativen mit echter Wirkung zu lancieren. Die letzten großen Treffen des WSF fanden 2009 in Bélem, Brasilien, mit über 90 000 Teilnehmenden statt, gefolgt von Dakar im Jahr 2011 zur Zeit des Arabischen Frühlings und von Tunis im Jahr 2012. Die Entwicklung des WSF und der Antiglobalisierungsbewegung von den 1990er-Jahren bis 2012 habe ich in einer Reihe von Artikeln auf der Website des Komitees für die Streichung illegitimer Schulden (CADTM) beschrieben.<sup>1</sup>

## **Es fehlt eine internationale Mobilisierungsdynamik**

Das Forum von 2018 im brasilianischen Salvador de Bahia war zwar gut besucht, beschränkte sich aber im Wesentli-

chen auf die Region im Nordosten Brasiliens, mit Vertretungen aus einigen anderen Regionen des Landes. Die Präsenz aus anderen Kontinenten war leider gering. Das WSF von Mai 2022 erwies sich in Bezug auf die Mobilisierung sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene als schwerer Misserfolg. So haben wir heute eine widersprüchliche Situation: Einerseits stellt das Weltsozialforum keine echte Anziehung- und Antriebskraft dar, andererseits ist es das einzige noch existierende globale Forum. Deshalb ist es für internationale Netzwerke wie das CADTM immer noch wichtig, daran teilzunehmen.

Wäre das WSF noch so stark wie in der Zeit von 2001 bis 2003, als wir es gemeinsam aufbauten und im Februar 2003 zu großen Mobilisierungen für den Frieden und gegen den Irakkrieg aufriefen (mit über 10 Millionen Teilnehmenden), dann hätte es heute viel mehr Macht, um dem Völkermord in Palästina entgegenzutreten und breiten Widerstand gegen das in vielen Teilen der Welt zu beobachtende Erstarken der extremen Rechten zu organisieren.

Damit meine ich unter anderem Narendra Modi in Indien, der nationalistisch, islam- und muslimfeindlich sowie gewaltbereit ist; Ferdinand Marcos Junior auf den Philippinen, der nicht nur das Erbe der Familiendiktatur, sondern auch das des repressiven Rodrigo Duterte weiterführt; die reaktionäre Rückentwicklung des Regimes in Tunesien, das immer mehr der früheren Diktatur Ben Alis vor dem Arabischen Frühling gleicht; und in Europa gibt es rechtsextreme und kriegstreibende Regierungen wie die von Wladimir Putin, der den Krieg gegen die Ukraine zu verantworten hat.

Außerdem haben wir in Italien die Regierung von Giorgia Meloni, in Ungarn jene von Viktor Orban und in der Ukraine eine rechte neoliberale Regierung, die Maßnahmen zum Sozialabbau ergriffen hat und für die Nato ist. Ich denke auch an die reale Bedrohung durch Chega, eine neue rechtsextreme Partei in Portugal, die 20 Prozent der Stimmen anstrebt, nachdem sie von 1975 bis vor nur drei Jahren bei den Wahlen nicht vertreten war. Ich denke an einen möglichen Sieg von Marine Le Pen bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in Frankreich, an die Partei Vox in Spanien, an den Wahlsieg der rechtsextremen Partei in den Niederlanden und an den Vormarsch der AFD in Deutschland etc. Ohne alle aufzuzählen, denke ich zudem an lateinamerikanische Präsidenten wie Nayib Bukele in El Salvador oder Javier Milei in Argentinien, die ein Wirtschafts- und Sozialprogramm verfolgen, das radikaler ist als unter der Diktatur von Pinochet in Chile.

All dies vor dem Hintergrund eines möglichen Siegs von Donald Trump bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA. Und nicht zu vergessen Benjamin Netanjahus faschistische Regierung in Israel, die ein rassistisches, mit Völkermord und Kolonialismus verbundenes Projekt fördert.

### **Auf der Suche nach den besten Vorschlägen**

Das Konzept eines Weltsozialforums, das nur mit sozialen Bewegungen und NGOs, aber ohne progressive politische Parteien arbeitet (wie in der Grundsatzcharta von 2001 festgelegt), ist für einen wirksamen Kampf gegen die extreme Rechte nicht geeignet. Angesichts des Aufstiegs der extremen Rechten und der Zunahme faschistischer Projekte muss eine andere Art von internationaler Gemeinschaft gesucht werden. In diesem Sinne hat das CADTM zusammen mit anderen sozialen Akteuren die PSOL (Partei für Sozialismus und Freiheit) und die PT (Arbeiterpartei) von Porto Alegre, das seit 2001 die Wiege des Weltsozialforums ist, kontaktiert und die Gründung eines Organisationskomitees vorgeschlagen. Dieses soll im Mai ein internationales Treffen einberufen, um das weitere Vorgehen für ein großes Treffen im darauffolgenden Jahr zu besprechen. Dabei soll eine umfassende Sichtweise eingenommen werden, um soziale Bewegungen aller Art, Feministinnen, Aktivist\*innen für Klimagerechtigkeit und die LGBTQIA+-Bewegung einzubeziehen. Das Ziel besteht darin, zu überlegen, wie man sich am besten gegen die extreme Rechte wehren kann. Bedeutende Akteur\*innen wie die brasilianische Landlosenbewegung (MST) könnten sich aktiv daran beteiligen. Wenn man es in Brasilien geschafft hat, sich mit einer breiten Politik linker und sozialer Bündnisse von Jair Bolsonaro zu befreien und ohne Spaltung in die Wahlen von 2022 zu gehen, dann sollten wir daraus konkrete politische Lehren ziehen. Das Weltsozialforum könnte auf eigene Faust weitermachen, aber wir sind davon überzeugt, dass es einen neuen Rahmen von Kräften braucht, die fähig sind, sich wieder zu mobilisieren.

### **Eine Initiative für eine große internationale Einheitsfront**

Wir müssen eine neue, breitere Einheitsfront lancieren. Das erste Treffen könnte im Mai 2024 in Porto Alegre in Brasilien einberufen werden. Denkbar wäre zum Beispiel eine starke Präsenz Argentiniens, mit Beteiligung der Kräfte der radikalen Linken (insbesondere der FIT-U, aber auch anderer antikapitalistischer Organisationen), der

peronistischen Linken, der Mütter der Plaza de Mayo, der Autoconvocatoria für die Einstellung der Schuldenzahlungen, der Gewerkschaftsorganisationen wie der Central de Trabajadores de Argentina (CTA), der Gewerkschaft der Staatsangestellten (ATE) und sogar der CGT (Confederación General de Trabajadores) und der sehr vielfältigen sozialen und feministischen Bewegungen. Dies wäre ein erster Schritt hin zu einer großen Konferenz im Jahr 2025, zum Beispiel in São Paulo, falls das Linksbündnis (PT, PSOL usw.) die Kommunalwahlen von 2024 gewinnt.

Der Aufbau dieser neuen internationalen Initiative wäre breit und vielfältig und würde verschiedene revolutionäre Strömungen einbeziehen, eine vielfältige und vereinte Front von der Vierten Internationale über die Progressive Internationale bis zur Sozialdemokratie, quer durch das gesamte linke Spektrum; dazu progressive Organisationen und Persönlichkeiten in den USA (z. B. Bernie Sanders, Alexandria Ocasio-Cortez, die Automobilgewerkschaft UAW, die 2023 einen wichtigen Sieg errungen hat) sowie linke Parteien und Bewegungen in Europa, Afrika, Asien und dem arabischen Raum. Außerdem wäre es wünschenswert, dass engagierte Persönlichkeiten aus dem Kulturbereich teilnehmen, die ihren eigenen Beitrag leisten. Es gilt, so viele Kräfte wie möglich zu überzeugen, auch solche, die historische Differenzen und Spaltungen überwinden müssen und den Kampf gegen den Rechts-Extremismus als große prioritäre Herausforderung der Gegenwart verstehen und unterstützen. Natürlich ist ein solcher Aufruf weder einfach noch leicht zu verwirklichen: Er erfordert ein hohes Maß an Toleranz und einen starken politischen Willen. Doch die Komplexität des historischen Moments und die drohenden Gefahren für die Menschheit und den Planeten drängen uns dazu, es zu versuchen.

20. Februar 2024 als

Übersetzung A. W.

■ **Éric Toussaint**, Sprecher des Komitees zur Streichung illegitimer Schulden (CADTM international) und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von ATTAC Frankreich, ist Mitglied des Internationalen Komitees der Vierten Internationale.

1 „Le contexte international des indignations mondiales. Indignées et indignés du monde entier: Unissons-nous“, <http://www.cadtm.org/Indignees-et-indignes-du-monde>.



## Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss\*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenchaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist\*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBQ und anderen Themen, in denen Aktivist\*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

# „DIESE REGIERUNG IST EINE KATASTROPHE“

**Claudio Katz** analysiert die besondere Situation, in der sich Argentinien unter der Regierung n Javier Milei befindet. Das folgende Interview mit ihm hat **Carlos Aznárez** für *Resumen Latinoamericano* am 7. März 2024 geführt.

**Carlos Aznárez: Beginnen wir mit einer Einschätzung der Rede von Milei zur Eröffnung des parlamentarischen Jahres.**

**Claudio Katz:** Meines Erachtens verdeutlicht diese Rede die gravierenden Probleme, mit denen die Regierung auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene zu kämpfen hat. Fangen wir mit der politischen Ebene an. Es liegt auf der Hand, dass Milei der arbeitenden Bevölkerung den Krieg erklärt hat. Es vergeht kein Tag ohne neue Horrormeldungen. Zuletzt war es die Schließung von Télam<sup>1</sup>. Milei agiert mit beispielloser Brutalität. Denken wir bloß an die Kürzung der Ausgaben bei den Medikamenten für Krebskranke oder an seine diskriminierenden Äußerungen über Menschen mit Down-Syndrom. Auch die Mittel für öffentliche Ausspeisungen (comedores) wurden gekürzt – mit dem Argument, die sozialen Bewegungen würden damit „Geschäfte machen“. Tatsache ist jedoch, dass die Bewegungen für die Aufrechterhaltung der Suppenküchen sorgen, und zwar viel kostengünstiger als andere Einrichtungen. Doch das ist noch nicht alles: Die Regierung hat das Arbeitsförderungsprogramm (Plan Potenciar Trabajo) mit der Begründung, dadurch Arbeitsplätze zu schaffen, gestrichen. Ähnliche Absichten hatte bereits Macri (ein Vorgänger von Milei, Anm. d. Red.) verfolgt. Aber so lassen sich keine Arbeitsplätze schaffen, denn die Beschäftigung hängt von einer intakten Wirtschaft ab. Und da Milei im Begriff ist, die Wirtschaft zu zerstören, können auch keine Arbeitsplätze geschaffen werden.

**Diese Regierung überschwemmt uns mit einer Flut an Gemeinheiten. Daher sagen viele Leute mit gutem Grund: „Wir leben anscheinend in einem Alptraum, aber der ist leider real.“**

Diese Regierung hat dem Land eine soziale Tragödie beschert – mit unbeschreiblicher Armut in der Kornkammer der Welt und einem Konsumrückgang, der so dramatisch ist wie zuletzt im Jahr 2001. Man stelle sich vor: Ein zwölfjähriges Mädchen hat in einem Laden Schulsachen gestohlen, um zur Schule gehen zu können! Dazu kommen Missstände auf kultureller Ebene. So wurde die Aufnahme des Unterrichts an fünf neuen Universitäten ausgesetzt und eine gendersensible Sprache verboten. Angesichts dieser geballten Ladung an Ungeheuerlichkeiten schlug Milei in seiner Rede vor, das Omnibusgesetz<sup>2</sup> wieder in Kraft zu setzen. Mit einem vom Parlament verabschiedeten Omnibusgesetz Nr. 2 möchte er all seine Angriffe in geordnete Bahnen lenken. Der neue Gesetzesvorschlag unterscheidet sich jedoch in keiner Weise vom vorherigen: Es handelt sich um das gleiche Projekt der Ausbeutung, der Ungleichheit und der Armut; mit einer Reform des Arbeitsrechts, privater Altersvorsorge und einer Liberalisierung des Handels. Milei befand sich in einer Sackgasse, weil die Senatoren gedroht hatten, das DNU<sup>3</sup> außer Kraft zu setzen. Damit hatte er nicht gerechnet. Ohne Omnibusgesetz und ohne DNU waren ihm die Hände gebunden. Also bot er den Provinzgouverneuren einen Kompromiss an. Er versprach ihnen, seine Vorhaben zurückzuziehen und zur gesamtstaatlichen Steuervertei-

lung (coparticipación<sup>4</sup>) zurückzukehren, das Gesetz über die Besteuerung der Gewinne aufzuheben und mit ihnen gemeinsame Sache zu machen.

**Sehen wir uns diesen Punkt genauer an. Milei gewährt den Gouverneuren also eine Rückkehr zur coparticipación. Das bedeutet nichts anderes, als sie an der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen teilhaben zu lassen, die, wie wir wissen, eine unermessliche Goldgrube sind. Mit anderen Worten, er kauft sie, um ihre Machtgelüste in die Schranken zu weisen.**

Ganz genau. Milei hat die Aufhebung der coparticipación durchgesetzt, die gemäß den Bestimmungen der letzten Verfassung die Ressourcen unter den Provinzen verteilt. Dazu war er wegen seiner extrem weitreichenden Strukturanpassungen praktisch gezwungen. Ihm schwebt eine Neuordnung der Provinzen vor, eine Umstrukturierung des gesamten föderalen Systems. Provinzen, die sich nicht selbst erhalten können, sollen ihre Einrichtungen schließen, sich mit anderen zusammenschließen und letztendlich von der Bildfläche verschwinden. So skrupellos wie Milei gegen die Lehrerproteste vorgeht, so maßlos ist auch sein Bestreben, die föderale Struktur der Provinzen zu zerschlagen. Das kann er aber nicht. Als [die südargentinische Provinz] Chubut damit drohte, die Erdölförderung zu kürzen, und sich sofort mehrere Gouverneure mit Chubut solidarisierten, wurde Milei klar, dass er sich in der schwächeren Position befindet, was er mit einer aggressiven Rhetorik überspielte.

Also gehen die Verhandlungen mit den Gouverneuren, deren überwiegende Mehrheit seinem eigenen Spektrum angehört, weiter. Es sind Leute vom rechten Flügel, Leute von der PRO<sup>5</sup>, die auf die coparticipación nicht verzichten können, da die Provinzen sonst nicht funktionsfähig wären. Genau hier setzen die neuerlichen Verhandlungen an. Die „freundliche Opposition“, namentlich der rechte Flügel der PRO und die Gouverneure, haben bereits grünes Licht gegeben. Sie haben sogar im letzten Monat als Geste des guten Willens gewisse Abstriche bei der coparticipación akzeptiert, aber jetzt „wird alles noch einmal verhandelt“. Ich vermute, dass die eigentliche Ursache für die aktuellen Strukturbereinigungen darin liegt, dass Milei von der gesamten herrschenden Klasse nach wie vor unterstützt wird.

**Und aus diesem Grund lassen sie ihm alles durchgehen, auch wenn ihnen einige seiner Methoden mitunter missfallen.**

Sie tolerieren, dass er ein beträchtliches, nicht deklariertes Vermögen besitzt, sie äußern sich nicht zu den Anschuldigungen, er habe als Wirtschaftswissenschaftler Drogenhändler beraten, und sie zeigen Verständnis dafür, dass er ein Vermögen für den Umbau des Regierungsgebäudes ausgegeben hat, um seine Hunde unterzubringen. Die herrschende Klasse schweigt, weil sie ein Interesse daran hat, dass ihr Schlachtplan gegen die Bevölkerung aufgeht, selbst auf Kosten unmittelbarer Vorteile. Denn der industrielle Sektor kann mit Milei nur verlieren. Aber zwischen der Reform des Arbeitsrechts, die auf die Zerschlagung der Gewerkschaften abzielt, und einer Liberalisierung des Handels, die die Wettbewerbsfähigkeit des einheimischen Industriekapitals schwächt, entscheidet sich das Industriekapital für die Zerschlagung der Gewerkschaften. Und das Großkapital weiß zwar, dass es mit der Dollarisierung verlieren kann, unterstützt jedoch im Gegenzug Milei bei der Zerschlagung der Basisbewegungen. Aus demselben Grund geben ihm die Gouverneure grünes Licht. Bei den abschließenden Verhandlungen werden sie zwar einen Teil ihrer Pfründe verlieren, aber diesen Verlust nehmen sie in Kauf, solange Milei mit den Protesten der staatlich Bediensteten und der Lehrerschaft, die ihnen so viel Kopfzerbrechen bereiten, ein für alle Mal aufräumt. Und verhandelt wird auch deswegen, weil Milei auf die Unterstützung des anglo-amerikanischen Imperialismus zählen kann.

Der Besuch des [britischen] Außenministers Cameron auf den Malwinen, auf den die Außenministerin mit einer spaßigen Geste reagierte, bestätigt den Grad der Unterwerfung der argentinischen Regierung unter die Interessen der NATO und der USA, denn in puncto NATO-Militärbasis auf den Malwinen sind sich Demokraten und Republikaner einig. So kam Blinken mit einer IWF-Delegation nach Buenos Aires, aber bereits am nächsten Tag reiste Milei ab, um sich mit Trump in den USA zu treffen. Beide US-amerikanischen Parteien suchen die Zusammenarbeit mit Milei, weil er *die* Trumpfkarte gegen China und gegen Lula ist. Gegen China, weil Milei zu allem bereit ist. Er würde sogar, sollten ihn die USA dazu auffordern, die argentinischen Agrarexporte nach China reduzieren und damit die Beziehungen zu China aufs Spiel setzen. China hat bereits angedroht, seine Yuan-Kredite zu kürzen und mit anderen Ländern Handel zu treiben, also Fleisch und Soja von anderen Ländern zu beziehen. Aber Milei bleibt „hart“, weil er vom [US-amerikanischen] Außenministerium abhängig ist. Und Lula wird angegriffen, da er geopolitische Allianzen schmiedet, ohne sich um die USA zu kümmern. Das zeigt sich überdeutlich an der Haltung, die

Lula in der Palästina-Frage einnimmt, wo er eben nicht die US-Positionen nachbetet. So, jetzt haben die USA endlich einen rechtsgerichteten Führer in Lateinamerika, so wie sie Netanjahu im Nahen Osten haben. Genau das wollten sie ja.

Kurzum, Mileis politischer Kompromissvorschlag hat mit den gravierenden Problemen zu tun, die er mit seinen eigenen Anhängern und mit seiner eigenen Strategie hat. Dazu kommt das zweite große Problem: die wirtschaftliche Frage.

**Die politische Frage ist natürlich mit der wirtschaftlichen Frage verknüpft, und hier steht Milei vor einer Entscheidung, die ihm mit Sicherheit größere Probleme bereiten wird, denn sobald er sich dem Diktat des Währungsfonds unterwirft, wird die Bevölkerung reagieren. Der IWF wird ihn zwingen, Maßnahmen umzusetzen, die er vor seinem Regierungsantritt vielleicht nicht unbedingt vorhatte. Jetzt muss er sich fügen, aber er wird nicht nur die Bedingungen erfüllen, zu denen sich [der ehemalige Wirtschaftsminister] Sergio Massa verpflichtet hat, sondern er wird vermutlich noch viel weiter gehen. Glaubst du nicht, dass es kurzfristig zu einem Einbruch kommen könnte – mit verheerenden Konsequenzen nicht nur für die Allerärmsten, sondern für einen erheblichen Teil der Gesamtbevölkerung?**

Ja, sicher. Mileis beabsichtigte Anpassungsmaßnahmen waren von Anfang an weitreichender als die Forderungen des Währungsfonds. Damit greift er die Arbeiterbewegung an, das Prekariat, die Mittelklasse und schlussendlich immer relevantere Wirtschaftszweige. Aber Milei ist fest entschlossen, seine Pläne umzusetzen. Sein Ziel ist die komplette neoliberale Umgestaltung Argentiniens. Allerdings gerät er mit der Zeit immer wieder ins Straucheln. Und jedes Mal, wenn das passiert, ist es aus dem Grund, den du angedeutet hast: Er ist die Motorsäge und die Mischmaschine, in der Existenzen zermalmt werden. Wenn er auf ein Hindernis stößt, gibt es drei Möglichkeiten, wie sich in den letzten 60 Tagen gezeigt hat. Er kann eskalieren, verhandeln oder scheitern. Im Allgemeinen hat er sich momentan für die Eskalation entschieden: Bei jedem Hindernis steigert er den Einsatz; und bei jeder Auseinandersetzung gerät er zuerst mit einem Teil seiner eigenen Partei in Konflikt und dann mit den Gouverneuren. Die Strategie der Eskalation wird ihn irgendwann dazu zwingen, eine Volksabstimmung einzuberufen. Ob es ihm passt oder nicht, er wird keine andere Wahl haben. Aber eigentlich will er keine Volksabstimmung, denn wenn er verliert, dann ist es aus für ihn.

Gleichzeitig verengt sich sein Spielraum, da er es sich mit allen anlegt und seine Unterstützer vergrault. Also besteht eine andere Strategie, die er ebenfalls beherrscht, darin, abwechselnd zu drohen und zu verhandeln, wie zuletzt beim Konflikt mit den Gouverneuren. Aber aus allfälligen Verhandlungen wird eher Macri als Gewinner hervorgehen und nicht Milei. Macri kann von Verhandlungen nur profitieren, denn die Gouverneure unterstehen seiner PRO. Somit besteht die Gefahr, dass Macri der Autorität von Milei das Wasser abgräbt und die Regierung übernimmt. Wenn alles schief geht, droht sogar ein Amtsenthebungsverfahren. Wir dürfen nicht vergessen, dass Milei nur 38 Abgeordnete hat. Damit würde er in einem Amtsenthebungsverfahren völlig untergehen. Tatsache ist, dass Milei wie Bolsonaro oder Trump agiert, allerdings ohne über eine politische und soziale Basis zu verfügen. Er kopiert das Auftreten seiner politischen Vorbilder, aber es fehlt ihm die Basis, die Bolsonaro letzte Woche erneut unter Beweis gestellt hatte, als er angesichts seiner möglichen Inhaftierung zu einem Marsch aufrief, der die Boulevards Brasiliens mit Menschenmengen füllte, wo die Evangelikalen, das Agrobusiness und die rechten Säulen seiner Bewegung ein kräftiges Lebenszeichen von sich gaben. Trump steht kurz vor seiner Wiederwahl. Im Gegensatz dazu hat Milei seine Rede im Parlament gehalten, aber er kann keine Menschen mobilisieren.

**Er hat keine Leute, um die Straße zu gewinnen, nur Günstlinge im engsten Kreis und passive Wähler.**

Er hat die Straße durch eine clowneske Show von Claqueuren ersetzt, die ein Witz war. Das ist keine politische Basis der Rechten, das ist eine Clownshow.

**Weißt du, woran mich dieses Szenario im Parlament erinnert hat? An den venezolanischen Putschisten Pedro Carmona „el Breve“ („der Kurzzeitige“, Anm. d. Red.), der an dem Tag, als Chávez in La Orchila inhaftiert wurde, sein Amt antrat. In seiner Rede ließ sich Carmona zu Unverschämtheiten hinreißen und von Claqueuren bejubeln. Er agierte, als ob er sein Leben lang regieren wollte, aber dann hielt er gerade einmal 24 Stunden durch. Milei hat derzeit etwas mehr Glück.**

Dennoch ist es ihm in den ersten 60 Tagen nicht gelungen, die Straße für sich zu gewinnen. Es reicht nicht aus, dass die Umfragen angeblich zu seinen Gunsten ausfallen, denn dabei handelt es sich bloß um eine passive Unterstützung. Das ist auch eine Folge der jahrelangen Durchdringung der Gesellschaft mit der neoliberalen Ideologie. Der Macrismo

und die Medien haben in weiten Teilen der Bevölkerung Konzepte von Individualismus und Unternehmertum sowie die Auffassung, dass der Staat an allem schuld ist, verankert. Diese Ideologie hat sich erfolgreich durchgesetzt. Aber um sie in politisches Handeln zu verwandeln, muss es Mobilisierungen auf der Straße geben. Und die fehlen Milei im Moment noch. Er kann auf keine aktive Bewegung zählen. Auch die Androhung von Repressionen geht ins Leere, denn nach diesen 60 Tagen wird das „Protocolo anti piquetes“<sup>6</sup> einfach ignoriert. Also wird behauptet, dass Agitatoren aus Kuba und Venezuela eingeschleust wurden. Es werden die unsinnigsten Banalitäten, die jeglicher Logik entbehren, verbreitet. Die eigentliche Ursache aller Probleme liegt jedoch in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Punkt. Wenn Milei schlüssig erklären könnte, dass sein Plan Aussichten auf Erfolg hat, würde er vielleicht mehr Unterstützung erhalten.

Milei hat von Anfang an auf einen Zusammenbruch des Staates hingearbeitet. Mit seinem Strukturanpassungsprogramm stiftet er vorsätzlich Chaos im Staatsapparat. So hat er etwa die Beamten, die seine Beschlüsse unterzeichnen müssen, noch nicht ernannt. Damit behindert er den geregelten Ablauf der öffentlichen Verwaltung. Und er hat in voller Absicht eine Superinflation in Gang gesetzt, um eine regressive Umverteilung der Einkommen durchzusetzen. Seine wiederholten Beteuerungen, er habe die Inflation bloß geerbt, sind Unsinn, denn er hat sie selbst verursacht. Zum x-ten Mal beharrt er auf Zahlen über die angeblich geerbte Hyperinflation, die weder Hand noch Fuß haben. Nichts hat er geerbt, die Inflation ist sein eigenes Werk. Mit dieser Hyperinflation provoziert er in voller Absicht eine Rezession, und zwar mit dem einzigen Ziel, kurzfristig eine hohe Arbeitslosigkeit zu schaffen. Wofür Menem<sup>7</sup> vier oder fünf Jahre gebraucht hat, das will Milei in vier oder fünf Monaten erreichen: eine Verdoppelung der Arbeitslosenquote noch in diesem Jahr und eine Erhöhung auf zwanzig Prozent in den kommenden Jahren. Damit will er die Bevölkerung in die Knie zwingen. Das ist der ganze Plan.

**In diesem Zusammenhang hat Milei den Pacto de Mayo (Maipakt)<sup>8</sup> angekündigt. Hat dieses Vorhaben eine realistische Chance auf Verwirklichung oder handelt es sich um ein weiteres Hirngespinnst, mit dem Milei versucht, Zeit zu gewinnen?**

Das wird von den Verhandlungen mit den Gouverneuren abhängen, aber vor allem von der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in den nächsten 60 Tagen. Denn es ist eine Sache, ob es Milei gelingt, einen gewissen Rückgang der Inflation zu bewirken, aber eine ganz andere, wenn die hohe

Inflationsrate, die die Wirkung der Geldentwertung bereits wieder „aufgefressen“ hat, eine weitere Abwertung nach sich zieht. Dann heißt es nämlich: Zurück an den Start. Wie beim Omnibusgesetz Nr. 2 besteht also die Gefahr, dass in wenigen Wochen mit einer Abwertung Nr. 2 zu rechnen ist. Hinzu kommt, dass die wirtschaftliche Rezession negative Auswirkungen auf die Erhebung von Steuern hat. Jeder Eingriff bei den Ausgaben, den Milei vornimmt, geht mit einer Verringerung der Einnahmen einher und läuft daher ins Leere.

Wenn man 50 000 Staatsbedienstete entlässt, spart man zwar eine Million Dollar, aber gleichzeitig verringert die Rezession die Steuereinnahmen um eine Million Dollar, und man befindet sich in der gleichen Lage wie zuvor. Ich vermute, Milei setzt auf den Pacto de Mayo oder auf die Zeit danach und möchte den Pakt daher unbedingt durchsetzen. Und wenn das nicht klappen sollte, bleibt immer noch die Dollarisierung, mit der er ohnehin ständig kokettiert. Die Dollarisierung ist Mileis Ass im Ärmel, so wie die Volksabstimmung. Das sind die beiden Optionen, die sich Milei für den Fall vorbehält, dass die Dinge für ihn nicht so gut laufen; aber wenn alles gut geht, kann er damit seine Vorherrschaft festigen. Es kann so oder so ausgehen. Jedenfalls liebäugelt er mit der Dollarisierung. Deshalb hat er in diesen 60 Tagen Unmengen der im Umlauf befindlichen Pesos abgezogen. Er ist der Staubsauger der verfügbaren Pesos, und er hat die Ausgaben drastisch reduziert. Daher schrumpft die Geldmenge trotz hoher Inflation, und es gibt weniger Pesos, was eine der Voraussetzungen für die Dollarisierung ist.

Angeblich hat Milei derzeit acht Milliarden Dollar zur Verfügung. Das ist natürlich mehr als zuvor. Und er rechnet mit weiteren zehn oder fünfzehn Milliarden vom Währungsfonds als Gegenleistung für eine Vereinbarung. Aber selbst das wird möglicherweise nicht ausreichen, und der IWF wird das auch ablehnen. Das Ganze ist ein Vabanquespiel, ein extrem riskantes Unterfangen. Wer die Dollarisierung wirklich will, das sind die internationalen Banken und diejenigen Dienstleistungsunternehmen, die in Dollar abrechnen und Gewinne überweisen können, also ein relativ geringer Teil der herrschenden Klasse. Etwa Mercado Libre<sup>9</sup>, aber sicher nicht die Wirtschaftszweige, die auf den Binnenmarkt angewiesen sind, und ich würde sagen, nicht einmal jene, die von Agrarexporten abhängen. Aber natürlich wäre die Dollarisierung im Sinn von Mileis Wirtschaftsprogramm und würde seine Position an der Spitze der Bande, die die Proteste der Bevölkerung mit Füßen tritt, festigen. Damit sind wir wieder bei meiner eingangs erwähnten Einschätzung. Auch wenn die herrschende Klasse nicht

immer einverstanden ist, spielt sie mit, da sie eingesehen hat, dass Mileis Strategie der Protestbewegung eine Niederlage zufügen kann. Dann ist es auch egal, ob die Dollarisierung, wie in Ecuador, den üblen Beigeschmack des Drogenhandels hat oder, wie ebenfalls in Ecuador, im Zuge von „Corralitos“<sup>10</sup> die Banken gestürmt werden. Selbst auf die Gefahr hin, dass China Kürzungen bei den Swaps vornimmt, haben wir es wieder mit einer zwiespältigen Haltung der herrschenden Klasse zu tun: der augenzwinkernden Zustimmung einerseits und einem angespannten Verhältnis andererseits.

**Wir befinden uns bereits im März. Wir haben vorhergesehen, dass es im März für die Regierung eng werden könnte. Glaubst du, dass es der Bewegung gelingen kann, durch Mobilisierungen und den aktuell aufkeimenden Widerstand von nun an das Tempo zu bestimmen, oder wird das noch lange so weitergehen?**

Die Würfel sind noch nicht gefallen. Wir wissen immer noch nicht, wer diesen Durchgang für sich entscheiden wird. Der Widerstand unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen wächst von Tag zu Tag: Die Universitätsjugend organisiert Molinetazos<sup>11</sup>, es gibt Lehrerstreiks und Streiks des Bahn- und Flugpersonals. Meiner Ansicht nach hat der Streik der CGT<sup>12</sup> das Omnibusgesetz Nr. 1 verhindert. Noch ist offen, ob es einen neuerlichen Streik der CGT geben wird, um Omnibus Nr. 2 zu Fall zu bringen, aber wir warten alle darauf, dass die CGT endlich aufwacht und in Aktion tritt. Ich habe den Eindruck, dass sich ein gemeinsamer Widerstand abzeichnet, dass sich also die sozialen Bewegungen und verschiedene Strömungen der Linken mit Teilen des Kirchnerismus<sup>13</sup>, die letzte Woche 500 Straßenblockaden organisiert haben, zusammentun. Am 24. März könnte es zum ersten Mal einen gemeinsamen Marsch geben. Es wird zwar zwei Aufrufe, aber nur einen einzigen Marsch geben.

Die Kämpfe gehen also weiter, und Milei ist es nicht gelungen, ihre Dynamik zu unterlaufen, zu unterdrücken oder aufzuhalten. Im Jahr 1984 hat Margaret Thatcher die Gewerkschaft der [britischen] Bergarbeiter endgültig zerschlagen. Ob Mileis von Thatcher inspirierter Plan, den Protesten der Bevölkerung einen strategischen Schlag zu versetzen, aufgehen wird, lässt sich noch nicht sagen. Bisher ist es noch nicht dazu gekommen, aber andererseits war auch die Bewegung nicht in der Lage, Milei eine endgültige Niederlage zuzufügen, so wie 2017 bei Macris Rentenreform. Wir haben es jedenfalls mit einem Mann zu

tun, der extrem gefährlich ist und der seinen Einsatz laufend erhöhen wird. Die Herausforderung für die Bewegung besteht darin, den Widerstand zu intensivieren und Milei mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Die argentinische Gesellschaft hat viel Erfahrung im Kampf gegen neoliberale Angriffe und hat schon oft bewiesen, dass sie sich erfolgreich wehren kann. Ich bin daher zuversichtlich, dass es gelingen kann, auch Milei zu besiegen.

**Claudio Katz** ist Ökonom, Forscher beim Nationalen Rat für wissenschaftliche und technische Forschung (Conicet), Professor an der Universität von Buenos Aires, Mitglied von Economistas de Izquierda und Menschenrechtsaktivist. Katz publiziert in argentinischen, mexikanischen und brasilianischen Medien. Er ist Autor zahlreicher Texte zur Analyse des aktuellen Kapitalismus und der globalen Wirtschaftskrise.

Übersetzung: E. F.

- 1 Die Nachrichtenagentur Télam wurde 1947 unter Präsident Perón als Alternative zu Agenturen aus den USA gegründet und war seither immer wieder von der Einstellung bedroht.
- 2 Mit diesem Gesetz wollte sich der Präsident Sondervollmachten in verschiedenen Bereichen übertragen lassen, um am Parlament vorbei regieren zu können, aber angesichts massiver Proteste kam es nicht dazu.
- 3 Dekret über die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Liberalisierung der Wirtschaft.
- 4 Eine Art Kompetenzverteilung und Finanzausgleich zwischen dem Staat und den einzelnen Provinzen.
- 5 Propuesta Republicana, konservativ-liberale Partei.
- 6 Maßnahmen zur Einschränkung bei öffentlichen Kundgebungen und Straßenblockaden.
- 7 Präsident von 1989 bis 1999.
- 8 In seiner ersten Rede vor dem argentinischen Parlament kündigte Milei ein Zehn-Punkte-Programm für eine neue argentinische Wirtschaftsordnung an: den sogenannten Pacto de Mayo (Maipakt). (<https://tageblatt.com.ar/der-plan-milei-10-punkte-fur-den-neuanfang/>). Die Gouverneure haben bis Mai 2024 Zeit, Mileis Reformen abzusegnen.
- 9 Online-Auktionsplattform für Argentinien.
- 10 Um zu verhindern, dass Personen ihr Geld in anderen Ländern anlegen, darf monatlich nur ein geringer Betrag vom Konto abgehoben werden.
- 11 Verweigerung der Fahrtkostenzahlung durch Sprünge über die Drehkreuze (molinetas) vor den Bahnzugängen
- 12 Confederación General del Trabajo (Gewerkschaftsbund).
- 13 Mitte-links bis linkspopulistische Strömung innerhalb des Peronismus, benannt nach Néstor Kirchner, Präsident von 2003-2007, und Cristina Fernández de Kirchner, Präsidentin von 2007-2015.

# NACHRUF: ERNESTO HERRERA (1949–2024)

Ernesto Herrera – mit bürgerlichem Namen Antonio Maria Nuñez Guglielmi – nahm als Pseudonym den Namen eines uruguayischen Schriftstellers an, der unter anderem von dem Bürgerkrieg berichtete, von dem Uruguay 1904/05 gebeutelt wurde.

■ **Charles-André Udry**

In den 1950er Jahren stürzte Uruguay in eine sozioökonomische Krise. In diesem Klima begann Ernesto als Metallarbeiter seine Tätigkeit als Gewerkschaftsdelegierter bei Benas SA, einer Fabrik, die Ventile für Gasflaschen herstellte. Im Vergleich zur Gewerkschaftsbewegung waren die politischen Kräfte der Linken schwach. Die politisch-institutionelle Ebene war von zwei Parteien besetzt: den Blancos – einer nationalen Partei, die mit den Großgrundbesitzern verbunden war – und den Colorados, einer Partei, die das städtische Bürgertum in Montevideo repräsentierte. Ernesto engagierte sich zunächst in der Kommunistischen Partei Uruguays. Mitte der 1960er Jahre fand ein Zusammenschluss der Gewerkschaftsbewegung statt, als die Convención Nacional de Trabajadores (CNT) entstand.

## **Kämpfe und Exil**

1973 trat Ernesto der PST (Partido Socialista de los Trabajadores, dt. Sozialistische Arbeiterpartei) bei, die sich als trotzkistisch verstand und den bewaffneten Kampf ablehnte. Vor der Fabrik, in der er arbeitete, verkaufte der PST-Aktivist Juan Luis Berterretche, der einer seiner engsten Kampfgefährten wurde, die Monatszeitung dieser Organisation.

Ab 1967 setzten sich Militarisierung und Belagerungszustand durch; die sozialen Kämpfe wurden intensiver; eine Stadtguerilla-Bewegung, die Tupamaros, verstärkte ihre

Aktivitäten. Zu den beiden traditionellen Parteien kam die FA (Frente Amplio, dt. Breite Front) hinzu, ein breites Bündnis von Kräften der linken Mitte und der Linken. Die PST war 1971 an der Gründung beteiligt. Die herrschende Klasse stützte sich auf die Armee, um 1972 einen „internen Krieg“ gegen die Guerilla und die Volksklassen zu erklären und die noch verbliebenen historischen sozialen Errungenschaften zu zerstören. Es folgte der Staatsstreich vom Juni 1973.<sup>1</sup> Die Diktatur hielt sich bis 1985.

Von 1973 bis 1975 spielte Ernesto eine entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung der organisatorischen Strukturen im Untergrund, bevor die Repression noch stärker wurde. Für die Mitglieder der PST bedeutete dies eine Kombination aus Untergrundarbeit mit Verhaftungen, Gefangenschaft und Unterstützung der Familien der Inhaftierten. Ernestos Lebensgefährtin Marita wurde in dem Frauengefängnis Punta Rieles zur Sprecherin des internen Widerstands gewählt.

## **Exil und Internationalisierung der Aktivitäten**

1982 ging Ernesto mit anderen Mitgliedern der PST nach Brasilien ins Exil; dort knüpfte er enge Beziehungen zu den Aktivist:innen von Democracia Socialista, einer Strömung in der Arbeiterpartei (PT). 1983 kehrte Ernesto heimlich nach Uruguay zurück, um an der Mobilisierung gegen die Diktatur und der Reorganisation der PST sowie an den politischen Debatten teilzunehmen. Die Frente

Amplio entwickelte sich weiter, die Tupamaros (Movimiento de Liberación Nacional, Nationale Befreiungsbewegung, MLN) trat ihr 1989 bei. Ab dem gleichen Jahr wuchs sie bei Wahlen an, und es entstand ein Zusammenschluss von linken Kräften in der FA, der sich Movimiento de Participación Popular (MPP, Bewegung der Volksbeteiligung) nannte.

Ernesto war Mitglied der föderalen Leitung des MPP. Er erkannte schon damals, welche Kraftfelder die Gesellschaften und damit auch die Kräfte, die sich auf einen revolutionären Sozialismus beriefen, verändern würden.

### Von der Gegengesellschaft zum Reformismus ohne Reformen

2005 eroberte die FA die Regierungs„macht“. In ihr setzte sich der Bestandteil durch, der von der MLN herkam, einige Beobachter:innen prägten die Formel „von den Waffen zu den Wahlurnen“. Ernesto Herrera zitierte aus einem Buch von Carlos Real de Azúa, um zu verdeutlichen, was die Frente Amplio ursprünglich darstellte, nämlich eine „echte Gegengesellschaft“, die von Basisversammlungen, sozialer Mobilisierung, politischer Radikalisierung und einer kollektiven Praxis des „Bruchs“ – nicht nur mit dem Zweiparteiensystem, sondern auch mit dem sozioökonomischen System in den Händen der Eigentümerklassen und der imperialistischen Organisationen – geprägt war. Ernesto betonte, dass es nicht einfach einen Übergang vom „bewaffneten Kampf“ zum „Weg der Wahlen“ gab, sondern einen Bruch mit dem historischen Programm der Frente, so dass man im Zuge der Regierungsbeteiligung bei einem „Reformismus ohne Reformen“ endete.

Von 1985 bis 2003 übernahm Ernesto Herrera für die Vierte Internationale die Arbeit der „Koordinierung“ in Lateinamerika. Er tat dies auf der Grundlage seiner politischen Praxis, seines Verständnisses für die politischen Entwicklungen und für die Unterschiede zwischen dem Besonderen und dem Allgemeinen in den verschiedenen Gesellschaftsformationen sowie seines aktiven Internationalismus, der unter anderem mit seinem politischen Exil verbunden war.

Das Jahr 2003 war davon geprägt, dass in Brasilien Lula an die Regierung kam; Mitglieder von Democracia Socialista beteiligten sich an dieser Regierung. Ernesto konnte nicht anders, als seine Ablehnung dieser Unterordnung von Leitungsmitgliedern der DS unter die Imperative von Lulas Regierungsmaschinerie zum Ausdruck zu bringen. Die Hoffnung, die Mitglieder des Führungskreises der Vierten Internationale in die von der Regierung Lula

ausgelöste Dynamik setzten, ließ deren Meinung nach die Verantwortung, die Ernesto Herrera für die „Koordinierung“ hatte, nicht mehr angebracht erscheinen.

Er konnte allerdings seine politische Tätigkeit in Uruguay fortsetzen, politische Verbindungen in Südamerika aufrechterhalten und sich mit Genoss:innen aus verschiedenen europäischen Ländern austauschen. Dieses Netzwerk schuf die Voraussetzungen für den Start des Bulletins *Correspondencia de Prensa* und später der gleichnamigen Webseite (<https://correspondenciadeprensa.com>). So wie Ernesto als langjähriger Aktivist viele Jahre lang eine Ressource für die Aktivitäten revolutionärer Sozialist:innen in Südamerika war, so verlängerten und erweiterten der Newsletter und die Webseite die Verfügbarkeit dieser Unterstützung.

Es gibt Nachrufe, die verstorbene politische Aktive zu größeren Figuren machen, als sie zu Lebzeiten wahrgenommen wurden. Was Ernesto Herrera sicherlich nicht gewollt hätte, das wage ich aufgrund unserer 40-jährigen gemeinsamen politischen Aktivitäten und Freundschaft zu vermuten. Ich hoffe, dass ich dieser Art von Fallstrick entgangen bin. Die posthume Veröffentlichung eines Buches über die Geschichte der Tupamaros und das gegenwärtige sozio-politische Leben Uruguays und seiner Bewohner:innen wird dazu beitragen, aus einer reflektierten Vergangenheit ein Instrument für die Gegenwart zu machen.

26. Januar 2024

Übersetzung aus dem Französischen: Wilfried

Eine längere Fassung dieses Artikels erschien auf der Schweizer Webseite „à l'encontre“. Die hier wiedergegebene gekürzte Fassung ist in *Inprecor*, Nr. 717, Februar 2024, abgedruckt worden.

■ **Charles-André Udry** (Jg. 1946) ist Wirtschaftswissenschaftler und betreibt die Online-Publikation *à l'encontre* und den Verlag Page Deux (Lausanne). Er war 1969 Mitbegründer der Schweizer Sektion der Vierten Internationale (RML/LMR, ab 1980 SAP/POS) und viele Jahre lang Mitglied des engeren Leitungsgremiums der Vierten Internationale, des früheren „Vereinigten Sekretariats“.

1 Ernesto Herrera hat den Staatsstreich, den Widerstand und seine Grenzen in einem im Juli 2023 auf Spanisch und Französisch veröffentlichten Beitrag analysiert.

■

# Internationales sozialistisches Sommercamp

## 20. Juli – 27. Juli 2024 in Frankreich

### Für ein sozialistisches Europa

**Der Kapitalismus steckt in einer tiefen Krise. Fortschreitender Klimawandel und anhaltende Kriege sind nur die dramatischsten Auswirkungen einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die nicht im Interesse der Menschen liegt. Palästina ist nur ein Beispiel dafür, wie menschenverachtend die imperialistische Weltordnung ist: USA, Deutschland und andere Staaten unterstützen seit Jahrzehnten die israelische Politik der Apartheid und der ethnischen Säuberung. Den Krieg im Gazastreifen unterstützen sie mit Waffenlieferungen.**

Aber es gibt auch Widerstand gegen die Herrschaft des Kapitals und der imperialistischen Mächte. **Die selbstverwalteten Gemeinden in Rojava** sind positive Beispiele für progressive Projekte in der jüngeren Geschichte – und das in einer Region, die seit Jahrzehnten mit imperialistischen Kriegen überzogen wird. Der Vernichtungsfeldzug der Türkei gegen Rojava zeigt, wie gefährlich die bloße Existenz selbstverwalteter, demokratischer und emanzipatorischer Strukturen für den Kapitalismus ist. Das Kapital hat Angst, dass die Erfahrungen mit dem demokratischen Konföderalismus Menschen in anderen Teiler der Welt inspirieren könnten. Gerade deshalb sollten wir davon für unsere eigenen Kämpfe lernen.

**Von der kämpferischen Stimmung** könnte mensch sich ein wenig anstecken lassen. Wirft sie doch immer wieder die Frage auf: Wie können wir die Welt tatsächlich verändern? Wie können Kämpfe und Proteste international vernetzt werden? Was können wir von den Erfahrungen in Theorie und Praxis lernen, die in den verschiedenen Ländern gemacht werden?

**Die Jugendlichen in und um die IV. Internationale** organisieren seit mittlerweile über dreißig Jahren ein internationales Camp. Auf diesem Camp wollen wir diese Fragen diskutieren. Dieses Jahr findet es vom 20. bis 27. Juli 2024 bei Vieure in Frankreich statt.

**Auf dem Camp wird 2024 Selbstorganisation** ein wichtiges Thema sein und welche Rolle sie in unseren Kämpfen spielen sollte. Wie erkämpfen wir selbstverwaltete Räume? Welche Strukturen können wir von unten aufbauen? Wie können sie helfen, wieder eine stärkere Bewegung gegen den Kapitalismus aufzubauen?

**Eine Woche lang werden im Sommer etwa 300 bis 400 junge Menschen** aus mindestens 18 Ländern Europas (von Russland bis Portugal, von Schweden bis Griechenland) zusammenkommen, sich austauschen und miteinander diskutieren. Kurz: Sie werden Menschen aus anderen Ländern kennenlernen, den Campalltag in Selbstverwaltung mitbestimmen, gemeinsam feiern und lernen, die Welt zu verändern!

**Die IV. Internationale** ist ein Zusammenschluss revolutionärer Organisationen, die in über 50 Ländern für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft kämpfen.

**Wir wollen eine freie und selbstverwaltete sozialistische Demokratie** und zwar weltweit. Wir wissen aber, dass wir das nicht allein erreichen können. Deshalb versuchen wir am Aufbau linker, antikapitalistischer Strömungen mitzuwirken, um die innerlinken Spaltungen zu überwinden.

#### **Programm:**

Das Camp ist in Thementage/Themenblöcke eingeteilt. Und umfasst dieses Jahr unter anderem folgende Themen: Imperialismus und Antiimperialismus, Palästina, Faschismus und der Aufstieg der neuen Rechten, LGBTIQ+ sowie Öksozialismus.

**Ein detailliertes Programm**, auch mit geplanten Workshops, gib es demnächst online.

#### **Die harten Fakten**

**Wann** 20. Juli – 27. Juli 2024

**Wo** La Bordé bei Vieure in Frankreich

**Kosten** Die Kosten sind für Teilnehmer\*innen aus Deutschland mit 150 € für Übernachtung und Verpflegung eher hoch. Der Preis für das Camp wird je nach durchschnittlichem Einkommen in den jeweiligen Ländern errechnet. Die höheren Preise in reicheren Ländern ermöglichen Jugendlichen aus ärmeren Ländern die Teilnahme. Falls du dir den Betrag nicht leisten kannst, wende Dich bitte an uns, wir finden eine Lösung.

**An-, Abreise** Wir werden eine möglichst kostengünstige gemeinsame Reise organisieren

**Möchtest Du teilnehmen oder hast noch Fragen?**

Mail an: [sommercamp@intersoz.org](mailto:sommercamp@intersoz.org)